



Juso-Landeskonferenz

08./09. Oktober 2016

Hannover

Beschlussbuch

Inhalt

SÄ Änderungsantrag „Richtlinie zur Arbeit der Jusos im Landesverband“	5
A1 Meine Arbeitsplatzsuche darf nicht an der Sprache scheitern	10
A2 Menschenrechte konsequent und überall einfordern – dubiose medizinische Konversionstherapien in Deutschland das Handwerk legen	10
A3 My degree is not worthless. 我的学位就不值钱了。 Mi título no sirve para nada. Benim derecesi değersiz degildir.	11
A4 Verpflichtende Ethikschulungen für Führungskräfte	11
A5 Erhalt des eigenständigen Berufsbildes der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege	12
A6 Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!.....	13
A7 Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!.....	14
A8 Unsere Erzieher*innen brauchen eine berufsorientiertere Ausbildung!	15
A9 Kündigungsrecht reformieren.....	15
A10 Erweiterung des Kündigungsschutzes.....	16
A11 Übernahme der Kosten von niedersächsischen Lehrkräften bei Klassenfahrten	16
A12 Unsere Auszubildenden brauchen eine bessere Unterstützung!	16
B1 „Lernfabriken ... Meutern“	18
B2 Besserer Informatik Unterricht an den niedersächsischen Schulen.	19
B3 Klassenteiler	20
B4 Zugang zur Bildung von Nicht EU-Bürgern	20
B5 Mehr Gesundheit, weniger Leistungsdruck! Schulsport soll endlich wieder Spaß machen	21
B6 Politikunterricht ausbauen - Demokratie stärken.....	21
B7 25-Juso-Thesen zur Bildungspolitik.....	23
E1 Weltraumpolitik voranbringen – wissenschaftlich, nachhaltig, internationalistisch	30
E2 Global denken – Global mitverhandeln.....	31
E3 Liebe kennt keine Grenzen – auch nicht beim Visum	33
E4 Europäische Solidarität leben.....	34
E5 Antrag für die sofortige Unterbrechung der TTIP- und CETA-Verhandlungen in ihrer jetzigen Form	36

E6 Europa muss zusammenwachsen	36
E7 Europa muss zusammenwachsen	37
F1 ÖPNV durch KFZ-Steuer mitfinanzieren	38
F2 Erhöhung und Reform der Erbschaftssteuer	38
F3 Erbschaftssteuer gerecht gestalten.....	38
F4 Abschaffung der Menstruationssteuer- Stop taxing my period.....	39
Fem1 „Wer hat Angst im Dunklen?“ – Angsträumen entgentreten	40
Fem2 Gelebter Feminismus	41
Fem3 Gendergerechte Ausrichtung des Landesverbandes	48
Fem4 Weil du auch ein Mensch* bist – So sehen wir unseren Feminismus im 21. Jahrhundert	49
Fem5 Weil auch du ein Mensch* bist – Unser gemeinsamer Kampf für eine menschliche Gesellschaft	54
Fem6 Wie wir gendern - So sehen wir unseren Feminismus im 21. Jahrhundert!	60
Fem7 Geschlechtergerechte Sprache in öffentlichen Schreiben des Landes Niedersachsen.....	62
I1 Al-Quds-Tag	63
I2 Solidarität mit Israel – Gegen jeden Antisemitismus und Antizionismus!	63
I3 Solidarität mit Israel – Gegen jeden Antisemitismus und Antizionismus!	68
IR1 Asylrechtsverschärfungen - Nicht mit uns!	73
IR2 Asylrechtsverschärfungen - Nicht mit uns!	75
IR3 Demonstrationsrecht ermöglichen – unverhältnismäßigen Gewalteinsatz verhindern.....	78
IR4 Schünemanns Erbe beseitigen: Für ein zeitgemäßes, demokratisches Versammlungsrecht!	80
IR5 Umfassende Gleichstellung nicht-heteronormativer Lebensweisen	80
IR6 Vorratsdatenspeicherung, Aufweichung von Verschlüsselungen, Einbau von Hintertüren.....	80
IR7 Schutzlosigkeit beenden	81
IR8 Schutzlosigkeit beenden	81
IR9 Radiologische Untersuchungsverfahren stoppen	82
IR10 Unerwünschten Hilfssheriffs Grenzen aufzeigen – „Bürgerwehren“ strafrechtlich sanktionieren	82

IR11 Helm ab, Hirn rein – Gegen die Diskriminierung von trans*- und intersexuellen Menschen bei Polizei und Feuerwehr.....	82
IR12 Antrag zur Prüfung auf Änderung des niedersächsischen Kommunalwahlrechtes in Bezug auf das passive Wahlrecht	83
IR13 Abschaffung des Blasphemie-Paragraphen	83
IR14 Online-Einreiseverfahren für Asylantragssteller*innen.....	83
IR15 Cannabis.....	84
L1 Landwirtschaft und Verbraucher*innenschutz gerechter gestalten.....	85
L2 Kennzeichnung tierischer Bestandteile in Lebensmitteln	86
L3 Verbot von Eiern aus Käfighaltung in Fertiggerichten.....	87
O1 Gelebter Feminismus- auch auf Parteitage.....	89
O2 Liebe SPD, bitte unterstütze deine Ehrenamtlichen.....	89
O3 Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung!	90
S1 Antrag zur Beteiligung an einem Antifaschistischen Nachrichtenportal der Jusos Niedersachsen.	91
S2 Mehr Demokratie wagen.....	92
S3 Demokratie darf nicht nur theoretisch existieren – Rechtspopulismus mit logischen Argumenten entgegentreten	93
S4 Faschismus oder Nationalsozialismus? – Let’s say it right!	94
S5 Politische Jugendarbeit ernst nehmen.....	96
S6 Lieber politisch korrekt als politisch falsch.....	97
Soz1 Sozialer Wohnungsbau	100
Soz2 Krankheit darf nicht Armut heißen.....	100
Soz3 Rundfunkgebührenbefreiung FSJ/BFD.....	101
Soz4 Gleichberechtigte Aufteilung des Elterngeldes	101
U1 Besteuerung von Plastiktüten.....	102
U2 Plastiktüten eindämmen.....	102
V1 Maut für Fernbusse.....	104
V2 Fördermittel für den kommunalen ÖPNV durch den Bund	104
V3 Fahrkartenautomaten ab in die Züge.....	104

W1 Industrie 4.0.....	105
Ini1 Initiativantrag „Übernahme der Konferenzessenskosten durch den Landeverband“	107
Ini2 Maschinen zahlen unsere Rechnung.....	107
Ini3 „Hauptsache, ihr habt Spaß!“ – Für mehr Spaßanträge auf Juso Landeskonferenzen	107

SÄ Änderungsantrag „Richtlinie zur Arbeit der Jusos im Landesverband“

Die Richtlinie zur Arbeit der Jusos Niedersachsen wird wie folgt geändert:

Alte Fassung	Neue Fassung
<p>§ 1 Gliederung Der Juso Landesverband Niedersachsen umfasst alle Juso-Gliederungen in Niedersachsen. Sie sind angelehnt an die Gliederungen gemäß des Organisationsstatuts der SPD.</p>	<p>§ 1 Gliederung Der Juso Landesverband Niedersachsen umfasst alle Juso-Gliederungen in Niedersachsen. Sie sind angelehnt an die Gliederungen gemäß des Organisationsstatuts der SPD.</p>
<p>§ 2 Organe Organe des Juso-Landesverbandes sind</p> <ul style="list-style-type: none">· die Juso-Landeskonferenz (§ 4),· der Juso- Landesausschuss (§ 5) und· der Juso-Landesvorstand (§ 6).	<p>§ 2 Organe Organe des Juso-Landesverbandes sind</p> <ul style="list-style-type: none"><u>1.</u> die Juso-Landeskonferenz (§ 4),<u>2.</u> der Juso- Landesausschuss (§ 5) und<u>3.</u> der Juso-Landesvorstand (§ 6).
<p>§ 3 Selbstverständnis (1) Grundlage der Politik der Arbeitsgemeinschaft der Jusos in Niedersachsen ist das Grundsatzprogramm der SPD und die Grundsatzerklärung der Arbeitsgemeinschaft der Jusos. Die politische Arbeit der Jusos versteht sich als eigenständiger Beitrag zum Prozess der öffentlichen Diskussion und innerparteilichen Willensbildung in diesem Sinne. Daneben nimmt der Juso-Landesverband Niedersachsen Aufgaben als Träger der politischen Bildung wahr. (2) Aufgabe des Juso-Landesverbandes ist es, Aktivitäten der JungsozialistInnen in Niedersachsen anzuregen, zu koordinieren und in Partei und Öffentlichkeit zu vertreten sowie organisatorisch zu unterstützen. Darüber hinaus regt der Landesverband den Austausch zwischen den Gliederungen an und unterstützt sie dabei. (3) Die Jusos Niedersachsen bekennen sich zum Demokratischen Sozialismus. (4) Für alle Wahlen und Delegierte dieser Richtlinie gilt, dass mind. 40% Frauen sein müssen.</p>	<p>§ 3 Selbstverständnis (1) Grundlage der Politik der Arbeitsgemeinschaft der Jusos in Niedersachsen ist das Grundsatzprogramm der SPD und die Grundsatzerklärung der Arbeitsgemeinschaft der Jusos. Die politische Arbeit der Jusos versteht sich als eigenständiger Beitrag zum Prozess der öffentlichen Diskussion und innerparteilichen Willensbildung in diesem Sinne. Daneben nimmt der Juso-Landesverband Niedersachsen Aufgaben als Träger der politischen Bildung wahr. (2) Aufgabe des Juso-Landesverbandes ist es, Aktivitäten der JungsozialistInnen in Niedersachsen anzuregen, zu koordinieren und in Partei und Öffentlichkeit zu vertreten sowie organisatorisch zu unterstützen. Darüber hinaus regt der Landesverband den Austausch zwischen den Gliederungen an und unterstützt sie dabei. (3) Die Jusos Niedersachsen bekennen sich zum Demokratischen Sozialismus. (4) Für alle Wahlen und Delegierte dieser Richtlinie gilt, dass mind. 40% Frauen sein müssen.</p>
<p>§ 4 Landeskonferenz (1) Die Juso Landeskonferenz muss mindestens einmal im Jahr auf Beschluss des Landesvorstandes zusammentreten. Die Ladungsfrist beträgt einen Monat unter Angabe einer Tagesordnung. Der Einberufungsbeschluss und die Vorankündigung sollen mind. 8 Wochen vor der Konferenz stattfinden.</p>	<p>§ 4 Landeskonferenz (1) Die Juso Landeskonferenz muss mindestens einmal im Jahr auf Beschluss des Landesvorstandes zusammentreten. Die Ladungsfrist beträgt einen Monat unter Angabe einer Tagesordnung. Der Einberufungsbeschluss und die Vorankündigung sollen mind. 8 Wochen vor der Konferenz stattfinden.</p>

(2) Die Landeskonferenz besteht aus 130 stimmberechtigten Delegierten, die in den Unterbezirken gewählt wurden.

(3) Jeder Unterbezirk erhält ein Grundmandat. Die übrigen Delegierten werden nach Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen an die Unterbezirke verteilt. Der Berechnung ist die Anzahl der SPD-Mitglieder im Alter bis 35 Jahre am Tag des Einberufungsbeschlusses der Landeskonferenz zugrunde zulegen.

(4) Mit beratender Stimme nehmen an der Landeskonferenz teil:

- die gewählten Mitglieder des Landesvorstandes,
- das Präsidium des Landesausschusses,
- die Mitglieder der Juso-Bezirksvorstände,
- die Vorsitzenden der Juso-Hochschulgruppen und der Juso-SchülerInnengruppen.

(5) Die Landeskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

(6) Die Landeskonferenz ist höchstes Beschlussgremium des Verbandes. Alle für die Arbeit der Jusos Niedersachsen wesentlichen Entscheidungen bedürfen des Beschlusses durch die Landeskonferenz. Die Landeskonferenz bestimmt die politische Ausrichtung des Landesverbandes.

(7) Antragsberechtigt sind

- der Landesvorstand (§ 6),
- die vom Landesvorstand eingesetzten Arbeitsgruppen (§ 7),
- der Landesausschuss (§ 5),
- die Bezirksvorstände und
- die Unterbezirksvorstände.

(8) Anträge müssen spätestens sechs Wochen vor der Konferenz in der Geschäftsstelle des Landesverbandes eingegangen sein. Die Geschäftsordnung der Landeskonferenz kann Initiativanträge zulassen.

(9) Auf schriftlichen Antrag von mind. 30 Unterbezirken, 3 Bezirken oder per einstimmigem Beschluss des Landesausschusses, ist eine Landeskonferenz binnen 6 Wochen einzuberufen. Abs. 1 S.2 gilt entsprechend.

(10) Die Landeskonferenz wählt alle 2 Jahre den Landesvorstand (§ 6).

§ 5 Landesausschuss

(1) Der Landesausschuss ist die Vertretung der Unterbezirke beim Landesvorstand und das

(2) Die Landeskonferenz besteht aus 130 stimmberechtigten Delegierten, die in den Unterbezirken gewählt wurden.

(3) Abweichend von §4 (2) können bis zu ein Viertel der frei zu verteilenden Delegierten der Unterbezirke und Kreisverbände in den Bezirken durch die Bezirkskonferenz gewählt werden. Dies muss in den Bezirkssatzungen verankert sein.

(4) Jeder Unterbezirk erhält ein Grundmandat. Die übrigen Delegierten werden nach Quotenverfahren mit Restausgleich nach größten Bruchteilen an die Unterbezirke verteilt. Der Berechnung ist die Anzahl der SPD-Mitglieder im Alter bis 35 Jahre und aller Juso Mitglieder am Tag des Einberufungsbeschlusses der Landeskonferenz zugrunde zulegen.

(5) Mit beratender Stimme nehmen an der Landeskonferenz teil:

1. die gewählten Mitglieder des Landesvorstandes,
2. das Präsidium des Landesausschusses,
3. die Mitglieder der Juso-Bezirksvorstände,
4. die KoordinatorInnen der Juso-Hochschulgruppen und der Juso-SchülerInnengruppen - und Auszubildendengruppe.

(6) Die Landeskonferenz gibt sich eine Geschäftsordnung.

(7) Die Landeskonferenz ist höchstes Beschlussgremium des Verbandes. Alle für die Arbeit der Jusos Niedersachsen wesentlichen Entscheidungen bedürfen des Beschlusses durch die Landeskonferenz. Die Landeskonferenz bestimmt die politische Ausrichtung des Landesverbandes.

(8) Antragsberechtigt sind

1. der Landesvorstand (§ 6),
2. die vom Landesvorstand eingesetzten Arbeitsgruppen (§ 7),
3. der Landesausschuss (§ 5),
4. die Bezirksvorstände und
5. die Unterbezirke und Kreisverbände sowie deren Vorstände.

(9) Anträge müssen spätestens sechs Wochen vor der Konferenz in der Geschäftsstelle des Landesverbandes eingegangen sein. Die Geschäftsordnung der Landeskonferenz kann Initiativanträge zulassen.

(10) Auf schriftlichen Antrag von mind. 30 Unterbezirken, 3 Bezirken oder per einstimmigem Beschluss des Landesausschusses, ist eine Landeskonferenz

höchste beschlussfassende Organ zwischen den Landeskonferenzen.

(2) Die Aufgaben des Landesausschusses sind die folgenden:

- Er berät den Landesvorstand bei der Umsetzung der Beschlüsse der Landeskonferenz und trifft Beschlüsse über grundlegende politische Fragestellungen.

- Er hat die Aufgabe, Grundsatzbeschlüsse für die politische Arbeit zu konkretisieren, weitergeleitete Anträge der Landeskonferenz und an den Landesausschuss selbst gerichtete Anträge zu beraten, und Handlungsmodelle für die Umsetzung zu erarbeiten.

- Er kontrolliert die die Arbeit des Landesvorstandes. Ihm gegenüber ist vom Landesvorstand jederzeit Aufschluss oder Stellungnahme zu politischen und organisatorischen Fragestellungen zu geben.

(3) Der Landesausschuss soll mindestens alle 6 Monate tagen, soweit in dem betreffenden Halbjahr keine Landeskonferenz stattfindet.

(4) Dem Landesausschuss gehört aus jedem Unterbezirk einE VertreterIn an. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gemeldeten VertreterInnen anwesend sind. Jeder Unterbezirk kann eine/n ErsatzvertreterIn benennen.

(5) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Landesausschusses teil:

- die Mitglieder des Landesvorstandes (§ 6),
- die Vorsitzenden der Bezirke,
- jeweils zwei VertreterInnen der Juso-Hochschulgruppen und der Juso-SchülerInnen.

(6) Der Landesausschuss wählt aus seiner Mitte ein fünf-köpfiges Präsidium und gibt sich eine Geschäftsordnung.

(7) Das Präsidium beruft den Landesausschuss mit einer Frist von zwei Wochen ein.

(8) Das Präsidium leitet die Sitzungen des Landesausschusses.

(9) Auf schriftlichen Antrag von 20 Unterbezirken ist binnen drei Wochen ein Landesausschuss einzuberufen.

§ 6 Landesvorstand

(1) Der Juso-Landesvorstand besteht aus der/dem Landesvorsitzenden und den stellvertretenden Landesvorsitzenden. Die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden legt die Landeskonferenz jeweils für die Dauer von 2 Jahren fest. Sie muss

binnen 6 Wochen einzuberufen. Abs. 1 S.2 gilt entsprechend.

(11) Die Landeskonferenz wählt alle 2 Jahre den Landesvorstand (§ 6).

§ 5 Landesausschuss

(1) Der Landesausschuss ist die Vertretung der Unterbezirke beim Landesvorstand und das höchste beschlussfassende Organ zwischen den Landeskonferenzen.

(2) Die Aufgaben des Landesausschusses sind die folgenden:

1. Er berät den Landesvorstand bei der Umsetzung der Beschlüsse der Landeskonferenz und trifft Beschlüsse über grundlegende politische Fragestellungen.

2. Er hat die Aufgabe, Grundsatzbeschlüsse für die politische Arbeit zu konkretisieren, weitergeleitete Anträge der Landeskonferenz und an den Landesausschuss selbst gerichtete Anträge zu beraten, und Handlungsmodelle für die Umsetzung zu erarbeiten.

3. Er kontrolliert die die Arbeit des Landesvorstandes. Ihm gegenüber ist vom Landesvorstand jederzeit Aufschluss oder Stellungnahme zu politischen und organisatorischen Fragestellungen zu geben.

(3) Der Landesausschuss soll mindestens alle 6 Monate tagen, soweit in dem betreffenden Halbjahr keine Landeskonferenz stattfindet.

(4) Dem Landesausschuss gehört aus jedem Unterbezirk einE VertreterIn an. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der gewählten VertreterInnen anwesend sind. Jeder Unterbezirk benennt ErsatzvertreterInnen.

(5) Mit beratender Stimme nehmen an den Sitzungen des Landesausschusses teil:

- 1. die Mitglieder des Landesvorstandes (§ 6),
- 2. die Vorsitzenden der Bezirke,
- 3. jeweils zwei VertreterInnen der Juso-Hochschulgruppen und der Juso-SchülerInnen = und Auszubildengruppe.

(6) Der Landesausschuss wählt aus seiner Mitte ein fünf-köpfiges Präsidium und gibt sich eine Geschäftsordnung.

(7) Das Präsidium beruft den Landesausschuss mit einer Frist von zwei Wochen ein.

(8) Das Präsidium leitet die Sitzungen des Landesausschusses.

(9) Auf schriftlichen Antrag von 20 Unterbezirken ist binnen drei Wochen ein Landesausschuss einzuberufen.

mindestens 8 betragen. Im Landesvorstand sollen alle Bezirke angemessen vertreten sein.

(2) Die Wahl der/des Vorsitzenden erfolgt in Einzelwahl. Die stellv. Vorsitzenden werden in Listenwahl gewählt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.

(3) Dem Landesvorstand gehören mit beratender Stimme an:

- die Vorsitzenden der Bezirke,
- das Präsidium des Landesausschusses (§ 5 V),
- jeweils ein/e VertreterIn der Juso-Hochschulgruppen und der Juso-SchülerInnen.

(4) Der Landesvorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Koordination der Arbeit der Jusos in Niedersachsen,
- Inhaltliche und programmatische Meinungsfindung und Positionsbildung in grundsätzlichen und wichtigen tagespolitischen Fragestellungen,
- Umsetzung der Beschlüsse der Landeskonzferenz. Insbesondere die Umsetzung des Arbeitsprogramms,
- Öffentlichkeitsarbeit für die Projekte der Jusos und den Verband selbst, insbesondere in Form von Medienarbeit und gemeinsamen Kampagnen in Niedersachsen,
- Förderung der Arbeit vor Ort, insbesondere durch Erfahrungsaustausch zwischen den Unterbezirken in geeigneter Form,
- Kontaktpflege zu BündnispartnerInnen insbesondere zu den Arbeiterjugendverbänden und zur Gewerkschaftsjugend sowie den neuen sozialen Bewegungen,
- Beratung über Finanz- und Personalangelegenheiten,
- Koordination der Arbeit der Jusos als Träger der politischen Bildung
- Regional ausgewogene Verteilung der Landesmittel für Bildungsarbeit

(5) Als beratendes Vorstandsmitglied, wählt die Juso-Landeskonferenz eine/n LandesgeschäftsführerIn. Die/der LandesgeschäftsführerIn soll im Juso-Alter sein.

Die Person soll gleichzeitig auch zuständige/r MitarbeiterIn des SPD- Landesverbandes für die Verwaltung der VPJ- Mittel sein. Zu den Aufgaben der LandesgeschäftsführerIn / des Landesgeschäftsführers gehören insbesondere

- im Einvernehmen mit der/dem Landesvorsitzenden, die Vorbereitung der Sitzungen des Landesvorstandes,

§ 6 Landesvorstand

(1) Der Juso-Landesvorstand besteht aus der/dem Landesvorsitzenden und den stellvertretenden Landesvorsitzenden. Die Anzahl der stellvertretenden Landesvorsitzenden legt die Landeskonzferenz jeweils für die Dauer von 2 Jahren fest. Sie muss mindestens 8 betragen. Im Landesvorstand sollen alle Bezirke angemessen vertreten sein.

(2) Die Wahl der/des Vorsitzenden erfolgt in Einzelwahl. Die stellv. Vorsitzenden werden in Listenwahl gewählt. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.

(3) Dem Landesvorstand gehören mit beratender Stimme an:

1. die Vorsitzenden der Bezirke,
2. das Präsidium des Landesausschusses (§ 5 V),
3. jeweils ein/e VertreterIn der Juso-Hochschulgruppen und der Juso-SchülerInnen und Auszubildendengruppe.

(4) Der Landesvorstand hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. Koordination der Arbeit der Jusos in Niedersachsen,
2. Inhaltliche und programmatische Meinungsfindung und Positionsbildung in grundsätzlichen und wichtigen tagespolitischen Fragestellungen,
3. Umsetzung der Beschlüsse der Landeskonzferenz. Insbesondere die Umsetzung des Arbeitsprogramms,
4. Öffentlichkeitsarbeit für die Projekte der Jusos und den Verband selbst, insbesondere in Form von Medienarbeit und gemeinsamen Kampagnen in Niedersachsen,
5. Förderung der Arbeit vor Ort, insbesondere durch Erfahrungsaustausch zwischen den Unterbezirken in geeigneter Form,
6. Kontaktpflege zu BündnispartnerInnen insbesondere zu den Arbeiterjugendverbänden und zur Gewerkschaftsjugend sowie den neuen sozialen Bewegungen,
7. Beratung über Finanz- und Personalangelegenheiten,
8. Koordination der Arbeit der Jusos als Träger der politischen Bildung
9. Regional ausgewogene Verteilung der Landesmittel für Bildungsarbeit

(5) Als beratendes Vorstandsmitglied, wählt die Juso-Landeskonferenz eine/n politische/n LandesgeschäftsführerIn. Die/der LandesgeschäftsführerIn soll im Juso-Alter sein.

~~Die Person soll gleichzeitig auch zuständige/r~~

· die organisatorische Vorbereitung und Betreuung der Veranstaltungen, Konferenzen und Kampagnen des Landesverbandes und
· die Beratung der Gliederungen und Organe.
Die/der LandesgeschäftsführerIn leitet die täglichen Geschäfte des Landesverbandes. Er führt die Beschlüsse der Gremien aus und legt diesen auf jeder Sitzung Rechenschaft ab.
(6) Der Landesvorstand kann weitere Mitglieder mit beratender Stimme kooptieren.

§ 7 Arbeitsgruppen

(1) Der Landesvorstand richtet zur Vertiefung seiner inhaltlichen Arbeit themenspezifische Arbeitsgruppen ein.
(2) Jede Arbeitsgruppe wird von mind. einem Mitglied des Landesvorstandes geleitet.
(3) Über Art und Weise seiner Arbeit entscheidet jede Arbeitsgruppe eigenständig.
(4) Die Arbeitsgruppen berichten dem Landesvorstand regelmäßig.
(5) Die Arbeitsgruppen sollen Anträge zur Behandlung auf der Landeskonzferenz erarbeiten.
(6) Der Landesvorstand kann Grundsätze für die Arbeit in den Arbeitsgruppen aufstellen.

§ 8 Schlussbestimmungen

Diese Richtlinie wurde beschlossen auf der Juso-Landeskonferenz am 15.05.2011 in Hannover. Übergangsweise kann die Position nach § 6 VI von der beschließenden Landeskonzferenz gewählt werden. Ein neuer Vorstand auf Grundlage dieser Richtlinie muss bis zum 31.03.2012 gewählt werden.
Zur Änderung dieser Richtlinie bedarf es einer 2/3-Mehrheit auf einer Juso-Landeskonferenz.

~~MitarbeiterIn des SPD-Landesverbandes für die Verwaltung der VPJ-Mittel sein.~~ Zu den Aufgaben der LandesgeschäftsführerIn / des Landesgeschäftsführers gehören insbesondere 1. im Einvernehmen mit der/dem Landesvorsitzenden, die Vorbereitung der Sitzungen des Landesvorstandes, 2. die organisatorische Vorbereitung und Betreuung der Veranstaltungen, Konferenzen und Kampagnen des Landesverbandes und 3. die Beratung der Gliederungen und Organe.
Die/der LandesgeschäftsführerIn leitet die täglichen Geschäfte des Landesverbandes. Er/Sie führt die Beschlüsse der Gremien aus und legt diesen auf jeder Sitzung Rechenschaft ab.
(6) Der Landesvorstand kann weitere Mitglieder mit beratender Stimme kooptieren.

§ 7 Arbeitsgruppen

(1) Der Landesvorstand richtet zur Vertiefung seiner inhaltlichen Arbeit themenspezifische Arbeitsgruppen ein.
(2) Jede Arbeitsgruppe wird von mind. einem Mitglied des Landesvorstandes geleitet.
(3) Über Art und Weise seiner Arbeit entscheidet jede Arbeitsgruppe eigenständig.
(4) Die Arbeitsgruppen berichten dem Landesvorstand regelmäßig.
(5) Die Arbeitsgruppen sollen Anträge zur Behandlung auf der Landeskonzferenz erarbeiten.
(6) Der Landesvorstand kann Grundsätze für die Arbeit in den Arbeitsgruppen aufstellen.

§ 8 Schlussbestimmungen

Diese Richtlinie wurde beschlossen auf der Juso-Landeskonferenz am 15.05.2011 in Hannover und geändert auf der Juso-Landeskonferenz am 08.10.2016 in Hannover.
~~Übergangsweise kann die Position nach § 6 VI von der beschließenden Landeskonzferenz gewählt werden. Ein neuer Vorstand auf Grundlage dieser Richtlinie muss bis zum 31.03.2012 gewählt werden.~~
Zur Änderung dieser Richtlinie bedarf es einer 2/3-Mehrheit auf einer Juso-Landeskonferenz.

Angenommen

A1 Meine Arbeitsplatzsuche darf nicht an der Sprache scheitern

Wir, die Jusos Niedersachsen, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass die Bundesagentur für Arbeit verpflichtet ist für jede*m Arbeitssuchende*n die Kosten für Kurse zur Sprachförderung (Deutsch als Fremdsprache) zu übernehmen, sofern mangelnde Sprachkenntnisse der Deutschen Sprache zur Ablehnung von Bewerbungen führen. Dies gilt auch für diejenigen, die eine Deutsche Universität, zum Beispiel im Rahmen eines Erasmusausstauschs, besucht haben.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag weitergeleitet

A2 Menschenrechte konsequent und überall einfordern – dubiose medizinische Konversionstherapien in Deutschland das Handwerk legen

Wir fordern ein sofortiges Ende aller Therapieangebote sowie deren Anerkennung bei Krankenkassen, die angeblich bewirken sollen nicht-heterosexuelle, also LGBTIQ* Minderjährige, von ihrer Homosexualität oder ihrer nicht-heterosexuellen Geschlechtsidentität bekehren zu können. Diese Konversionstherapien werden derzeit noch als Heilverfahren anerkannt und können (versteckt) bei den Krankenkassen abgerechnet werden.

Darüber hinaus sollen nicht nur Jugendliche, sondern alle Menschen unabhängig des Alters vor solchen Therapieverfahren geschützt werden. Wir sehen ein Verbot aller Konversionstherapien, die die Geschlechtsidentität verändern sollen als unabdingbar. Das aktuelle Wegschauen der Krankenkassen sehen wir als Verletzung der Menschenrechte an. Jede Form von Konversionstherapie soll zukünftig weder bei privaten, als auch gesetzlichen Krankenkassen abgerechnet werden dürfen.

Die SPD darf hier nicht wegschauen und muss auf Bundes- und Landesebene deutlich klarmachen, dass Homosexualität oder jegliche Form von nicht-heteronormen Geschlechtsidentitäten keine Krankheit ist!

Angenommen und an SPD-Landesparteitag sowie Juso-Bundeskongress weitergeleitet

A3 My degree is not worthless. 我的学位就不值钱了。 Mi título no sirve para nada. Benim derecesi değersiz değildir.

Wir, die Jusos Niedersachsen, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine verbesserte Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul-, Studiums- und Berufsabschlüssen einzusetzen. Die Zielsetzung muss dabei sein, eine Vollanerkennung aller Abschlüsse zu erreichen. Hierfür muss insbesondere eine öffentliche Beratungsstelle geschaffen werden, bei der sich Absolvent*innen kostenlos beraten lassen können, welche Schritte zur Anerkennung eines Abschlusses notwendig sind, solange noch keine Vollanerkennung möglich ist. Zudem sollen kostenlos Anerkennungszertifikate ausgestellt werden, die das genaue deutsche Gegenstück des Abschlusses benennen.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag weitergeleitet

A4 Verpflichtende Ethikschulungen für Führungskräfte

Um die eigene Zukunftsfähigkeit für den Betrieb und die Arbeitnehmer*innen zu sichern, sind Unternehmen auch auf ethische Werte angewiesen. Nur wenn ethische Werte in den Unternehmen auch gelebt werden, sind sie glaubwürdig und tragfähig und tragen zusätzlich zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen bei. Glaubwürdiges Wertemanagement fängt hier bei den Führungskräften, Unternehmern und Managern an. Die ethischen Prinzipien guten unternehmerischen Handelns müssen auch im Zeitalter der Globalisierung zählen. Die Soziale Marktwirtschaft ist auf eine Ethik der Verantwortung für Mitarbeiter*innen und Gesellschaft angewiesen.

Innerhalb vieler Unternehmen spielt werteorientiertes Handeln längst eine wichtige Rolle. Zahlreiche Unternehmen haben sich freiwillig Leitlinien gegeben, die eine ethische Unternehmenskultur fördern und zu verantwortungsvollem Umgang miteinander ermutigen. Mit der Orientierung an international anerkannten Leitlinien stecken international operierende Unternehmen darüber hinaus den Rahmen für verantwortungsvolles Handeln im Ausland ab. Wertansprüche und -haltungen in der Unternehmensstruktur zu verankern, ist eine wichtige Aufgabe der Unternehmensführung.

Auch die Sozialpartner können mit Branchenkodizes Orientierungshilfen für Unternehmen geben und bürgerschaftliche Mitverantwortung übernehmen. Im sogenannten Wittenberg-Prozess der Chemie-Sozialpartner haben Arbeitgeber und Gewerkschaft z. B. einen Ethik Kodex festgeschrieben, dessen Ziel ein werteorientiertes, faires Verhalten untereinander ist. Auch der Gesamtverband textil+mode hat einen „Code of Conduct“ für die Textil- und Modeindustrie beschlossen und empfiehlt den Unternehmen der Branche, diesen Kodex für sich zu nutzen.

Zu einer dauerhaften Wertebildung trägt auch das gesellschaftliche Engagement von Unternehmen bei. Schon heute engagieren sich einige Unternehmen in Deutschland auf verschiedene Art und Weise gesellschaftlich. Gesellschaftliches Engagement ist für Unternehmen eine Chance, sich aktiv in das Gemeinwesen einzubringen und dabei zusätzlichen Nutzen für Gesellschaft und Wirtschaft zu schaffen. Dieses freiwillige Engagement, das von der Eigeninitiative und Eigenverantwortung der Wirtschaft ausgeht, leistet einen großen Beitrag dazu, den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

Mit Blick auf die immensen Herausforderungen unserer Zeit kann das Leitbild der Nachhaltigkeit als wertvoller Kompass dienen. Nachhaltigkeit bedeutet, verantwortungsvoll und verlässlich langfristigen Zielen zu folgen, statt kurzfristige Erfolge im Blick zu haben und nicht auf Kosten künftiger Generationen zu handeln. Diese Nachhaltigkeit gilt sowohl für materielle als auch für Personelle Ressourcen. Der gute Umgang mit seinen Mitarbeiter*innen ist genauso wichtig wie der ressourcenschonende Umgang mit Produktionsmaterialien.

- Wir fordern einen verpflichtenden Ethikunterricht in Ausbildungs- und Studienlehrpläne.

Abgelehnt

A5 Erhalt des eigenständigen Berufsbildes der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege

Die Jusos Niedersachsen sprechen sich dafür aus, dass im neuen Pflegeberufegesetz das eigenständige Berufsbild der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege erhalten bleibt. Wenn die generalistische Pflegegrundausbildung stattfinden soll, dann muss im Gesetz eine ausreichende Spezialisierung bzw. Schwerpunktsetzung für die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege festgelegt werden, die der aktuellen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für Berufe in der Krankenpflege (2003) entspricht. Darüber hinaus fordern wir grundsätzlich mehr Anerkennung und Wertschätzung für diese Berufsfelder.

Angenommen

A6 Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!

Die Jusos Niedersachsen fordern, das bestehende Jugendarbeitsschutzgesetz in folgenden Punkten zu ändern:

1. Die frühere Bestimmung in § 9 IV JArbSchG, wonach die Regelung zum Berufsschulbesuch auch für über 18-jährige Berufsschulpflichtige Anwendung fanden, ist wieder einzusetzen.
2. § 10 Abs. 1 Satz 2 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass Arbeitgeber*innen den Jugendlichen an den zwei Tagen vor der schriftlichen Abschlussprüfung freizustellen haben.
3. Die Höchstgrenzen für die Schichtzeit von Jugendlichen sollen verkürzt und die diesbezüglichen Ausnahmen eingeschränkt werden (§ 12 JArbSchG) auf jeweils 8, 6 und 9 Stunden.
4. An dem einem Berufsschultag unmittelbar vorangehenden Tag dürfen Jugendliche auch nach Absatz 2 Nr. 1 bis 3 nicht nach 18 Uhr beschäftigt werden, wenn der Berufsschulunterricht am Berufsschultag vor 9 Uhr beginnt (§ 14 Abs. 4 JArbSchG).
5. § 19 Abs. 2 Satz 1 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass der Urlaub jährlich 30 Arbeitstage für alle Jugendlichen beträgt.
6. Jugendliche dürfen nicht beschäftigt werden mit Akkord, in Lohnanreizsystemen oder mit sonstigen Arbeiten, bei denen durch gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann (§ 23 Abs. 1 JArbSchG).
7. Das Züchtigungsverbot soll durch ein allgemeines Misshandlungs-, Belästigungs- und Diskriminierungsverbot nach den Maßstäben des AGG ersetzt werden (§ 31 JArbSchG).

Darüber hinaus fordern wir:

8. Regelungen zum Informationsaustausch (Meldepflichten) zwischen Berufsschule, Kammern und Betrieb,
9. Aufnahme des Jugendarbeitsschutzes in den Lehrplan Allgemeinbildender Schulen
10. Fortbildungspflicht zum Erhalt der Auszubildereignung, Sensibilisierung von Eltern, Personensorgeberechtigten sowie der Öffentlichkeit zum Jugendarbeitsschutz.

Angenommen

A7 Für einen besseren Jugendarbeitsschutz!

Die Jusos Niedersachsen fordern, das bestehende Jugendarbeitsschutzgesetz in folgenden Punkten zu ändern:

1. Die frühere Bestimmung in § 9 IV JArbSchG, wonach die Regelung zum Berufsschulbesuch auch für über 18-jährige Berufsschulpflichtige Anwendung fanden, ist wieder einzusetzen.
2. § 10 Abs. 1 Satz 2 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass Arbeitgeber*innen den Jugendlichen an den zwei Tagen vor der schriftlichen Abschlussprüfung freizustellen haben.
3. Die Höchstgrenzen für die Schichtzeit von Jugendlichen sollen verkürzt und die diesbezüglichen Ausnahmen eingeschränkt werden (§ 12 JArbSchG) auf jeweils 8, 6 und 9 Stunden.
4. An dem einem Berufsschultag unmittelbar vorangehenden Tag dürfen Jugendliche auch nach Absatz 2 Nr. 1 bis 3 nicht nach 18 Uhr beschäftigt werden, wenn der Berufsschulunterricht am Berufsschultag vor 9 Uhr beginnt (§ 14 Abs. 4 JArbSchG).
5. § 19 Abs. 2 Satz 1 JArbSchG ist dahingehend zu ändern, dass der Urlaub jährlich 30 Arbeitstage für alle Jugendlichen beträgt.
6. Jugendliche dürfen nicht beschäftigt werden mit Akkord, in Lohnanreizsystemen oder mit sonstigen Arbeiten, bei denen durch gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann (§ 23 Abs. 1 JArbSchG).
7. Das Züchtigungsverbot soll durch ein allgemeines Misshandlungs-, Belästigungs- und Diskriminierungsverbot nach den Maßstäben des AGG ersetzt werden (§ 31 JArbSchG).

Darüber hinaus fordern wir:

8. Regelungen zum Informationsaustausch (Meldepflichten) zwischen Berufsschule, Kammern und Betrieb,
9. Aufnahme des Jugendarbeitsschutzes in den Lehrplan Allgemeinbildender Schulen
10. Fortbildungspflicht zum Erhalt der Auszubildereignung, Sensibilisierung von Eltern, Personensorgeberechtigten sowie der Öffentlichkeit zum Jugendarbeitsschutz.

Zurückgezogen

A8 Unsere Erzieher*innen brauchen eine berufsorientiertere Ausbildung!

Wir wollen uns für eine grundlegende Umstrukturierung der Ausbildung zum*r Sozialassistenten*in bzw. zum*r Erzieher*in einsetzen.

Daher fordern wir:

1. Betriebliche Ausbildung für Erzieher*innen anstatt einer schulischen Ausbildung!
2. Eine Ausbildung für alle, keine Unterteilung der Erzieher*innenausbildung in zwei Ausbildungen mehr!
3. Weiterbildungsmöglichkeiten sowohl für Erzieher*innen als auch für Auszubildende schaffen!
4. Inhalte der Ausbildung müssen besser mit den möglichen Tätigkeitsfeldern abgestimmt sein!
5. Wir müssen dringend das Ansehen der Erzieher*innen stärken – sowohl gegenüber der Bevölkerung, als auch die Stellung der Auszubildenden in der eigenen Berufsparte!
6. Gleiche Entlohnung für gleiche Arbeit! Die Auszubildenden müssen für ihre Arbeit eine gerechte Entlohnung erhalten, Frauen* wie Männer*, FSJ'ler*innen wie Auszubildende!
7. Unsere Auszubildenden müssen mehr Erfahrung sammeln dürfen. Setzt die Auszubildenden endlich als „Vierte Kraft“ ein!

Angenommen und an SPD-Landesparteitag weitergeleitet

A9 Kündigungsrecht reformieren

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, das deutsche Kündigungsrecht in Anlehnung an das Niederländische Kündigungsrecht in folgender Weise zu reformieren:

- 1) Die Kündigung des*der Arbeitgebers*Arbeitgeberin aus personenbedingten und betrieblichen Gründen kann nur präventiv mit der Zustimmung einer arbeitsgerichtlichen Instanz bzw. der Agentur für Arbeit wirksam erfolgen.
- 2) Unberührt davon bleiben die Kündigungsmöglichkeiten der Arbeitnehmer*innen. Diese können das Arbeitsverhältnis jederzeit unter Einhaltung der Kündigungsfristen einseitig beenden.
- 3) Bezüglich der Kündigungsfristen von Arbeitgeber*innen gegenüber Arbeitnehmer*innen fordern wir eine wissenschaftliche Überprüfung der gegenwärtigen Ausgestaltung dahingehend, ob es einer Steigerung dieser bedarf.

4) Arbeitnehmer*innen, die mindestens sechs Monate in einem Betrieb angestellt sind, der regelmäßig mindestens fünf Mitarbeiter*innen beschäftigt, müssen generell dem Kündigungsschutzgesetz unterfallen.

Angenommen

A10 Erweiterung des Kündigungsschutzes

Die Jusos setzen sich für eine Erweiterung des Kündigungsschutzes ein. Arbeitnehmer*innen, die mindestens sechs Monate in einem Betrieb angestellt sind, der regelmäßig mindestens fünf Mitarbeiter*innen beschäftigt, müssen generell dem Kündigungsschutzgesetz unterfallen.

Erledigt

A11 Übernahme der Kosten von niedersächsischen Lehrkräften bei Klassenfahrten

Die durch mehrtägige Klassenfahrten, den Lehrkräften, entstehenden Kosten sollen von der Landesschulbehörde (NLSchB) grundsätzlich 100% übernommen werden.

Angenommen

A12 Unsere Auszubildenden brauchen eine bessere Unterstützung!

Wir fordern die Schaffung von „Auszubildenden-Büros“ an Berufsschulen, die die Auszubildenden in Streitfällen unterstützen und auch als Mittler*innen zwischen Schüler*innen und Lehrkräften sowie Praktikant*innen und Betrieben tätig sein können. Diese Büros sollen in keinem Fall von „Vertrauenslehrkräften“ oder den Betrieben zugehörigen Personen betreut werden, da die Probleme oder Kritik der Auszubildenden oftmals direkt an Lehrkräfte und Betriebe weitergeleitet werden. Diese Mittler*innen könnten bereits an den Schulen etablierte Schulsozialarbeiter*innen sein, aber auch Lehrende, die nicht in diesem Teil der Berufsschule arbeiten oder auch Gewerkschafter*innen. Eine weitere Möglichkeit wäre ein „Ausbildungs-Beirat“, der paritätisch aus den Gruppen der Lehrkräfte,

des Arbeitgeber*innenbereiches (IHK, Kreishandwerkerschaft, etc.) oder auch engagierte Arbeitnehmer*innen aus unterschiedlichen Branchen – im besten Falle Gewerkschafter*innen – besteht. Ebenso die Auszubildenden selbst sollten Vertreter*innen in diesem Beirat stellen.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag weitergeleitet

B1 „Lernfabriken ... Meutern“

AUFRUF ZUR KAMPAGNE „LERNFABRIKEN...MEUTERN!“

Die unternehmerische Hochschule ist gescheitert! Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass das unternehmerische Prinzip der gesellschaftlichen Verantwortung von Bildung und Wissenschaft, der Schaffung von sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Frieden nicht gerecht wird. Die Rücknahme der Studiengebühren in ganz Deutschland war in erstes Zeichen dafür, dass die Vorstellung von Hochschulen als Unternehmen und Bildung als Ware nicht mehr zu rechtfertigen ist. Nun stehen gegen die Abhängigkeit der Wissenschaft von unter anderem privatwirtschaftlichen Interessen und die hierarchischen Entscheidungsstrukturen die bundesweite Demokratisierung der Bildungsinstitutionen sowie die Neuausrichtung der Wissenschaft für das Allgemeinwohl.

Bundesweit werden immer mehr Bestrebungen deutlich, Hochschulgesetze entgegen dem neoliberalen Dogma zu novellieren, die Zivilklausel-Bewegung gewinnt immer mehr an Zulauf und das G8-Gymnasium befindet sich im Rückzug. Anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass ein anderes Bildungssystem möglich ist. Nun ist es unsere Aufgabe, in Verbindung mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen, für ein demokratisches, emanzipatorisches und erkenntnisorientiertes Bildungssystem zu kämpfen, Leistungsdruck, undemokratische Strukturen sowie Unterfinanzierung müssen der Vergangenheit angehören. Mit folgenden Forderungen wollen wir die Landesregierung daher an ihre Verantwortung erinnern:

- Die Ausfinanzierung der Hochschulen für gute Lehre und Forschung und die damit verbundene Beendigung der Abhängigkeit von Wissenschaft und Profitinteressen
- Die Öffnung der Hochschulen durch die Abschaffung aller Bildungsgebühren
- Die Demokratisierung der Hochschulen durch die paritätische Mitbestimmung aller Statusgruppen und eine demokratische und nicht unternehmerisch geprägte Entscheidungsstruktur
- Würdevolle Arbeitsbedingungen für Lehrende und Mitarbeitende
- Die Gewährleistung einer allgemeinwohlorientierten Wissenschaft durch die gesetzliche Verankerung der Zivil- und Transparenzklausel

Es muss ums Ganze gehen! Das Bildungssystem ist Teil dieser Gesellschaft! Die Ausrichtung der Wissenschaft, die Gestaltung von Studium und Lehre und die Bedingungen, unter denen gelernt und gearbeitet wird, dürfen nicht von einer Statusgruppe gegen die anderen durchgedrückt werden. Ebenso wenig darf der Zugang zur Hochschule ein Privileg sozial Begünstigter bleiben. Vor allem Menschen aus prekären Verhältnissen oder mit 33 sogenanntem „Migrationshintergrund“ werden hier

strukturell benachteiligt. Gerade in Bildungsinstitutionen muss eine Kultur der Demokratie und Nachhaltigkeit gelebt werden.

Ob Schüler*innen, Auszubildende, Studierende oder wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, wir alle sind dem gleichem Problem ausgesetzt: dem Bildungssystem. Aus diesem Grund sind wir nicht auf unseren eigenen Vorteil innerhalb dieses Systems aus, sondern fordern ein solidarisches Bildungssystem für alle Menschen! Eine umfassende Demokratisierung der Hochschulen und des gesamten Bildungssystems geht daher mit einer ebenso entschlossenen Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse einher.

Wir sind alle ein Teil dieser Auseinandersetzung und haben es in der Hand, zusammen mit Gewerkschaften, Lehrenden und Forschenden, die Alternative zur derzeitigen Bildungspolitik zu realisieren. Aus diesem Grund haben wir uns bundesweit in einem Bündnis zusammengeschlossen und wollen gemeinsam durch unsere Kampagne dafür sorgen, dass die unternehmerische Hochschule auf der Mülldeponie der Geschichte landet!

Angenommen

B2 Besserer Informatik Unterricht an den niedersächsischen Schulen.

Ein wichtiger, bereits von vielen Initiativen und Forschungsinstituten bemängelter Punkt, ist die Ausgestaltung der IT-Ausbildung an öffentlichen Schulen. So ist beispielsweise nur in den wenigsten Schulen der Informatikunterricht verpflichtend als Nebenfach von den Schüler*innen zu belegen. Viele Schulen bieten ihn obendrein nur als Wahlpflichtkurs in der Oberstufe an. Informatikunterricht in den unteren Klassenstufen beschränkt sich, so schrecklich es klingen mag, leider auf das Erlernen der Benutzung von Microsoft-Programmen auf viel zu alten Betriebssystemen.

Neuere Formen der IT-Technik, werden hierbei gar nicht in Bedacht genommen. So kann beispielsweise eine Programmiersprache nicht bereits in der Schule gelehrt werden. Die infrastrukturellen Ressourcen dazu fehlen schlichtweg.

Insbesondere ob der Tatsache, dass der Computer mitsamt des Internets in einer globalisierten Welt zum Grundstock gehört, ist es essentiell zumindest die Basis der Funktionsweisen der Computertechnik zu kennen. Aus diesem Grund ist auch die Programmiersprache zu erlernen, genau wie verpflichtende Kurse in Hardware-Technik.

Deshalb fordern wir die Förderung der Lehrer*innenausbildung im Bereich IT, mit besonderem Fokus auf Frauenförderung. Da es sich leider im IT-Bereich noch um eine männlich dominierte Fachrichtung handelt, ist insbesondere ob des Zukunftsaspekts strukturell gleichberechtigt zu denken. Hierbei soll in ganz Niedersachsen flächendeckend bis 2025 Informatikunterricht an allen Schulen ab der 6. Klasse als Nebenfach angeboten werden. Darüber hinaus soll auf dem Gymnasium die Möglichkeit bestehen, sofern die benötigten Lehrkräfte vorhanden sind, Programmiersprache als dritte Fremdsprache, anstatt Französisch, Spanisch oder Latein zu wählen.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag sowie SPD-Landtagsfraktion weitergeleitet

B3 Klassenteiler

Die Landesregierung wird aufgefordert den Klassenteiler an allen Arten der weiterführenden Schulen in den nächsten 5 Jahren jedes Jahr um einen Schüler*in pro Klasse abzusenken und eine sozialpädagogische Fachkraft in jeder Klasse eingesetzt werden.

Angenommen und SPD-Landtagsfraktion weitergeleitet

B4 Zugang zur Bildung von Nicht EU-Bürgern

Die Jusos Osnabrück fordern dass auf der Landeskonferenz beschlossen wird, dass Nicht-EU-Bürgern ein erleichterter Zugang zu einem Studium in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet wird.

1. Das vollständige Absenken oder Abschaffen monetärer Eingangshürden für alle Studierenden in Europa.
2. Die Unterstützung durch adäquate und qualitativ hochwertige Beratungs-, Betreuungs- und Vermittlungsangebote.
3. Die Abschaffung der Eingangs- bzw. Bewerbungshürden an den Hochschulen, sodass sich Studierende aus allen Ländern gleichberechtigt auf einen Studienplatz bewerben können.
4. Die vollkommene Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt.

Angenommen

B5 Mehr Gesundheit, weniger Leistungsdruck! Schulsport soll endlich wieder Spaß machen

Die Jusos Niedersachsen fordern die Abschaffung von Sportnoten und die Integration regionaler Sportangebote in den Unterricht.

Angenommen

B6 Politikunterricht ausbauen - Demokratie stärken.

Die Schule ist neben der Familie die zweite Säule der Sozialisation von jungen Menschen und somit in der Persönlichkeitsbildung von immenser Bedeutung. Der schrittweise Übergang vom dreigliedrigen Schulsystem hin zur Gesamtschule und somit der individuellen Förderung von persönlichen Talenten ist ein Anfang, die Schule von Gestern für die Jugendlichen von Heute zu überwinden. Doch damit ist noch lange nicht genug getan. Wie soll die Persönlichkeitsbildung aussehen, müssen wir uns an dieser Stelle fragen. Welche Fähigkeiten sollen die Schüler*innen erwerben, welche Werte sollen ihnen auf welche Art und Weise vermittelt werden?

Hierbei fällt insbesondere die Bedeutung des Politikunterrichts auf. Politik ist in jeder Schulform nur ein Nebenfach und kann lediglich in der gymnasialen Oberstufe als Schwerpunktkurs belegt werden. Somit bleibt Realschüler*innen und Hauptschüler*innen, sowie Menschen welche auf einer Gesamtschule einen der beiden Abschlüsse anstreben, die tiefgreifende Beschäftigung mit Politik und gesellschaftspolitischen Themen verwehrt. Darüber hinaus ist die Auseinandersetzung mit Politik durch die konstruierte Vermischung von Politik und Wirtschaft und den damit suggerierten untrennbaren Zusammenhang beider Fächer, eingeschränkt.

Im Politikunterricht werden insbesondere nach NIBIS, dem niedersächsischen Bildungsserver „die Schülerinnen und Schüler entsprechend des Bildungsauftrages befähigt die Grundrechte für sich und jeden anderen wirksam werden zu lassen und zur demokratischen Gestaltung der Gesellschaft bewusst beizutragen.“ Des Weiteren wird vermittelt, dass „Politik zumeist in kleinen Schritten funktioniert [...] um so einer möglichen Demokratieverdrossenheit oder Radikalisierung zu begegnen.“

Die Ziele klingen gut durchdacht und plausibel. Doch der Trend den wir beobachten können, geht in die entgegengesetzte Richtung. Zum einen stieg mit der Anzahl der rechtsextremen Anschläge im letzten Jahr. Dazu proportional jedoch auch die Zahl der Anschläge die von Jugendlichen verübt wurde.

Die europäische Jugend hat in vielen Ländern unter den finanziellen Repressalien zu leiden und schließt sich in vielen Fällen als Folge nationalistischen Bewegungen an. Ein weiteres Phänomen welches wir beobachten können sind die sinkenden Wahlbeteiligungen und die fehlende Bereitschaft von jungen Menschen sich in gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere in politischen Parteien zu engagieren. Paradebeispiele dafür sind die 23% Wahlbeteiligung bei der OB-Wahl in Essen, aber auch nur 42% beispielsweise bei der letzten Kommunalwahl in Göttingen. Das Bild des „alten Mannes“ welcher in der Politik zuhause ist, scheint allgegenwärtig.

Der Bezug dazu, was Politik eigentlich ist und wie Demokratie eigentlich funktioniert scheint zu fehlen. Initiativen, insbesondere politische Stiftungen sowie die dazugehörigen Expert*innen sehen gegen einen zunehmenden Trend der Politikverdrossenheit und gegen die Ablehnung von Parteien und der Hinwendung zu rechtsextremen Gruppierungen nur einen Weg - Demokratietraining.

Die Frage zu beantworten was Politik eigentlich heißt, wie man am besten darauf zugreifen kann und damit einhergehend die Vermittlung der Allgegenwärtigkeit von Politik. Demokratie leben und Demokratie verstehen scheinen hierbei die Schlüsselbegriffe zu sein. Im Stande sein, seine demokratischen Rechte zu nutzen. Die Aufklärung bezüglich rechter Strukturen, die Funktionsweisen unserer Gesellschaft und insbesondere die Auffrischung extremismustheoretischer Elemente im Politikunterricht sind hier dringend von Nöten.

Wir Jusos sprechen uns deshalb für eine weitgehende Reform der Curricula aus. So ist der Politikunterricht, nach der 6. Klasse verpflichtend als Hauptfach anzubieten. Hierbei kann durch den Gewinn zweier zusätzlicher Unterrichtsstunden in der Woche, die Behandlung von sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen gewährleistet werden. Hierdurch können neben der Aufklärung zu den politischen Institutionen innerhalb des Systems der Bundesrepublik, beispielsweise auch kommunalpolitische Instanzen, sowie gesellschaftlich strukturelle (in der sozialwissenschaftlichen Forschung gefundene) Ungerechtigkeiten kritisch beleuchtet werden. Denn unserer Meinung nach zählt auch das dazu, wenn man eine kritische Solidarität mit den Grundwerten unserer Gesellschaft erreichen möchte.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag sowie SPD-Landtagsfraktion weitergeleitet

B7 25-Juso-Thesen zur Bildungspolitik

25-Juso-Thesen zur Bildungspolitik! Wie wollen wir lernen und nicht wie sollen wir lernen!

Grundsätzliches

1. Chancengleichheit: „Alle müssen können dürfen“

Es ist unsere Grundüberzeugung, allen Menschen ab der Geburt gleiche Bildungschancen zu ermöglichen. Bildung muss deshalb allen Menschen kostenfrei angeboten werden, um gleiche Startchancen für alle zu ermöglichen. Denn Bildung ist für alle da - unabhängig vom Geldbeutel und kulturellem Hintergrund.

2. Emanzipation des Menschen

Bildung ist nicht nur das reine Erlernen von Wissen. Bildung muss den Menschen darüber hinaus die Möglichkeit geben, ihr Leben selbstbestimmt zu führen. Ein selbstbestimmtes Leben bedeutet Freiheit von Abhängigkeiten.

3. Bildung hat einen Mehrwert

Bildung ermöglicht dem Menschen, sich selbstbestimmte Ziele zu setzen und zu verwirklichen. Sie befähigt ihn zu Demokratie und sozialer Verantwortung. Sie eröffnet die Chance auf Arbeit, sorgt für Teilhabe an der Gesellschaft und soziale Aufstiegsperspektiven.

4. Unabhängige Bildung

Bildung ist ein elementarer Teil des demokratischen Sozialismus, der zur Freiheit des Einzelnen, und damit zur Freiheit aller führt. Unsere Vision ist eine soziale, gerechte Gesellschaft ohne Abhängigkeiten und Unterdrückung. Alle Menschen müssen in Würde leben und respektvoll zusammenleben können.

Kapitalistische Einflüsse reduzieren die Bildung auf die reine Ausbildung zu Arbeitskräften. Die Emanzipation des einzelnen Menschen wird in den Hintergrund gedrängt, um nachhaltig die Vermehrung des Kapitals auf Kosten der Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten (Interessensgegensatz zwischen Arbeit und Kapital). Bildung muss von wirtschaftlichen Interessen getrennt werden. Bildung soll Menschen entwickeln, und nicht Kinder für die Wirtschaft (KiWi) abfertigen.

5. Inklusion

Durch die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung aus dem Jahr 2006 ist der Begriff Inklusion in der politischen Öffentlichkeit präsent geworden. Diese Konvention – die

Bundesrepublik Deutschland hat sie 2009 unterzeichnet – stellt kein „Sonderrecht“ für Menschen mit Behinderung dar.

Sie fordert ausschließlich die selbstverständliche Umsetzung aller anerkannten Menschenrechte auch für Menschen mit körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkungen. Im Mittelpunkt steht für uns daher die Teilhabe von Bildung für alle Menschen. Diese Bildungsmöglichkeiten kennt keine Grenzen und keine Hindernisse bei Institutionen!

Schule

7. Gegliedertes Schulsystem abschaffen, Gesamtschulen einführen!

Die Selektion nach dem vierten Schuljahr fördert soziale Ungleichheiten und bestimmt schon in Kindesalter den Lebensweg junger Menschen. Nur die gemeinsame Beschulung, von der ersten, bis zur 10. Klasse, kann die Chancengleichheit sichern und ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Auf individuelle Stärken und Schwächen eingehen, wird durch Gesamtschulen erst ermöglicht, hierbei spielt das soziale Lernen zwischen den Schülerinnen und Schülern eine besondere Rolle. Auch körperlich und geistig Benachteiligte dürfen keine gesellschaftliche Randerscheinung darstellen und gehören deshalb in den alltäglichen Schulprozess eingebunden. Deshalb fordern wir die Gesamtschule für alle!

8. Kostenfreie und unabhängige Bildung für alle!

Deutschland ist das Land, wo Herkunft und Reichtum am allermeisten den Bildungsweg beeinflussen. Das darf nicht sein, deshalb fordern wir kostenfreie, gleiche, freie und gute Bildung für alle, frei von wirtschaftlichen Interessen und Einflüssen. Denn Bildung muss Menschen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen und zum kritischen Denken befähigen. Das geht nur, mit unabhängiger und guter Bildung!

9. Soziales Lernen muss im Mittelpunkt stehen!

Wir brauchen individuelle Förderung, die Integration sichert. Dazu gehört soziales Lernen miteinander und untereinander, auch beispielsweise durch ein gemeinsames Mittagessen. Das klassische „Sitzenbleiben“ fördert Ausgrenzung, gerade für junge Menschen ist ein „Rausschmiss“ aus dem gesicherten sozialen Umfeld besonders schwer. Hierfür muss intensive Beratung zwischen den Lehrkräften und Eltern stattfinden, bevor über das Wiederholen einer Klasse bestimmt wird.

Es werden ebenfalls Sozialarbeiter*innen benötigt, die sich den Problemen junger Menschen stellen und ihnen helfen sie zu bewältigen, außerdem muss auch außerhalb des Regelunterrichts beispielsweise Gruppentraining stattfinden. Die Sozialarbeiter*innen bilden einen untrennbaren Bestandteil des pädagogischen Personals einer Schule.

Eine Rückmeldung an die Eltern und Schüler*innen, über die Entwicklung eines Kindes, muss es weiterhin geben. Jedoch stellen sich Noten als kein geeignetes Mittel dafür dar. Eine Note sagt nichts über die Entwicklung oder Leistung eines Kindes aus, sie ist lediglich eine Zahl, die Leistungsdruck ausübt.

Deshalb fordern wir die Abschaffung von Noten als Bewertungssystem, es gibt viele Beispiele für geeignetere Mittel, lasst uns gemeinsam darüber diskutieren!

10. Demokratie hört nicht vor den Schultoren auf!

Die von ehemaligen Landesregierung von CDU und FDP eingeführte Schulvorstandspflicht schränkt die Demokratie an Schulen ein. Wichtige Beschlüsse, die für den Alltag an Schulen von hoher Bedeutung sind, werden im kleinen Kreise über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen. Das darf nicht sein, deshalb fordern wir die Gesamtkonferenz als höchstes Entscheidungsgremium einzusetzen.

Es müssen außerdem die Belange der Schülerinnen und Schüler ernst genommen werden, deshalb müssen Schüler*innen ein höheres Mitbestimmungsrecht erhalten. Schulinspektionen müssen unangekündigt stattfinden.

Angekündigte Schulinspektion sind überflüssig, da sie nicht den realen Schulalltag untersuchen und nur ein vorgespieltes Theater, von Musterunterricht zu sehen bekommen. Wenn man ernsthaft überprüfen möchte, was an unseren Schulen passiert, müssen Schulinspektionen unangekündigt und spontan stattfinden. Nur so können der Schulalltag transparent untersucht werden und Verbesserungen vorgenommen werden.

11. Abitur neu gestalten!

Die Profileroberstufe schränkt die Wahlfreiheit ein und verhindert einen selbstbestimmten Lebensweg. Nach der 10. Klasse muss ein Allgemeinwissen geschaffen sein, was Jugendliche dazu befähigt tiefgründiger in Fachgebiete einzugehen. Die Profileroberstufe verbaut jungen Menschen die Zukunft und verhindert eine freie Entfaltung der/s Einzelnen, deshalb muss die Profileroberstufe abgeschafft werden.

Studium

12. Keine wirtschaftsnahe Berufsausbildungsanstalt

Hochschulen sind kein ökonomisch orientiertes Dienstleistungsunternehmen. Sie müssen Studierende dazu befähigen ein emanzipiertes Leben zu führen, Bildung muss über die reine Berufsausbildung hinausgehen. Ausbilden können uns andere, bilden müssen wir uns selbst. Deshalb muss ein Studium individuelle Lernprozesse ohne starre Vorgaben gewährleisten.

Die Anzahl der Studienplätze darf nicht an Wirtschaftsinteressen gekoppelt sein, sondern jeder und jedem ihre und seine individuelle Entfaltung ermöglichen und nicht durch Zulassungshürden verbauen.

Für uns gilt: Eine Hochschule dient der Gesellschaft als Ganzen und muss dafür ihre Unabhängigkeit von ökonomischen Interessen wahren.

13. Elternunabhängiges BAföG

Die staatliche Unterstützung für junge Menschen in der Ausbildung muss ausgebaut werden. Es ist dringend nötig das BAföG vom Vermögen der Eltern zu trennen und die Sätze jährlich an die Inflation anzupassen. Dabei muss ein elternunabhängiges und bedarfsdeckendes BAföG das Ziel sein.

14. Gleichstellung durchsetzen

Zwar erreichen inzwischen mehr Frauen eine Hochschulzulassungsberechtigung, jedoch nehmen weit weniger dann auch ein Studium auf. Herrscht bei der Aufnahme des Studiums noch Geschlechterparität, fällt der Anteil bis zu C4-Professuren auf 10%. Die Beteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb nimmt ab. Daher fordern wir die konsequente Quotierung aller Lehrstühle, Lehrbeauftragten und Mitarbeiter*innenstellen. Die Gleichstellungsbeauftragte muss gestärkt werden, um Diskriminierung aufzudecken und Betroffenen Unterstützung zu leisten. Darüber hinaus ist die Bekämpfung und Ächtung von sexualisierter und sexueller Gewalt auch an Hochschulen elementar.

15. Diskriminierung bekämpfen

Migrant*innen, Schwule, Lesben, Transsexuelle, ausländische Studierende und behinderte Menschen müssen ebenso Rechte und Schutz vor Diskriminierung erhalten. Aus diesem Grund gehören für uns der Kampf für barrierefreie Hochschulen, die Erhöhung des Anteils Studierender mit Migrationshintergrund, gleiche Rechte für ausländische Studierende und die Schaffung eines diskriminierungsfreien Umfelds für sexuelle Minderheiten zur politischen Agenda.

Auch die physischen und informationellen Barrieren für Studierende mit Behinderung müssen abgebaut werden.

16. Studieren mit Kind ermöglichen

Die Vereinbarkeit von Familie und Studium ist in vielen Fällen nicht möglich. Noch immer ist eine bedarfsdeckende kostenfreie Ganztagsbetreuung nicht gewährleistet, diese gilt es auszubauen. Dabei müssen Möglichkeiten entwickelt werden, wie junge Menschen mit Kind auch ihr studentisches Leben weiterführen können. Und zum anderen müssen Angebote geschaffen werden, die die Vereinbarkeit von Familie und Kind im Studium zu begleiten.

17. Masterplätze für alle BA-Absolvent*innen

Arbeitnehmer*innen zeigen immer wieder: Ein Bachelor-Abschluss ist in vielen Bereichen keinesfalls berufsqualifizierend. Es werden Arbeitsplätze mit weniger Lohn angeboten. Die Qualität der Lehrstoffvermittlung hat stark unter der Komprimierung auf 6 Semester gelitten. Studentisches Engagement fällt weg, vor allem ein selbstgestaltetes Studium ist eine Utopie von gestern.

Die Quotierung der Masterplätze, also das künstliche Kleinhalten der Platzzahl, entfacht die Angst vor zu schlechten Noten für die Masterzulassung einen Konkurrenzkampf unter den Studierenden; jede*r für sich alleine, denn je schlechter die anderen abschneiden, desto größer sind die eigenen Chancen.

Der geraffte Zeitplan lässt keinen Platz für eigenständige wissenschaftliche Arbeit neben dem Studium. Gerade die Hochschule sollte ein Ort bleiben, an dem Menschen sich emanzipieren und lernen sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinander zu setzen. Das Studium muss sowohl bundesweit als auch europaübergreifend flexibler gestaltet werden können.

18. Ohne Studierende keine Hochschule - Studentische Beschäftigung gerecht gestalten

Die Lehre an Hochschulen ist ohne studentische Beschäftigte nicht vorstellbar. Dennoch werden fast überall Studierenden elementare Arbeitnehmer*innenrechte vorenthalten. Von absurden Lohnobergrenzen (!) bis zum Vorenthalten von Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Studierende erbringen normale sozialversicherungspflichtige Arbeit und müssen demnach von einem Tarifvertrag geschützt werden. In ihm müssen elementare Rechte wie Urlaubsansprüche, geregelte Arbeitszeiten, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und die Wahl eines Personalrates. Daher muss eine gewerkschaftliche Ansiedlung an Universitäten und Hochschulen ausgebaut werden.

19. Studentische Mitbestimmung stärken

Eine Hochschule kann nur funktionieren, wenn sie den Bedürfnissen der Studierenden gerecht wird. Daher ist es wichtig, die Einflussnahme der Studierenden Schaft auszubauen. Wir fordern mehr studentische Mitbestimmung. Entscheidungen müssen wieder transparent gefasst werden, daher fordern wir, dass die Senate mindestens paritätisch besetzt werden und wieder das höchste beschlussfassende Organ an Hochschulen werden.

20. Gute Bildung für Jede*n - Breitenförderung statt Elite-Hochschulen

Seit der Begriff „Elite-Hochschulen“ in der öffentlichen Debatte herumgeistert, radikales Umdenken in der deutschen Hochschulpolitik zu beobachten. Das nicht mehr eine Breitenförderung aller Hochschulen, sondern einige wenige durch gezielte Forschungsförderung zu „Leuchttürmen“ der internationalen Wissenschaft auszubauen, die mit ihrer kleinen Zahl an Studierenden den Nachwuchs Forscher*innen sicherstellen.

Die große Masse sinkt nach diesen Plänen zu reinen Ausbildungsuniversitäten möglichst viele Studierende möglichst schnell zu einem Abschluss bringen. Dagegen müssen wir uns wehren indem wir eine solide Grundfinanzierung aller Hochschulen, durch eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes zw. Bund und Ländern im Bereich der Hochschulen sicherstellen, gute Bildung für jeden Menschen, statt für eine kleine Elite!

Ausbildung

21. Mindestausbildungsvergütung

Es kann nicht sein das die Gruppe der Auszubildenden vollkommen von dem Mindestlohngesetz nicht berücksichtigt worden ist. Eine tarifliche Ausbildungsvergütung von 269€ Brutto (z.B. im Frisörhandwerk Ost) ist für eine Vollzeitausbildung in der man auch zum Betriebserfolg beiträgt, nicht akzeptabel. Wir fordern daher eine Bundesweite Mindestausbildungsvergütung von nicht unter 600€. Die Mindestausbildungsvergütung muss höher als eine nicht versicherungspflichtige Summe sein, um junge Menschen auch einen Anreiz zu geben, diese Ausbildung durchzuführen und diese Vollzeitausbildung auch wert zu schätzen.

22. Ausbildungsgarantie

Trotz vielem Gerede von Fachkräftemangel und vielen offenen Lehrstellen, finde viele ausbildungswillige junge Menschen keinen Ausbildungsplatz. Wir fordern daher eine vernünftige Ausbildungsgarantie für jeden Ausbildungswilligen jungen Menschen. Dabei gilt die Maxime: „Wer nicht ausbildet, wird umgelegt.“

23. Mobilität für junge Menschen

Mobilität ist ein wichtiger Faktor für junge Menschen. Egal ob zur Schule gehend, in der Ausbildung, im FSJ oder im Studium, sind sie darauf angewiesen, für die Ausübung ihres Bildungsweges mobil zu sein. Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ist dies unabdingbar. Um diese Mobilität zu gewährleisten, haben sich die Studierenden in einem Verbund zusammengetan und mit den ÖPNV-Vertrieben ein sogenanntes Semesterticket ausgehandelt. Dieses wird zu Beginn des Semesters bezahlt und gibt ihnen durch das Solidarmodell die Möglichkeit, kostengünstig viele Strecken in Niedersachsen zu befahren. Wir wollen diesen Ansatz übernehmen, in dem die Landesregierung dafür sorgt, allen jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, ein solches Ticket zu erwerben. Dieses Ticket soll von der Landesregierung ausgehandelt werden und über alle Bildungsstätten verfügbar sein.

24. Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung

Wir setzen uns für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung ein. In diesem Rahmen fordern wir kostenlose Kindertagesstätten für Auszubildende mit Kind. Und die Förderung von

Teilzeitausbildungsplätzen für jungen Menschen mit Kind. Ein Kind darf nicht als Benachteiligung betrachtet werden, jungen Menschen mit Kind müssen besonders betreut und integriert werden. Durch eine verlängerte Teilzeitausbildung können wir auch junge Menschen erreichen, die aufgrund des Familiennachwuchses sonst keine Ausbildung in Betracht gezogen hätten.

25. Stärkung der Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)

Der Sinn der BAB besteht darin, Ausbildungssuchenden jungen Menschen auch die Aufnahme einer Ausbildung außerhalb des Wohnortes und der finanziellen Möglichkeiten der Eltern zu ermöglichen. Dabei spielt eine Angleichung an das Bafög Niveau eine wichtige Rolle! Durch die Stärkung der Berufsausbildungsbeihilfe können wir junge Menschen daran bestärken, eine Ausbildung auch zu übernehmen, wenn diese nicht direkt „vor Ort“ ist, dabei bleibt die Zentralität der Arbeit für den jungen Menschen im Vordergrund und nicht der Ausbildungsort.

Angenommen

E1 Weltraumpolitik voranbringen – wissenschaftlich, nachhaltig, internationalistisch

Wir sprechen uns für eine neue Weltraumpolitik aus. Diese muss sich an wissenschaftlichen, nachhaltigen und internationalistischen Grundsätzen messen lassen.

Das bedeutet für uns konkret:

1. Weltraumpolitik muss wissenschaftliche Erkenntnisse und den Schutz der Erde in den Mittelpunkt stellen. Das bedeutet Investitionen in einen verbesserten Strahlenschutz für zukünftige Projekte und Maßnahmen um die Arbeitsbedingungen im Weltall zu verbessern, wie etwa die Anhebung der Schwerkraft in Raumstationen und Raumschiffen durch Rotation dieser.
2. Verstärkte Investitionen in Roboter und künstliche Intelligenz, um Maschinen mehr Möglichkeiten zu geben die Raumfahrt voranzubringen und auch insbesondere die bemannte Raumfahrt zu unterstützen.
3. Die Erhöhung des Budgets für Raumfahrt im Bundeshaushalt.
4. Die Gründung einer weltweiten Weltraumagentur und damit einhergehend auch Zugang zur ISS für Vertreter*innen von Nationen wie China und Indien.
5. Ein verbindliches, völkerrechtlich verankertes Verbot des Abschusses von Satelliten.
6. Eine Initiative bei dem Büro der Vereinten Nation für Weltraumfragen (UNOOSA) zur Entsorgung von Weltraumschrott soll etabliert werden. Die ESA soll federführend sich mit der Frage der Entsorgung von Weltraumschrott beschäftigen. In diesem Rahmen soll die ESA insbesondere die Möglichkeit eines Laser-Broom-Systems geprüft werden.
7. Eine neue Initiative um den PAROS-Vertrag durch die Vereinten Nationen abzuschließen.
8. Initiierung eines weltweiten Projektes zur Aufdeckung und Abwehr von Kometen und Asteroiden.
9. Die Raumfahrtpolitik in Deutschland muss zukünftig außerhalb der Verantwortung des Bundeswirtschaftsministeriums liegen und soll stattdessen im Verantwortungsbereich im Bundeswissenschaftsministerium liegen.
10. Die ESA soll einen Initiative zum Bau eines Weltraumfahrstuhls auf dem Weg bringen. Mögliche Standortländer sollen wirtschaftlich und politisch unterstützt werden im Zuge des Baus eines Weltraumfahrstuhls.

11. Das europäische Parlament muss einen rechtlichen Rahmen schaffen, um Asteroidenbergbau einen rechtlichen Rahmen zu geben. Dabei sind insbesondere arbeitsrechtliche Aspekte, sowie Sicherheit, Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit in den Blick zu nehmen.

12. Die Vereinten Nationen müssen den Weltraumvertrag aktualisieren in Hinblick auf zukünftig absehbaren Asteroidenbergbau und mögliche menschliche Kolonien auf dem Mond und den Planeten des Sonnensystems.

Angenommen

E2 Global denken – Global mitverhandeln

Wir Jusos stehen für eine internationalistische freie Welt, die wir vorantreiben, mitgestalten und vor Allem auch ausleben wollen. Wir kämpfen dafür, dass die EU demokratischer wird, feuern bei Wahlkämpfen in anderen Ländern demokratische Sozialist*innen an und möchten mit unseren Zielen am liebsten die Welt verändern – denn sie braucht es.

Doch gerade in den vergangenen Jahren erlebten wir in vielen Ländern eine Rückbesinnung auf die Nationalstaaten. Staaten fangen das erste Mal in der Geschichte der Europäischen Union an, ernsthaft über den Austritt nach zu denken. Noch viel schlimmer ist es zudem, dass von anderen Staaten über den Rausschmiss eines anderen Landes diskutiert wurde.

Obwohl die SPD den populären Außenminister stellt und auch ihr der Internationalismus ein Grundsatz ist, müssen wir feststellen, dass die Partei sich ebenfalls in jüngster Vergangenheit sehr kritisch und vorsichtig zu internationalen Themen verhalten hat. Zumindest haben wir als Jusos oft eine klare Position zu den Themen internationale Solidarität und Durchsetzung einer von Nationalstaaten unabhängigen Demokratie vermisst.

Dies ist die erste Stelle an der wir ansetzen wollen. Wir fordern, dass sich die SPD klar positioniert, als die Partei, die sich für eine freie Welt einsetzt. Für ein solidarisches Europa, für die Demokratisierung der Welt und für eine Überwindung der Nationalstaaten.

Diese Position soll die Grundlage bieten, sich in Zukunft klarer und deutlicher, sowie progressiver zum Weltgeschehen zu äußern. Die SPD soll sich profilieren, als die globaldenkende Organisation in unserem Parteiensystem, die allen Menschen, die sich mehr als Weltbürger*innen, als als „Deutsche“ identifizieren, eine Heimat bietet.

Von dieser Grundlage leiten wir weitere Forderungen ab, wie zum Beispiel der Wunsch eines Europas, dass sich solidarisch mit Refugees zeigt und vor allem Displaced Persons eine neue europäische Staatsbürger*innenschaft anbietet.

Auch möchten wir die Sichtweise von internationalen Handelsabkommen überdenken. Die Globalisierung ist nicht mehr aufzuhalten und das wollen wir auch nicht. Aber wir wollen sie gestalten und wir möchten mitverhandeln. Die Wirtschaft ist längst globalisiert und große Konzerne agieren in mehreren Kontinenten. Dies lässt ihnen auch die Möglichkeit ihre Produkte, dort zu produzieren, wo es am günstigsten ist, sie dort zu verkaufen, wo die Menschen am meisten Geld haben und sie dort zu versteuern, wo die Steuern am niedrigsten sind. Die Arbeitnehmer*innen, die Verbraucher*innen und Steuerzahler*innen sind hierbei die Verlierenden.

Daher fordern wir sich aktiv in die Verhandlungen von Abkommen einzubringen und die, der Sozialdemokratie immanenten, Forderungen auch auf internationaler Ebene einzubringen.

Wie sinnvoll wären Freihandelszonen, in denen ein gemeinschaftlicher Mindestlohn, gleicher Arbeitnehmer*innen- und Verbraucher*innenschutz für alle herrscht?

Die Verhandlungen für das prominente Beispiel TTIP sind geheim, doch es lässt sich vermuten, dass die europäische Seite die passivere ist, die sich die vorgelegten Papiere anschaut und dann entscheidet, ob sie etwas möchte oder nicht. Wir wollen aktive Gestaltung von Freihandelsabkommen, die, demokratisch legitimiert, sich für gleiche Produktionsvoraussetzungen und somit auch gleiche Rechte von Arbeitnehmer*innen einsetzt.

Uns ist durchaus bewusst, dass diese Forderungen sich entgegen dem Zeitgeist bewegen. Dass Umfragen in Deutschland deutlich machen, dass viele Menschen Angst vor der Globalisierung haben. Zudem die SPD in einem historischen Stimmteufel steckt und es sinnvoller erscheint, sich populistisch nach Mehrheitsmeinungen zu positionieren.

Aber wir wollen die Partei sein, die Menschen die Angst nimmt zurückzubleiben, weil wir selbstbewusst in Verhandlungen treten, weil wir ihnen die Chance geben, mitzugestalten und wir ihnen das Gefühl nehmen wollen, dass über sie hinwegentschieden wird.

Und schlussendlich wollen wir eine stringente Vision von einer internationalistischen Weltgemeinschaft vorantreiben.

Angenommen

E3 Liebe kennt keine Grenzen – auch nicht beim Visum

Wir, die Jusos Niedersachsen, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Vergabe von Visa hinsichtlich der folgenden Punkte zu ändern.

Anerkennung von Beziehungen ohne Trauschein/rechtlichen Eintrag

Es muss eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, auch Beziehungen ohne Trauschein oder rechtliche Eintragungen als Grund für die Vergabe eines Visums anzuerkennen. In unserer heutigen und vor allem globalisierten Welt treffen sich Menschen überall und etablieren Verbindungen, die den Wunsch nach einem gemeinsamen Leben wecken. Dies betrifft zunehmend auch junge Menschen, gefördert durch Austausch in Schule, Studium oder Ausbildung. Aber auch Berufsleben und Reisen, die ins Ausland führen, zeigen auf, dass Liebe nicht erst nach der Nationalität fragt. Internationale Beziehungen sind genauso vielfältig, wie die zwischen Menschen gleicher Nationalität. Daher scheint es irrsinnig, hier auf antiquierte Modelle, wie Heirat oder rechtliche Eintragung, zur Anerkennung für die Visavergabe zu beharren. Egal, ob die Partner*innen ein solches für sich ausschließen oder noch nicht bereit dazu sind, man sollte ihnen nicht das Recht auf ein gemeinsames Leben erschweren oder verwehren

Abschaffung/Absenkung von Gebühren

Eines der größten Hindernisse beim Beantragen eines Visums sind die anfallenden Gebühren. Neben den eigentlich Visagebühren, fallen Gebühren für Termine, notarielle Beglaubigungen, Sperrkonto und anderes an. All diese Kosten sind auf das nötigste zu senken, wenn möglich sogar abzuschaffen. Eine Verschuldung des*der Antragsstellenden oder gar der Verzicht auf ein Visum sind in jeden Fall zu vermeiden. Keinem*r darf ein Visum verweigert werden, weil er*sie sich die Antragsstellung nicht leisten kann.

Keine Auslagerung in private Unternehmen

Die Vergabe von Visa darf unter keinen Umständen an private Unternehmen vergeben werden, wie zum Beispiel in der Türkei. Die Einhaltung der Visavergaberegungen, aber auch des deutschen Arbeitsrechts ist bei einer Auslagerung nicht hundertprozentig sicherzustellen.

Verbesserung der Planbarkeit für Antragsstellende

Um die finanzielle Belastung für den*die Antragsstellende*n nicht noch weiter zu erhöhen, zum Beispiel durch kurzfristige Flugbuchungen wegen Verzögerungen im Vergabeprozess, sollen alle deutschen Auslandsvertretung zur einer Verbesserung der Planbarkeit während des Antragsprozesses verpflichtet sein. Dies bedeutet zum Beispiel, dass eine Maximaldauer für den Vergabeprozess definiert wird. Auch soll vermieden werden, dem*der Antragsstellenden Termine zur Abholung der

Pässe zu nennen, ohne diese einhalten zu können. Sollte dies doch der Fall sein ist der*die Antragsstellende vorab zu informieren.

Vereinfachung der Antragsstellung/Vergabe

Eine Kommunikation mit den deutschen Auslandsvertretungen muss auch in der Landessprache oder auf Englisch möglich sein. Selbes muss für die einzureichenden Unterlagen gelten. Die Offenlegung von persönlichen Daten der*des Antragsstellenden muss auf das Nötigste beschränkt werden. Eine Änderung eines Visums vom Schengenvisum zum nationalen Visum muss auch aus Deutschland möglich sein, um unnötige Reiskosten oder sogar den Verlust einer Arbeitsplatzzusage oder ähnlichem zu vermeiden. Zudem muss die telefonische Erreichbarkeit der deutschen Auslandsvertretungen deutlich verbessert werden. Es kann nicht sein, dass manche nur an zwei Stunden pro Tag für Anfragen bezüglich der Visavergabe erreichbar sind.

Geforderte Sprachniveau auf A2 senken

Bei der Antragsstellung für ein Arbeitsvisum ist das geforderte Sprachniveau auf A2 mit der Verpflichtung zu einem aufbauenden Sprachkurs in Deutschland abzusenken. Es ist nach Stand der Sprachlehrforschung und der Erfahrung vieler im Ausland tätigen DaF-Lehrenden nur schwer möglich ohne ein Sprachumfeld, d.h. regelmäßigen Umgang mit Sprechenden der zu erlernenden Sprache über das Niveau A2 hinauszukommen. Daher sind Forderungen nach höheren Niveaus hinfällig, da die Antragsstellenden dann häufig nur über Zertifikate, aber nicht über wirkliche Sprachfähigkeiten verfügen.

Personelle Aufstockung

Alle deutschen Auslandsvertretungen sollen derart personell aufgestockt werden, dass die Bearbeitung der Visaanträge ohne Verzögerung möglich ist, sowie die Kommunikation der Landessprache. Eine Benachteiligung von normalen Visumanträgen, wie derzeit in Türkei, wegen Überlastung durch zum Beispiel Geflüchtete darf nicht entstehen.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag weitergeleitet

E4 Europäische Solidarität leben

Wir Jusos stehen ein für eine internationalistische Welt, ein geeintes Europa und die Europäische Union. Gerade deswegen hat uns das Votum des britischen Volksentscheides am 23.6. besonders geschockt. Fast 52% der britischen Wähler*innen haben sich für den „Brexit“, also dem Austritt

Großbritanniens aus der EU, entschieden. Nun steht das Land, aber auch der Staatenbund vor einer der größten Herausforderungen ihres Bestehens. Direkt nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses machten sich die ersten Auswirkungen auf den Märkten bemerkbar. Diese werden wahrscheinlich nur den Anfang der Konsequenzen sein, die dieser Schritt nach sich ziehen wird. Die ersten Analysen der Medien verweisen darauf, dass der Rechtspopulismus, die Politikverdrossenheit und der wiederkehrende Nationalismus Schuld an diesem Votum sind. Nicht zu vernachlässigen ist wahrscheinlich auch die Kampagne der EU-Befürworter*innen, die nicht optimal verlaufen ist. So wurde beispielsweise darum gebeten, dass sich EU-Akteur*innen aus dem Wahlkampf fernhalten sollten. Zudem wurden Drohszenarien aufgebaut, was nach einem Austritt Schlimmes auf das Land zukäme.

Nun ist es immer leicht im Nachhinein alles besser zu wissen, doch wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass wir es für fatal halten, Politik durchzusetzen, indem wir Menschen Angst machen. Viele Menschen fühlen sich in der neuen medialen und globalisierten Welt schon ohnmächtig. Unser Rezept hierfür ist es, diese Gefühle nicht auszunutzen, sondern ihnen unsere Sicht auf die Welt und wie wir sie verbessern können, zu erklären.

Deshalb lautet unsere Konsequenz auch: Wir bringen den Europäer*innen Europa näher – wir treten für unsere Vision ein. Im Klartext soll das heißen, dass wir auch die Brit*innen weiterhin an der EU partizipieren lassen wollen, wenn auch erstmal anders als gewohnt. Selbstverständlich müssen Handelsabkommen neu verhandelt werden und die englische Wirtschaft sich mit den neuen Gegebenheiten zurechtfinden, denn die EU bietet wirtschaftliche Vorteile, die wieder zu schätzen gelernt werden müssen. Dennoch: 48% der Wähler*innen haben sich für eine EU-Mitgliedschaft ausgesprochen gerade junge Menschen sprachen sich mit einer deutlichen Mehrheit für den Verbleib im Staatenverbund aus. Diese Menschen wollen wir nicht sitzen lassen. Wir möchten europäische Solidarität leben! Das bedeutet für uns, dass wir fordern, dass die SPD sich dafür einsetzt, dass auch bei einem Austritt Großbritanniens, alle Britt*innen eine Visumfreiheit innerhalb der EU behalten, dass die Arbeitnehmer*innenfreizügigkeit erhalten bleibt und Erasmus auch für britische Studierende möglich gemacht wird, unabhängig davon, ob sich Großbritannien für Gleiches ausspricht.

Wir wollen Europäer*innen nicht die Möglichkeit nehmen, sich als Europäer*innen zu fühlen. Und vielleicht kommen sie eines Tages zu uns zurück.

Angenommen

E5 Antrag für die sofortige Unterbrechung der TTIP- und CETA-Verhandlungen in ihrer jetzigen Form

Die Jusos Niedersachsen fordern hiermit die sofortige Unterbrechung des Prozesses der Einführungen der Freihandelsabkommen zwischen den USA und Europa, genannt TTIP, sowie Kanada und Europa, genannt CETA in Ihrer jetzigen Form.

Zur Wiederaufnahme der Verhandlungen müssen folgende Bedingungen erfüllt sein:

1. Die Kommission, welche die Verhandlungen führt, hat regelmäßige Sachstandsberichte dem Parlament vorzulegen. Diese Berichte müssen auch der Öffentlichkeit, zwecks Meinungsbildung, zugänglich sein.
2. Wir fordern die Parlamentarier*innen der SPE-Fraktion auf, sich auf Grundlage der o.g. Sachstandsberichte inhaltlich zu positionieren und dabei sozialdemokratische Mindestanforderungen an diese Handelsabkommen zu definieren, ohne die keine Zustimmung erfolgen kann.
3. Wir fordern die SPE-Fraktion auf, dem Vertragsentwurf nur zuzustimmen, wenn der parlamentarische Entscheidungsfindungsprozess dem umfangreichen und komplexen Vertragswerk zeitlich und inhaltlich gerecht wird.
4. Vor der Fortführung von Verhandlungen aktueller und zukünftiger Freihandelsabkommen muss ein Internationales Handelsgericht eingerichtet sein.

Bis die genannten Bedingungen erfüllt sind, lehnen wir CETA und alle weiteren Freihandelsabkommen in Beschlussgremien der SPD ab.

Zurückgezogen

E6 Europa muss zusammenwachsen

Die europäische Union verfügt mit dem europäischen Rat, dem Ministerrat, dem europäischen Parlament, der europäischen Kommission und weiteren Institutionen bereits über gesetzgebende Gewalt und eine Vielzahl von Entscheidungsbefugnissen. Dennoch gibt es vor Allem in den Bereichen der Verteidigungs-, Sozial- und Steuerpolitik gravierende Unterschiede in den EU-Ländern, wodurch soziale Ungerechtigkeiten und wirtschaftliche Ineffizienz entsteht. Deshalb fordern wir eine Verringerung der Entscheidungskompetenzen der nationalen Parlamente zugunsten des EU-

Parlaments, sowie die weitere Vereinheitlichung von Steuer-, Sozial- und Verteidigungspolitik, sowie Angleichung von Standards. Dieses muss gleichzeitig mit einer Demokratisierung der EU einhergehen.

Zurückgezogen

E7 Europa muss zusammenwachsen

Die europäische Union verfügt mit dem europäischen Rat, dem Ministerrat, dem europäischen Parlament, der europäischen Kommission und weiteren Institutionen bereits über gesetzgebene Gewalt und eine Vielzahl von Entscheidungsbefugnissen. Dennoch gibt es vor Allem in den Bereichen der Verteidigungs-, Sozial- und Steuerpolitik gravierende Unterschiede in den EU-Ländern, wodurch soziale Ungerechtigkeiten und wirtschaftliche Ineffizienz entsteht. Deshalb fordern wir eine Verringerung der Entscheidungskompetenzen der nationalen Parlamente, sowie die weitere Vereinheitlichung von Steuer-, Sozial- und Verteidigungspolitik, sowie Angleichung von Standards. Dieses muss gleichzeitig mit einer Demokratisierung der EU einhergehen.

Angenommen

F1 ÖPNV durch KFZ-Steuer mitfinanzieren

Die Jusos Osnabrück fordern, dass auf der Landeskonferenz beschlossen wird, dass der öffentliche Personennahverkehr durch einen Aufschlag in der KFZ-Steuer mitfinanziert werden soll. Gleichzeitig soll man durch diese zur Verfügung gestellten Gelder einen umweltfreundlichen Nahverkehr fördern, damit dieser umweltfreundlich und zukunftsfähig gestaltet werden kann.

Abgelehnt

F2 Erhöhung und Reform der Erbschaftssteuer

Die Landeskonferenz der Jusos Niedersachsen spricht sich weiterhin für die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, für eine Erhöhung und Reform der Erbschaftssteuer und die Wiedereinführung der Vermögenssteuer im Sinne unserer Beschlusslage aus.

Angenommen

F3 Erbschaftssteuer gerecht gestalten

Das BVerfG hat Ende 2014 die aktuelle Erbschaftsteuer für verfassungswidrig erklärt. Bis dahin war es möglich, Betriebsvermögen unter gewissen Voraussetzungen vollständig steuerfrei zu verschenken bzw. zu vererben. Diese Ungleichbehandlung von Vermögenswerten hat das BVerfG für verfassungswidrig erklärt. Der Gesetzgeber ist daher in der Pflicht, ein verfassungsgemäßes Gesetz zu erlassen. Die Jusos Osnabrück fordern daher eine gute und gerechte Erbschaftsteuer, die zum einen die Vermögenswerte nicht mehr unterschiedlich behandelt, zum anderen die Freibeträge deutlich herabsetzt.

Angenommen

F4 Abschaffung der Menstruationssteuer- Stop taxing my period

Die Jusos Niedersachsen fordert eine Abschaffung der Besteuerung von Tampons und Binden. Perspektivisch muss darüber nachgedacht werden, den Zugang zu Hygieneartikel, sowie Kondomen und Lecktücher zu erleichtern und kostenlos zu gestalten.

Angenommen

Fem1 „Wer hat Angst im Dunklen?“ – Angsträumen entgegentreten

In den letzten Wochen war viel zu lesen über sogenannte Angsträume im öffentlichen Raum. Nach den Vorfällen der Silvesternacht konnte man, neben rassistischer Hetze und Diskussionen über das Versagen der Polizei, viel lesen über die Ängste von Frauen* - leider viel zu oft nur um populistische Forderungen zu stützen. Aber Etwas bleibt und war auch lange vor Köln schon so: Insbesondere für Frauen* gibt es in unserem öffentlichen Raum Angsträume. Jede dritte Frau* wird in ihrem Leben Opfer von Gewalt. Die meisten von ihnen jedoch nicht im öffentlichen Raum von Fremden, sondern durch ihnen nahestehenden Personen in der Familie, in Beziehungen oder anderen sozialen Kontakten. Wir stellen damit aber zu keinem Zeitpunkt in Frage, dass Frauen* auch im öffentlichen Raum Opfer von sexueller und sexualisierter Gewalt werden. Dabei muss es auch nicht immer zu körperlicher Gewalt kommen, oft werden Frauen* in der Öffentlichkeit, nachts im Club, auf dem Schützenfest, beim Konzert, im Schwimmbad, in Menschenmengen, bedrängt, belästigt oder sexistisch angegangen.

Mit Angsträumen sind zunächst Orte gemeint, an denen Menschen mehr Angst vor Gewaltübergriffen haben und sich bedrohter fühlen, als an anderen, ohne dass es dafür zwangsweise begründete Voraussetzungen gibt. Meist handelt es sich um nicht sonderlich belebte, stille und häufig dunkle Orte, besonders wenn es dunkel ist, etwa Tiefgaragen, U-Bahnhaltestellen, schlecht einsehbare Ecken, kleine schlecht beleuchtete Straßen oder Parks.

Gesellschaftliche Rollenbilder

Frauen* werden in unserer Gesellschaft als besonders schwach dargestellt. Darüber hinaus neigt die Gesellschaft dazu, Frauen* mit besonderen Verhaltensregeln zu belehren – wie auch die Schwachsinn-Armlänge von Köln gezeigt hat. Hier wird Frauen*, die Opfer geworden sind, eine Mitschuld unterstellt. Dazu gehören auch Fragen wie: „Sollten Frauen nachts alleine nach Hause gehen, sollten sie Pfefferspray dabei haben, sollten sie sich nicht zu aufreizend kleiden, um keine Vorfälle zu provozieren?“

Als feministischer Richtungsverband setzen wir uns kritisch mit solchen Rollenbildern und ihren Folgen auseinander und fordern auch weiterhin solche und viele weitere Stereotype, wie z.B. Mädchen spielen mit Puppen und Jungs mit Autos zu durchbrechen. Dieser Kampf gegen die Stereotypen geht mit unserem ständigen Streben nach der Überwindung des Patriarchats Hand in Hand.

Subjektive Wahrnehmung

Angst ist etwas subjektiv Empfundenes. Sie ist nicht immer rational erklärbar und viel zu oft können wir uns ihr nicht entziehen. Auch und gerade wenn wir feststellen, dass Menschen, vor allem Frauen*, sei es aufgrund realer Gefahr oder anerzogener, Angst im öffentlichen Raum haben, müssen wir das Möglichste tun dieser entgegenzutreten. In einigen Bereichen wird dabei in Planungen bereits

Rücksicht genommen, sei es etwa durch Frauenparkplätze in Parkhäusern und Tiefgaragen. (Nein, wir meinen nicht nur Mutter-Kind-Parkplätze). oder bei der Beleuchtung von öffentlichen Plätzen und Straßen.

Wir fordern die Kommunen dazu auf, bei der Stadtentwicklung die Vermeidung von Angsträumen mitzudenken. Sei es bei der Vermeidung von engen Gassen oder verwinkelten Plätzen, sowie der Einrichtung von Über- statt Unterführungen um nur einige Beispiele zu nennen, in vielen Bereichen kann bei der baulichen Gestaltung mit geeigneten Maßnahmen Angsträumen entgegengewirkt werden. Diese sollten bei der Bauplanung für Sanierungen und Neubau berücksichtigt und schriftlich in einem Bericht festgehalten werden. Eine ausgeweitete Überwachung von öffentlichen Räumen halten wir ausdrücklich nicht für ein geeignetes Mittel für die Vermeidung von Angsträumen.

Das Heimwegtelefon

Projekte wie „das Heimwegtelefon“, eine ehrenamtliche Initiative, die von Berlin aus bundesweit anbietet, dass Menschen nachts anrufen können, um auf dem Heimweg nicht allein zu sein. Anrufer*innen können ihren Standort und ihre Route mitteilen und so können die ehrenamtlichen Telefonist*innen im Notfall Hilfe alarmieren und schicken. Das Angebot soll sein: Ruf an und fühl dich ein bisschen weniger alleine. Durch das Gespräch sollen Anrufer*innen abgelenkt und beruhigt werden. In brenzligen Situationen sollen den Anrufenden außerdem Hilfestellungen gegeben werden, sich selbst zu helfen.

Wir fordern: Initiativen wie das Heimwegtelefon sollten unterstützt werden. Außerdem fordern wir die Mandatsträger*innen der SPD dazu auf, sich mit diesem Projekt, mit Angsträumen, mit klischeehaften Rollenbildern und ihren Folgen zu beschäftigen und das Problem aktiv anzugehen.

Angenommen

Fem2 Gelebter Feminismus

Wir leben in einer patriarchalen Gesellschaft. Unsere Gesellschaft ist von einem hierarchischen Verhältnis zwischen den Geschlechtern geprägt. Dies äußert sich konkret in der strukturellen Unterordnung von Frauen* gegenüber Männern in vielen Lebensbereichen. Diese Unterordnung wird häufig als „natürliche“ biologische und kulturelle Gesellschaftsordnung erklärt. Gleichzeitig wird Frauen im Patriachat die Verantwortung für Reproduktionsarbeit zugeschrieben. Dieses führt zu einer ungerechten Machtverteilung in der Gesellschaft, in welcher die zentralen Machtpositionen von Männern dominiert werden.

Macht bedeutet die Möglichkeit der Einflussnahme auf bestimmte Prozesse. Je mehr Macht jemand hat, desto stärker kann diese Person in Prozesse eingreifen und sie bestimmen. Durch Macht kann aber auch das Verhalten von Menschen beeinflusst werden. Macht existiert somit auch jenseits von Posten und Positionen. Gerade diese Macht, die unabhängig von Posten und Positionen besteht, ist besonders schwer zu erkennen, zu definieren und gerecht zu verteilen.

Über die biologistischen und kulturalistischen Begründungen für die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen*, gibt es allerdings auch weitere Mechanismen, die patriarchale Strukturen fördern. Konkrete Beispiele dafür sind, auch sexuell konnotierte Bemerkungen und Sprüche über das Aussehen von Frauen*, eine Reduktion auf körperliche Merkmale und das Nicht-Ernstnehmen aufgrund des Frau*-Seins.

Die SPD und die Jusos haben eine großartige feministische Tradition. Wesentliche frauen*politische Fortschritte in Deutschland und Europa sind auf Initiative und Streben der Sozialdemokratie zu Stande gekommen. Das Frauenwahlrecht (1918), Berufswahlfreiheit (1977) und Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nur manche von diesen Fortschritten. Im Jahr 2016 haben viele Frauen* es zu wichtigen Positionen wie Ministerpräsidentinnen, Bundesministerinnen und Staatssekretärinnen gebracht. Trotzdem lässt sich auch die SPD nicht völlig loslösen von den diskriminierenden Strukturen in unserer Gesellschaft.

In unseren eigenen Strukturen sind wir noch weit davon entfernt gleichberechtigt zu sein. Der strukturelle Sexismus zeigt sich am deutlichsten in den nach wie vor häufig männlich dominierten Vorständen und insbesondere Vorsitzendenposten. Die gesellschaftlichen Strukturen, die in der gesamten Gesellschaft Sexisten schützen, finden sich auch in der Sozialdemokratie und bei den Jusos wieder. Männer stützen und schützen sich regelmäßig bei ihrem Fortkommen in der Partei, vor allem gegenüber den Ambitionen von Frauen*, aber auch bei Vorwürfen von Sexismus und Diskriminierung.

Diesen Strukturen ist es geschuldet, dass regelmäßig Täter sexistischen oder übergriffigen Verhaltens in Positionen mit deutlich mehr Macht sind als ihre Opfer. Täter haben in der Regel mehr Macht als Opfer von Sexismus und Diskriminierung

Gleichzeitig hat auch die Sozialdemokratie in letzter Zeit bewiesen, gegen Menschenfeindlichkeit angehen zu können. Im Rahmen der Landtagswahlen 2016 in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt gab es die Kampagne "Deine Stimme für Vernunft" gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Kampagnen wie diese begrüßen wir ausdrücklich, es gilt aber auch genauso energisch gegen andere Formen der Menschenfeindlichkeit vorzugehen.

Es zeigt sich, dass besonders innerhalb der Partei immer noch eine deutlich größere Toleranz für Sexismus besteht als das für Rassismus der Fall ist. Während der Kampf gegen Rassismus auch nach außen hin offen beworben wird, bleibt das Problem Sexismus unbenannt. Überhaupt besteht in der Partei wenig Kenntnis darüber, was Sexismus ist.

Innerhalb unserer Strukturen gibt es erhebliche Hürden in der Bekämpfung sexistischer Vorfälle. In der Vergangenheit mussten wir immer wieder eine systemische Verdeckungsstrategie beobachten.

Konkret zeigt sich das wie folgt:

1. Die patriarchalen Machtstrukturen und insbesondere Machtgefälle zugunsten von Männern sorgen immer wieder dafür, dass sexistische Vorfälle und übergriffiges Verhalten nicht thematisiert werden. Gleichzeitig sind es gerade diese Machtstrukturen, die Sexismus in Verband und Partei ermöglichen, indem Menschen, die Macht haben, ihre Position ausnutzen. Indem Menschen ihren politischen Einfluss nutzen, nicht, um den Verband oder die richtigen Inhalte voranzubringen, sondern ihr eigenes sexistisches Verhalten zu ermöglichen oder hinterher zu verdecken. Gerade exponenzierte Positionen, die in der Regel mit besonders viel politischem Einfluss einhergehen, führen dazu, dass Täter sich besonders gut schützen können. Mit Einfluss wird Schweigen erkaufte.
2. Eine Reaktion auf oder Thematisierung sexistischer Vorfälle findet im Prinzip nicht statt.
3. In Fällen, in welchen eine Thematisierung von Sexismus und sexistischen Vorfällen stattfindet, passiert dies allzu häufig nur, um der Debatte um den konkreten Vorfall ein Ende zu setzen.
4. Opfer sexistischer Vorfälle und Übergriffe werden deutlich später und zögerlicher wieder in die Verbandsstrukturen integriert als die jeweiligen Täter. Zu oft erfahren überhaupt nur die Opfer, die einen solchen Vorfall anprangern, einen Bruch in ihrem Umfeld.
5. Durch die fortwährende Konfrontation der Opfer mit ihren Tätern und damit auch den Vorfällen werden diese retraumatisiert und haben oft keine Wahl als sich aus ihrem politischen Umfeld zurückzuziehen um dem zu entgehen.
6. Gerade wo Sexismus innerhalb unseres Verbands aufgedeckt und angesprochen wird, dienen leider viel zu häufig politische Intrige und Machtkalkül als Erklärung gegenüber den erhobenen Vorwürfen. Anstatt einer kritischen Reflexion des angeprangerten Verhaltens und einer Aufarbeitung des Vorfalls wird der Täter verteidigt vor dem vermeintlichen Angriff auf seine politische Position. Die Thematisierung von Sexismus gerät damit in den Verruf einer politischen Waffe.
7. Schließlich wird Sexismus in der Partei als Juso-spezifisches Problem dargestellt. Wenn innerhalb der Jusos Sexismus und übergriffiges Verhalten deutlich häufiger Thema sind als in der Partei, ist das keineswegs ein Zeichen dafür, dass nur die Jusos ein Sexismus-Problem hätten. Es ist vielmehr

Ausdruck unseres feministischen Grundsatzes, dass wir uns kontinuierlich - wenn auch noch viel zu selten - bemühen Sexismus aufzudecken. Während die Partei in der Aufarbeitung von Sexismus noch deutlich größeren Nachholbedarf hat, wird dieser leider ausgeblendet und stattdessen das Problem sexistischer Vorfälle allein bei den Jusos verortet.

Typischerweise wird Feminismus innerhalb unseres Verbandes und vielmehr noch innerhalb unsere Partei als „Frauenthema“ verstanden, von dem Männer wenig verstehen würden und sich noch weniger damit auseinander zu setzen brauchen. Damit gerät die Verwirklichung von Feminismus als themenübergreifendes Anliegen oft in den Hintergrund. Ein konkretes Beispiel ist die fehlende allgemeinpolitische Betrachtung feministischer Anliegen. Feministisch geprägte Anträge zu verschiedenen inhaltlichen Bereichen, wie etwa Arbeits- oder Gesundheitspolitik, werden nur unter dem feministischen Hintergrund betrachtet und nicht unter den fachpolitischen Forderungen diskutiert.

Eine nach wie vor vorherrschende stereotype Erwartungshaltung an das jeweilige Geschlecht lässt sich auch in der Wahrnehmung von Menschen bei ihrer politischen Arbeit feststellen. Als typisch männlich konnotierte Verhaltensweisen werden bei Männern meistens respektiert und sogar honoriert. Zeigen dagegen Frauen* ein solches Verhalten oder eignen sie sich die gleichen Verhaltensmuster an, um gegenüber ihren männlichen Peers nicht zurückzustehen, wird ihr Gebaren schnell als dominant oder zickig abgetan.

Wir sind trotz allem Bemühen um Emanzipation auch Produkte unserer Gesellschaft. Die gesellschaftliche Sozialisierung von Frauen* führt regelmäßig zu Unsicherheiten im Streben der Frauen nach Selbstverwirklichung. Um Gleichberechtigung zu verwirklichen, brauchen wir daher andere Maßnahmen und Werkzeuge um Frauen* zu ermöglichen, ihr Potential auszuschöpfen. Viel zu selten erhalten Frauen* Unterstützung, Bestärkung und Zuspruch, wenn sie Verantwortung in unserer Partei und unserem Verband übernehmen. Wo Männer sich vor allem untereinander stützen, fehlt den Frauen* dieser Rückhalt oftmals.

Anstelle von Unterstützung wird auf Frauen* gerade in der Partei eher Druck ausgeübt: Angesichts der geringeren Zahl aktiver Frauen* und verpflichtender Quoten wird von Frauen* erwartet, ihnen angetragene Ämter unabhängig von persönlichem Interesse und individueller Leistungsfähigkeit zu übernehmen. Die Quote wird zur biologischen Verpflichtung. Diese Nötigung der Frauen*, Posten zu übernehmen, mag von Männern als Unterstützung fehlinterpretiert werden. Tatsächlich werden Frauen* gerade dadurch zu Quotenfrauen* reduziert und wird ihnen die Fähigkeit zu selbstbestimmten Entscheidungen über Art und Umfang ihres Engagements abgesprochen. Tatsächlich sind es gerade die weniger einflussreichen Ämter, auf die Frauen* der Quote halber gedrängt werden. Weder der Spitzenplatz einer Liste noch der Vorsitzendenposten werden quotiert!

Als Ergebnis werden Frauen* zu häufig mit Ämtern überladen, deren Verpflichtungen und Arbeitsaufwand sie sich nicht mehr ausreichend gewachsen fühlen oder die sie zumindest effektiv davon abhalten, sich aktiv um höhere Posten zu bemühen.

Diese Zustände finden wir unerträglich!

Als feministischer Richtungsverband kann diese Situation für uns nicht akzeptabel sein. In der gesamten Geschichte der Sozialdemokratie und der gesamten sozialistischen Bewegung war die Bekämpfung patriarchaler Machtstrukturen immer ein zentrales Anliegen. Es darf uns daher nicht egal sein, wenn diese Machtstrukturen innerhalb unserer Partei und unseres Verbandes reproduziert werden.

Unsere Forderungen:

Die derzeitige Situation ist für uns nicht mehr hinnehmbar. Als feministischer Richtungsverband werden wir konkret bei der Bekämpfung von Sexismus.

Konsequentes Verhalten

1. Sexistische Vorfälle thematisieren. Frühzeitig. Offen. Konsequent.

Ein zentraler Bestandteil stellt für uns die Benennung von sexistischen Vorfällen dar. Wir sehen es in unserer politischen Verantwortung, uns mit sexistischen Vorfällen auseinanderzusetzen. Wir lehnen es ab, irgendwelche Vorfälle unter den Teppich zu kehren. Für uns ist klar: sexistisches Verhalten bleibt immer ungesühnt wenn es nicht ans Licht gebracht wird.

2. Bewusstsein schaffen.

Wir wollen ein Bewusstsein, was sexistische Grenzüberschreitungen sind, was sie darstellen und was sie bedeuten, schaffen. Nur Funktionsträger*innen, die Sexismus und sexistische Verhaltensweisen erkennen, können auch dagegen vorgehen. Alle Gremien sollten einen Teil ihrer politischen Arbeit dazu aufwenden, dieses Bewusstsein zu schaffen.

3. Alle müssen feministisch sein.

Feminismus muss ein Thema für alle im Verband sein. Dies gilt umso mehr für die Menschen, die Verantwortung in unserem Verband tragen. Feminismus darf dabei kein Thema sein, dass nur Frauen* betrifft. Die Überwindung des Patriarchats kann nur durch gemeinsame Anstrengung erreicht werden. Von echter Gleichberechtigung profitiert die gesamte Gesellschaft, sie führt zu besserem sozialem Ausgleich, ökonomischem Erfolg und mehr individueller Freiheit. Deshalb brauchen wir auch und gerade von Männern nicht nur Lippenbekenntnisse zu feministischen Forderungen, sondern echte Feministen. Feminismus betrifft alle.

4. Null-Toleranz.

Als Feminist*innen machen wir uns für eine Null-Toleranz-Grenze in der SPD und bei den Jusos stark was sexistische Vorfälle angeht.

5. Courage zeigen.

Es reicht nicht aus, nur ein Bewusstsein zu schaffen. Alle Funktionsträger*innen müssen auch selber aktiv werden in der Bekämpfung von Sexismus und sexistischen Vorfällen. Jede Form von Sexismus fordert couragiertes Eingreifen, insbesondere von Menschen in Funktion.

Verhalten bei Vorfällen sexualisierter Gewalt

Sexualisierte Gewalt ist ein Problem in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig gibt es immer wieder erhebliche Probleme im Umgang mit konkreten Fällen. Als politischer Verband müssen wir aber die Grundlagen politischen Handelns schaffen im Umgang mit solchen Vorfällen.

1. Opferdefinitionsrecht anerkennen.

Den Betroffenen von sexualisierter Gewalt muss grundsätzlich das Recht zukommen zu definieren, was sexualisierte Gewalt ist. Anstatt hier auf objektive Kriterien zu beharren um Vorfälle kleinzureden oder gar Betroffene unter Generalverdacht falscher Anschuldigungen und Übertreibungen zu stellen, muss gerade das subjektive Erleben der Betroffenen für uns ausschlaggebend sein.

2. Freiräume schaffen und schützen.

Um Opfer von sexualisierter Gewalt auch weiterhin Beteiligungsmöglichkeiten zu geben, müssen für diese Freiräume geschaffen und geschützt werden. Opfer dürfen nicht gezwungen sein, sich aus ihrer politischen Arbeit zurückzuziehen, um ein Aufeinandertreffen mit dem Täter zu umgehen.

3. Beratung wahrnehmen.

Um das Defizit der Partei im Umgang mit Sexismusrvorfällen zu beheben, sollte die Partei auch externe professionelle Beratung dazu in Anspruch nehmen. Die Partei braucht ein Konzept für den Umgang mit Sexismus und muss vor allem ihre Funktionär*innen dazu schulen.

4. Täter aus Funktionen entfernen.

Wenn erforderlich müssen wir partei- und verbandsinterne Machtstrukturen auch dazu nutzen, Täter aus ihren Funktionen zu entfernen um dem bestehenden Machtgefällt entgegen zu wirken.

Strukturen verändern

Gleichzeitig muss auch jenseits von einzelnen Situationen Sorge getragen werden, dass unsere Strukturen sich dahingehend verändern, dass Frauen* bemächtigt werden, mehr Verantwortung für sich selber übernehmen zu können.

1. Frauen* kämpfen für Frauen*.

Frauen* sind zunächst einmal selber in der Verantwortung, andere Frauen* in Verantwortung zu stützen und schützen, um ihnen Rückhalt in ihrer Position zu geben. Die Frauen*selbstorganisation und Frauen*vernetzung müssen gestärkt werden um zum Instrument der Frauen*förderung zu werden. Frauen*solidarität ist für uns zentraler Bestandteil von Frauen*vernetzung und Feminismus. Wir wollen Strukturen aufbrechen in denen Frauen* auf Grund ihrer Sozialisation in Konkurrenz zueinander stehen und ein solidarisches Streben nach der Überwindung des Patriarchat fördern.

2. Empowerment von Frauen*. Bis in Spitzen.

Wir müssen Frauen* in unserem Verband und unserer Partei gezielt stärken. Damit wollen wir ihnen nicht nur die Fähigkeiten zu höheren Positionen und verantwortungsvolleren Aufgaben an die Hand geben, sondern sie vor allem dazu ermutigen, diese Aufgaben auch anzustreben und damit ihr Potential auszuschöpfen. Empowerment muss daher Aufgabe der Vorstände und insbesondere der Vorsitzenden sein. Es sollte unabdingbares Qualitätsmerkmal für eine*n Vorsitzenden sein, aktiv Frauen*-Empowerment zu betreiben und damit Frauen* zu fördern und zu bestärken.

3. Leistungsdruck verringern. Grenzen des Ehrenamtes anerkennen.

Durch verschiedene strukturelle Elemente der Jusos und der SPD sind Frauen* überdurchschnittlich häufig von Mehrfachmandaten belastet. Dass Frauen* in Verband und Partei zahlenmäßig unterrepräsentiert sind darf nicht dazu führen, diese zwecks Erfüllung von Quoten mit Ämter zu überlasten. Ehrenamtliches Engagement hat seine Grenzen, und diese zu erkennen ist unsere gemeinsame Verantwortung.

4. Frauen*quote und quotierte Redelisten.

Das Bekenntnis zur Frauen*quote für sämtliche Vorstände, Delegationen, Listen und andere Posten muss außer Frage stehen. Daneben sind quotierte Redelisten unabdingbares Instrument, um rein männliche Redesituationen zu verhindern und männlich dominantes Redeverhalten zu einzudämmen.

5. Awarenesssteams und -konzept.

Um Sexismus effektiv entgegenzuwirken, um sexistisches Verhalten aufzuzeigen und zu bekämpfen, brauchen wir ein Awareness-Konzept. Es muss für sämtliche Veranstaltungsformen Awarenesssteams

geben, die nicht nur besonders aufmerksam für Sexismen jeder Art sind, sondern auch als Ansprechpartner*innen dienen und bei Vorfällen reagieren.

6. Lila Faden bei Veranstaltungen, Quotierung bei Referent*innen und Grußwörtern.

Feminismus betrifft alle Bereiche unseres Lebens, das muss sich auch in unserer konkreten politischen Arbeit widerspiegeln. Das Thema muss sich deshalb als lila Faden durch die Veranstaltungen ziehen. Gleichzeitig gehört dazu auch eine Quotierung sämtlicher Referent*innen und Grußwortredner*innen auf unseren Veranstaltungen.

7. Sexismus kampagnenmäßig bekämpfen.

Schließlich sollte die Partei, um mehr Aufmerksamkeit auf die genannten Probleme zu lenken, eine Anti-Sexismus-Kampagne in Angriff nehmen. Wo eine Anti-Rassismus-Kampagne möglich war, muss auch eine Anti-Sexismus-Kampagne folgen.

Angenommen

Fem3 Gendergerechte Ausrichtung des Landesverbandes

Das Selbstverständnis der Jusos Niedersachsen ist geprägt durch die Ausrichtung als ein sozialistischer, internationalistischer und feministischer Richtungsverband. Dieses Verständnis erfordert eine progressive Wertevorstellung, welche sich entsprechend weiterentwickeln muss, um auf die Verhältnisse unserer ökonomischen, ökologischen und sozialen Umwelt reagieren zu können. Die Grundsätze von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität müssen dabei als zentrale Bestandteil jungsozialistischer Politik stetig thematisiert werden. Zur Gerechtigkeit gehört dabei jeher besonders der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit. Das Eintreten für eine gerechte Behandlung aller Geschlechter muss dementsprechend für die Jusos selbstverständlich sein. Es ist also unsere Pflicht, uns der Unterdrückung und Ungerechtigkeit zu stellen und diese zu beseitigen.

Diese unsere Welt hat uns inzwischen deutlich aufgezeigt, dass ein einfaches Einteilen in „Mann“ und „Frau“ nicht der Realität entspricht. Es ist daher ein erster Schritt gewesen, die Unterscheidung von sozialen und biologischem Geschlecht, dem Gender und Sex, anzuerkennen. Es ist darüber hinaus insbesondere anzuerkennen, dass es nicht nur „Mann“ und „Frau“ gibt. Die Dichotomie von Geschlecht ist nicht existent und sozial konstruierte, sie stellt somit keine Handlungsgrundlage dar und muss überwunden werden. Statt nur „Mann“ und nur „Frau“ gibt es zahlreiche Variation von Gender und Sex. Es ist wichtig, dass wir als Jusos dies anerkennen und leben, ansonsten kommen wir unseren

emanzipatorischen Wertevorstellungen nicht nach. Zu dieser Anerkennung gehört insbesondere eine emanzipatorische Sprache, durch welche sich keine Person ausgegrenzt fühlt. Nur durch eine konsequente Anwendung einer Sprache, welche alle Geschlechter umfasst, kann es gelingen, die praktizierte Binärität von Geschlecht im Alltag aufzulösen und uns von der beständigen patriarchistischen Unterdrückung loszulösen.

Unsere feministisch geprägte Genderpraxis hilft uns an dieser Stelle nicht mehr weiter. Diese ist zwar in der Lage, auf die Dominanz von Männlichkeit aufmerksam zu machen, kann ihre Stärke allerdings nicht entfalten, solange sie sich queerfeministischen Ansätzen sowie Aspekten von Intersexualität gegenüber verschließt und damit anti-emanzipatorisch agiert. Das Binnen-I reicht nicht mehr aus, um im Sprachgebrauch abzubilden, wie unsere Gesellschaft zusammengesetzt ist. Es bedarf der konsequenten Umsetzung einer Sprache, welche alle Geschlechter berücksichtigt, wenn wir als Jusos eine gerechte Gesellschaft einfordern wollen, in der die Geschlechtergerechtigkeit verwirklicht ist. In unseren Sprachgebrauch, in Wort und Schrift, soll dies umgesetzt werden und die Diversität von Geschlecht damit zum Ausdruck gebracht werden.

Nicht behandelt

Fem4 Weil du auch ein Mensch* bist – So sehen wir unseren Feminismus im

21. Jahrhundert

Die Jusos als feministischer Richtungsverband lehnen jede Form der strukturellen und gesellschaftlichen Diskriminierung, sexistisches, diskriminierendes Verhalten, gegen Frauen und LGBTIQ* sowie häusliche, sexuelle und sexualisierte Gewalt ab und werden dieser aktiv entgegenzutreten.

Bewährte Instrumente dafür in unserem Verband sind beispielsweise die Frauenquote, Frauenforen, Geschlechterplena, Awarenesssteams, Feminismuseminare sowie weitere Formen gezielter Frauenförderung. Wir wollen eine gezielte gesellschaftliche und politische Förderung von Frauen in allen Bereichen unserer Gesellschaft und begreifen uns in diesem Bestreben als Vorkämpfer*innen.

Wir stellen aber auch fest, dass es eine Benachteiligung in unserer männlich dominierten Gesellschaft gegenüber nicht „typisch männlichen“ Individuen gibt. Dies trifft zum einen Cis-Frauen, zum anderen sind aber auch alle weiteren Geschlechter, sowie Menschen die nicht heterosexuell sind – oft insgesamt als LGBTIQ* bezeichnet – von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffen. Unser Anspruch

ist es, sowohl persönliche Diskriminierungen von Individuen als auch strukturelle Diskriminierungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen aufzudecken und zu bekämpfen.

Hierbei wollen wir auch festhalten, dass Gender von Menschen gemacht und konstruiert ist – soziales Geschlecht ist nicht Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse. Dies bedeutet, dass die von der Gesellschaft reproduzierte Zweigeschlechtlichkeit wieder dekonstruiert werden kann, so dass die Vielfalt und Freiheit des Individuums gewährleistet wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in genau zwei Geschlechter keinen haltbaren Grund.

Auch in unserem Verband wollen wir diesem Anspruch gerecht werden. Gerade für LGBTIQ* beginnen erste Probleme mit einer oft grundlosen geforderten Einsortierung als Mann oder Frau. Dem wollen wir entgegenwirken, indem das Geschlecht nur bei tatsächlicher Notwendigkeit dieser Information abgefragt wird. Falls es organisatorisch nötig sein sollte, wollen wir eine dritte Kategorie einführen, welche dann von Geschlechtern jenseits von männlich und weiblich ausgewählt werden kann. Auch über unsere Veranstaltungen hinaus setzen wir uns innerhalb unseres Verbandes für eine weitere Sensibilisierung und ein umfassendes Mitdenken des Themas Geschlecht bei unseren Beschlüssen und Aktionen ein. Nur so können wir auch innerhalb unseres Verbandes und gesellschaftlich ein geschlechtergerechteres Miteinander für alle erreichen.

Die besondere Rolle der Frau bei der Überwindung patriarchaler Strukturen

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. In dem vollen Bewusstsein, dass die Dekonstruktion der Geschlechter ein langwieriger Prozess ist, sehen wir die Überwindung des Patriarchats als ersten Schritt in Richtung dieses Zieles. Das bedeutet, dass wir uns verstärkt für die gesellschaftliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einsetzen. Es bedeutet aber auch, dass alle Menschen nach unserer Vorstellung frei und selbstbestimmt leben sollen und wir die Reproduktion der Rollenbilder und Stereotypen aktiv bekämpfen möchten.

Mit Erschrecken beobachten wir in den letzten Jahren einen gesellschaftlichen Rollback. Oftmals wird Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Familienpolitik reduziert und somit werden automatisch wichtige Kernthemen in diesem Bereich negiert, die eigentlich unabdingbar wären. Insbesondere geht es dabei nicht mehr um die Überwindung des Patriarchats sowie die Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen. Aus diesem Grund fällt den Jusos eine Schlüsselrolle zu und wir müssen uns mehr denn je darum bemühen, diese Themen zurück auf die politische Agenda zu führen.

Um jedoch das Potenzial dafür zu entfalten, müssen wir Gleichstellung als zentrales Querschnittsthema in sämtlichen Politikfeldern behandeln. Die Erfahrungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass es immer mehr Jusos gibt, die den Feminismus als ein lästiges Ritual verstehen und abgeneigt sind, sich ein weiteres Mal mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Deshalb ist es notwendig, dass wir das Thema

Feminismus in alle Bereiche unserer Juso-Arbeit integrieren, aufgrund seiner Eigenschaft als Querschnittsthema und Bedeutung für den Verband.

Um eins vorweg zu schicken: Wir Jusos stellen uns klar gegen jede Form von Diskriminierung - unabhängig davon, ob mensch aufgrund von Religion, Hautfarbe, Herkunft, Nationalität oder der sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Neben den bekannten Herrschafts- und Machtverhältnissen, die aus dem kapitalistischen System hervorgehen, gilt es für uns als feministischen Verband aber stets auch, auf andere Strukturen hinzuweisen, die neben üblichen Machtstrukturen bestehen: den patriarchalen Strukturen, die Frauen diskriminieren, da ihr zugeordnetes Geschlecht vom als Norm betrachteten, konstruierten männlichen Geschlecht abweicht. Dieses Politikfeld darf nicht als untergeordnetes Problem verharmlost werden.

Die SPD war und ist immer noch Teil der emanzipatorischen Frauenbewegung. In der Vergangenheit hat die Partei wichtige Impulse gesetzt und für mehr Gleichstellung in der Gesellschaft gesorgt. Deswegen ist es uns ein gewichtiges Anliegen, Frauen in unserem Verband zu fördern und zu ermuntern, gemeinsam mit uns für ein besseres Leben zu streiten. Dabei müssen wir gezielt vorgehen und zur Vernetzung von Frauen beitragen. Insbesondere jedoch müssen wir versuchen mehr junge Frauen für die SPD zu begeistern.

Gleichstellungs- und Queerpolitik nicht als Widerspruch begreifen

Insbesondere die Piratenpartei hat sich in der Vergangenheit damit hervorgetan, dass sie "postgender" sei, was für sie bedeutet, dass Geschlecht innerhalb ihrer Strukturen keine Rolle mehr spiele. Die Idee, dass man die Dekonstruktion der Geschlechter mit einem Beschluss durchführen kann, lehnen wir kategorisch ab.

Geschlechterdiskriminierung ist ein verbreitetes Phänomen, allerdings erfolgt diese Diskriminierung in der Regel nicht aufgrund der Zuschreibung eines Geschlechts ("weiblich"), sondern aufgrund der wahrgenommenen Abweichung von einem Geschlecht ("nicht männlich"). Die Opfer dieser Diskriminierung definieren sich in weiten Teilen - allerdings nicht ausschließlich - als weiblich. Das Geschlecht, wenn auch eine konstruierte Kategorie, wird in der Gesellschaft im Rahmen einer Zweigeschlechtlichkeit gedacht. Diese bringt jedoch eine Diskriminierung all jener Menschen mit sich, die sich nicht innerhalb des zweigeschlechtlichen Systems weiblich—männlich einordnen können und wollen.

Ziel einer jungsozialistischen Genderpolitik muss es daher sein, zweigleisig vorzugehen und Queer- und Gleichstellungspolitik zu verbinden, statt sie gegeneinander auszuspielen. Einerseits muss hierbei der Kampf gegen die konstruierte Zweigeschlechtlichkeit geführt werden, nicht um andere Menschen von ihrem Geschlecht "weg zu missionieren", sondern um die Akzeptanz für andere Geschlechter

herbeizuführen und somit der breiten Masse der Gesellschaft andere Optionen innerhalb der Mehrgeschlechtlichkeit aufzuzeigen. Andererseits macht der gesellschaftliche Status Quo ein entschiedenes Eintreten gegen das Patriarchat dringend notwendig. An altbewehrten Methoden der Gleichstellungspolitik wie der Quote ist demnach festzuhalten, da sie geeignet erscheinen, mittelfristig dem Machtgefälle innerhalb des Patriarchats entgegenzuwirken und die Rolle der Frauen zu stärken. Dennoch liegt es auch an uns Jusos erste Schritte zu gehen, eine progressive Queerpolitik eben auch in unseren Verband hinein zu tragen. Hierzu gehören unter anderem das Gendern mit Sternchen (Jungsozialist*in) sowie die Möglichkeit, sich bei Anmeldungen zu Juso-Veranstaltungen anmelden zu können ohne dabei ein Geschlecht angeben zu müssen.

Sprache als Instrument

Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern fungiert als Spiegel gesellschaftlicher Realität, stellt aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikuliert. Die Diskriminierung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch wie gesprochen und geschrieben wird. Wir Jusos setzen uns daher für eine geschlechtergerechte Sprache ein, in der andere als männlich sozialisierte Menschen nicht nur mitgemeint und mitgedacht, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Dies soll für Sprache auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelten - sowohl in formeller als auch in informeller Sprache.

Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache genderbezogene Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und Konstruktion von Realität einwirken. Genau aus diesem Grund verdeutlicht sich die immense Bedeutung unserer Sprache. Wenn wir Frauen und Männer in unserer Sprache gleichstellen, dann wird dadurch ein gedanklicher Prozess angestoßen, der sich auf unser gesellschaftliches Handeln auswirkt. Somit wird die wichtige Voraussetzung geschaffen, dass wir Gleichstellung in unserem Verband praktisch mit Leben füllen können. Denn die Macht und die Konstruktion patriarchaler Strukturen werden durch nicht-gegenderte Sprache verklärt.

Doch sehen wir uns heute noch vor enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als Jusos begegnen müssen. Wir werden auch in Zukunft klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art kämpfen und uns entschieden gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung positionieren. Deshalb wollen wir als Jusos zu einer angemessenen Form des Genderns übergehen. Um Menschen einzuschließen, die sich dem binären Geschlechtssystem nicht zuordnen können oder wollen, werden wir in unseren öffentlichkeitswirksamen als auch verbandsinternen Schriften mit Sternchen (Jungsozialist*in) gendern. Sprache ist ständigem Wandel unterzogen, lasst uns deshalb gemeinsam für die Sichtbarmachung von allen Geschlechtern kämpfen!

Unser Ziel: Diskurs zur Dekonstruktion

Wir Jusos sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das fundamentale Recht hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass Menschen nicht durch äußere Sozialisationsprozesse in gesellschaftliche Rollenbilder gedrängt werden. Wir fordern, dass sich alle Menschen frei entfalten können und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechterrolle und ihrer sexuellen Orientierung. Ziel unserer Politik muss deshalb die Überwindung der in der Gesellschaft vorgegebenen Geschlechterbilder und letztendlich die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht sein.

Im Kampf für die Überwindung der heteronormativen und patriarchalen Gesellschaft, mit Ziel des Beginns einer menschlichen, ist uns Jusos bewusst, dass wir noch einen schweren Weg zu gehen haben. Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns und unserem Verband umgehen. Für einige spielt die Kategorie Geschlecht immer noch eine große kognitive und lebenspraktische Rolle. Schließlich tragen auch wir durch unser Handeln dazu bei, dass die Unterscheidung von Menschen anhand zweier Geschlechter nach wie vor wirkungsmächtig bleibt. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, unser eigenes Denken und Handeln zu reflektieren und zu durchbrechen.

Um das zu erreichen müssen wir in unserem Verband in einen breit aufgestellten Diskurs treten und diesen dann in die Gesellschaft tragen. Unser Ziel muss es sein, die Gesellschaft für diese zentrale Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, denn nur dann kann das System hinterfragt und überwunden werden.

Unsere Forderungen

- Unser Anspruch an eine jungsozialistische Queerpolitik in unserem Verband beinhaltet daher:
- bei politischen Veranstaltungen (bspw. Seminaren) eine Debatte darüber zu führen, wie wir innerhalb der SPD und der Gesellschaft für Queerpolitik sensibilisieren können
- den Umgang mit dem Thema Gender und mit Menschen, die sich nicht in das binäre System einordnen können oder wollen, in unserem eigenen Verband und unseren Strukturen kritisch zu reflektieren
- im Rahmen unserer eigenen Veranstaltungen Möglichkeiten einzuräumen, dass Teilnehmende sich anmelden können, ohne sich zwingend als „weiblich / männlich“ definieren zu müssen. Wir wollen umfassende Schutzräume für alle Geschlechter herstellen
- gendern wollen wir daher künftig mit dem Sternchen (*) zu gendern, da wir es als absolut wichtig empfinden, deutlich zu machen, dass wir, wenn wir über Menschen sprechen, wirklich alle Menschen meinen. Das Sternchen macht für uns deutlich, dass es mehr als nur das männliche und

weibliche Geschlecht gibt. Wir schaffen einen Raum für alle Menschen, die sich anders definieren oder sich auch gar nicht definieren wollen. Beim Sprechen des Sternchens wird – wie auch bei der Gender Gap oder dem großen Binnen-I - eine Lücke gelassen, somit existiert keine große Hürde dies auch mündlich entsprechend umzusetzen.

- zusätzlich wollen wir uns mit weiteren Formen des Genderns kontinuierlich auseinandersetzen (bspw. Professx statt Professor)

Für uns gibt es bei der Überwindung des Patriarchats keinen Widerspruch zwischen gezielter Frauenförderung und der Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern. Vom Patriarchat werden alle Gruppen, die sich nicht den Cis-Männern zuordnen, unterdrückt und diskriminiert. Wir wollen das Patriarchat überwinden, um dieses strukturelle geschlechtsspezifische Machtgefälle innerhalb unserer Gesellschaft aufzubrechen. Hierbei kämpfen wir mit und für alle Geschlechter. Eine besondere Rolle nehmen hierbei allerdings die Cis-Frauen ein. Auch wenn wir die Überwindung der Geschlechter anstreben, leben wir immer noch in einem patriarchalen System. In diesem System steht der Mann über der Frau. Die Frauenförderung nimmt daher eine Schlüsselposition im Kampf gegen das Patriarchat ein. Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. Diesem Grundsatz folgen wir auf unserem Weg zum demokratischen Sozialismus!

Angenommen

Fem5 Weil auch du ein Mensch* bist – Unser gemeinsamer Kampf für eine menschliche Gesellschaft

I. Analyse

In weiten Teilen unserer Gesellschaft ist die Vorstellung, dass alle Menschen in das binäre Geschlechtssystem zu pressen seien, immer noch vorherrschend. In diesem System gibt es genau zwei Geschlechter: Mann und Frau. Diese seien biologisch festgelegt, unveränderlich und könnten spätestens bei der Geburt zweifelsfrei anhand der äußeren Geschlechtsmerkmale festgestellt werden. Diese Vorstellung von Zweigeschlechtlichkeit und der Kategorie „Geschlecht“ ist im gesellschaftlichen Denken äußerst präsent. Dieses System besteht dabei aus Sex (biologisches Geschlecht) und Gender (soziales Geschlecht).

Die biologische Fehlvorstellung der Zweigeschlechtlichkeit beruht dabei auf einer Zuweisung zu dem einen oder anderen Geschlecht. Bereits mit der Geburt setzt ein sozialer Prozess ein, der die Einteilung

in „weiblich“ oder „männlich“ manifestiert und ab sofort unseren weiteren Lebensweg bestimmen wird. Mit unserer Geburt beginnt die Erziehung zu einer vermeintlich zu erfüllenden Geschlechterrolle. Durch diese Sozialisationsprozesse werden die Merkmale von „weiblich“ und „männlich“ anerzogen, die später für die angeblich durch die Natur vorgegebene Unterscheidung herangezogen werden. In der dabei entstehenden sozialen Ordnung werden die Geschlechter, die vom männlich sozialisierten Geschlecht abweichen, konsequent benachteiligt und von wichtigen Teilen der Gesellschaft ausgeschlossen.

Wir stellen fest, dass Gender von Menschen gemacht und konstruiert ist - soziales Geschlecht ist nicht Ausgangspunkt, sondern das Ergebnis sozialer Prozesse. Dies bedeutet, dass die von der Gesellschaft reproduzierte Zweigeschlechtlichkeit wieder dekonstruiert werden kann, so dass die Vielfalt und Freiheit des Individuums gewährleistet wird. Demnach gibt es für eine Einteilung in genau zwei Geschlechter keinen haltbaren Grund.

Inter*, Trans* und auch die völlig unterschiedlichen Gender, die innerhalb der beiden Alternativen vorkommen, verdeutlichen, dass Zweigeschlechtlichkeit und ein von Natur aus festgelegtes, unveränderbares Geschlecht nicht existieren. Das Einsetzen für die Anerkennung einer Mehrgeschlechtlichkeit und allen anderen Möglichkeiten der sozialen Identifikation ist also ein Kampf für den Menschen, ein Hinweisen auf gesellschaftliche Fehlvorstellungen und die darauf beruhende Diskriminierung.

Die Debatte um Gender, Zweigeschlechtlichkeit und die (De-)Konstruktion von Geschlecht ist keineswegs eine rein theoretische. Die sozial konstruierte Geschlechterordnung zieht Benachteiligungen und Diskriminierungen nach sich, die wir als Jusos nicht akzeptieren können und wollen. Betroffen sind dabei alle Menschen, die vom heterosexuellen, weißen cis-Mann, der die meisten gesellschaftlichen Privilegien genießt, abweichen. Weiblich sozialisierte Menschen sind dabei eine besonders große Gruppe, gegen deren Benachteiligung und Diskriminierung wir seit langem kämpfen – sowohl in der Gesellschaft als auch innerhalb unserer eigenen Strukturen. Aber auch alle Menschen, die sich mit dem sozialen Geschlecht identifizieren, welches ihnen nicht bei der Geburt zugewiesen wurde (Trans*), die sich zwischen den beiden Geschlechtern „männlich“/„weiblich“ oder aber auch ganz außerhalb dieses Systems einordnen (Inter*), sind vielfältiger Diskriminierung ausgesetzt. Menschen die nicht in dieses System passen werden nicht als Anlass gesehen dieses zu hinterfragen, sondern werden als „Abweichung von der Norm“ dargestellt.

Das führt zu einer nicht hinnehmbaren Abwertung und Ausgrenzung. Diskriminierung findet dabei unter anderem durch eine dominierende Normierung durch Sprache, durch Benachteiligung im Berufsleben, durch offene Diskriminierung auf der Straße bzw. im öffentlichen Leben oder dem Zwang, sich an vielen Stellen einem von den vermeintlich zwei möglichen Geschlechtern zuordnen zu müssen,

statt. Schon die Tatsache, dass jemand einen Menschen auf den ersten Blick nicht "eindeutig" einem der beiden Geschlechter „männlich“/“weiblich“ zuordnen kann, führt oft zu Anstarren oder abwertenden und beleidigenden Kommentaren. Auch Trans*-Menschen sehen sich oft Beschimpfungen und nicht selten gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Es muss jedoch jedem Menschen selbst überlassen sein, die eigene Geschlechtsidentität zu definieren. Das ist in einem System mit nur zwei Kategorien für eine Vielzahl von Gendern nicht möglich.

Die Benachteiligung von nicht-männlich-sozialisierten Menschen wird so lange weiter geschehen, wie man das zweigeschlechtliche System akzeptiert und dadurch reproduziert und verstärkt. Langfristiges Ziel muss daher sein, dass die Kategorie Geschlecht keine Rolle mehr in Bezug auf Teilhabe, Chancen, Lebenswege etc. spielt und dass das binäre System mit lediglich zwei Geschlechtern durch ein flexibles und offenes Verständnis von Geschlecht ersetzt wird, welches Raum für jede Selbstdefinition lässt, ohne dabei zu verkennen, dass Geschlecht auch weiterhin eine Rolle für die Identität eines Menschen spielt. Wir wollen nicht Geschlecht abschaffen, sondern die starren Kategorien aufbrechen und mit Gender verbundene Diskriminierung überwinden!

Die besondere Rolle der Frau bei der Überwindung patriarchaler Strukturen

Wir Jusos sind ein feministischer Richtungsverband. In dem vollen Bewusstsein, dass die Dekonstruktion der Geschlechter ein langwieriger Prozess ist, sehen wir die Überwindung des Patriarchats als ersten Schritt in Richtung dieses Zieles. Das bedeutet, dass wir uns verstärkt für die gesellschaftliche Gleichstellung zwischen Frauen und Männern einsetzen. Es bedeutet aber auch, dass alle Menschen nach unserer Vorstellung frei und selbstbestimmt leben sollen und wir die Reproduktion der Rollenbilder und Stereotypen aktiv bekämpfen möchten.

Mit Erschrecken beobachten wir in den letzten Jahren einen gesellschaftlichen Rollback. Oftmals wird Frauen- und Gleichstellungspolitik auf Familienpolitik reduziert und somit werden automatisch wichtige Kernthemen in diesem Bereich negiert, die eigentlich unabdingbar wären. Insbesondere geht es dabei nicht mehr um die Überwindung des Patriarchats sowie die Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen. Aus diesem Grund fällt den Jusos eine Schlüsselrolle zu und wir müssen uns mehr denn je darum bemühen, diese Themen zurück auf die politische Agenda zu führen.

Um jedoch das Potenzial dafür zu entfalten, müssen wir Gleichstellung als zentrales Querschnittsthema in sämtlichen Politikfeldern behandeln. Die Erfahrungen der letzten Jahre hat gezeigt, dass es immer mehr Jusos gibt, die den Feminismus als ein lästiges Ritual verstehen und abgeneigt sind, sich ein weiteres Mal mit diesem Thema auseinanderzusetzen. Deshalb ist es notwendig, dass wir das Thema Feminismus in alle Bereiche unserer Juso-Arbeit integrieren, aufgrund seiner Eigenschaft als Querschnittsthema und Bedeutung für den Verband.

Um eins vorweg zu schicken: Wir Jusos stellen uns klar gegen jede Form von Diskriminierung - unabhängig davon, ob mensch aufgrund von Religion, Hautfarbe, Herkunft, Nationalität oder der sexuellen Orientierung diskriminiert wird. Neben den bekannten Herrschafts- und Machtverhältnissen, die aus dem kapitalistischen System hervorgehen, gilt es für uns als feministischen Verband aber stets auch, auf andere Strukturen hinzuweisen, die neben üblichen Machtstrukturen bestehen: den patriarchalen Strukturen, die Frauen diskriminieren, da ihr zugeordnetes Geschlecht vom als Norm betrachteten, konstruierten männlichen Geschlecht abweicht. Dieses Politikfeld darf nicht als untergeordnetes Problem verharmlost werden.

Die SPD war und ist immer noch Teil der emanzipatorischen Frauenbewegung. In der Vergangenheit hat die Partei wichtige Impulse gesetzt und für mehr Gleichstellung in der Gesellschaft gesorgt. Deswegen ist es uns ein gewichtiges Anliegen, Frauen in unserem Verband zu fördern und zu ermuntern, gemeinsam mit uns für ein besseres Leben zu streiten. Dabei müssen wir gezielt vorgehen und zur Vernetzung von Frauen beitragen. Insbesondere jedoch müssen wir versuchen mehr junge Frauen für die SPD zu begeistern.

Gleichstellungs- und Queerpolitik nicht als Widerspruch begreifen

Insbesondere die Piratenpartei hat sich in der Vergangenheit damit hervorgetan, dass sie "postgender" sei, was für sie bedeutet, dass Geschlecht innerhalb ihrer Strukturen keine Rolle mehr spiele. Die Idee, dass man die Dekonstruktion der Geschlechter mit einem Beschluss durchführen kann, lehnen wir kategorisch ab.

Geschlechterdiskriminierung ist ein verbreitetes Phänomen, allerdings erfolgt diese Diskriminierung in der Regel nicht aufgrund der Zuschreibung eines Geschlechts ("weiblich"), sondern aufgrund der wahrgenommenen Abweichung von einem Geschlecht ("nicht männlich"). Die Opfer dieser Diskriminierung definieren sich in weiten Teilen - allerdings nicht ausschließlich - als weiblich. Das Geschlecht, wenn auch eine konstruierte Kategorie, wird in der Gesellschaft im Rahmen einer Zweigeschlechtlichkeit gedacht. Diese bringt jedoch eine Diskriminierung all jener Menschen mit sich, die sich nicht innerhalb des zweigeschlechtlichen Systems weiblich - männlich einordnen können und wollen.

Ziel einer jungsozialistischen Genderpolitik muss es daher sein, zweigleisig vorzugehen und Queer- und Gleichstellungspolitik zu verbinden, statt sie gegeneinander auszuspielen. Einerseits muss hierbei der Kampf gegen die konstruierte Zweigeschlechtlichkeit geführt werden, nicht um andere Menschen von ihrem Geschlecht "weg zu missionieren", sondern um die Akzeptanz für andere Geschlechter herbeizuführen und somit der breiten Masse der Gesellschaft andere Optionen innerhalb der Mehrgeschlechtlichkeit aufzuzeigen. Andererseits macht der gesellschaftliche Status Quo ein

entschiedenes Eintreten gegen das Patriarchat dringend notwendig. An altbewehrten Methoden der Gleichstellungspolitik wie der Quote ist demnach festzuhalten, da sie geeignet erscheinen, mittelfristig dem Machtgefälle innerhalb des Patriarchats entgegenzuwirken und die Rolle der Frauen zu stärken. Dennoch liegt es auch an uns Jusos erste Schritte zu gehen, eine progressive Queerpolitik eben auch in unseren Verband hinein zu tragen. Hierzu gehören unter anderem das Gendern mit Sternchen (Jungsozialist*in) sowie die Möglichkeit, sich bei Anmeldungen zu Juso-Veranstaltungen anmelden zu können ohne dabei ein Geschlecht angeben zu müssen.

Sprache als Instrument

Sprache ist kein neutrales Kommunikationsmittel, sondern fungiert als Spiegel gesellschaftlicher Realität, stellt aber auch den Ort dar, an dem sich sozialer Protest und konservativer Widerstand artikuliert. Die Diskriminierung findet nicht nur in dem statt, was getan wird, sondern auch wie gesprochen und geschrieben wird. Wir Jusos setzen uns daher für eine geschlechtergerechte Sprache ein, in der andere als männlich sozialisierte Menschen nicht nur mitgemeint und mitgedacht, sondern sichtbar und hörbar gemacht werden. Dies soll für Sprache auf allen gesellschaftlichen Ebenen gelten - sowohl in formeller als auch in informeller Sprache.

Für die Beziehung zwischen Sprache und Geschlecht heißt dies, dass sich in einer Sprache genderbezogene Asymmetrien manifestieren, die ihrerseits auf die Wahrnehmung und Konstruktion von Realität einwirken. Genau aus diesem Grund verdeutlicht sich die immense Bedeutung unserer Sprache. Wenn wir Frauen und Männer in unserer Sprache gleichstellen, dann wird dadurch ein gedanklicher Prozess angestoßen, der sich auf unser gesellschaftliches Handeln auswirkt. Somit wird die wichtige Voraussetzung geschaffen, dass wir Gleichstellung in unserem Verband praktisch mit Leben füllen können. Denn die Macht und die Konstruktion patriarchaler Strukturen werden durch nicht-gegenderte Sprache verklärt.

Doch sehen wir uns heute noch vor enorme Herausforderungen gestellt, denen gerade wir als Jusos begegnen müssen. Wir werden auch in Zukunft klar gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit jeglicher Art kämpfen und uns entschieden gegen die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts und der sexuellen Orientierung positionieren. Deshalb wollen wir als Jusos zu einer angemessenen Form des Genderns übergehen. Um Menschen einzuschließen, die sich dem binären Geschlechtssystem nicht zuordnen können oder wollen, werden wir in unseren öffentlichkeitswirksamen als auch verbandsinternen Schriften mit Sternchen (Jungsozialist*in) gendern. Sprache ist ständigem Wandel unterzogen, lasst uns deshalb gemeinsam für die Sichtbarmachung von allen Geschlechtern kämpfen!

Unser Ziel: Diskurs zur Dekonstruktion

Wir Jusos sind der Überzeugung, dass jeder Mensch das fundamentale Recht hat, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Daher sprechen wir uns dafür aus, dass Menschen nicht durch äußere Sozialisationsprozesse in gesellschaftliche Rollenbilder gedrängt werden. Wir fordern, dass sich alle Menschen frei entfalten können und zwar unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechterrolle und ihrer sexuellen Orientierung. Ziel unserer Politik muss deshalb die Überwindung der in der Gesellschaft vorgegebenen Geschlechterbilder und letztendlich die Dekonstruktion der Kategorie Geschlecht sein.

Im Kampf für die Überwindung der heteronormativen und patriarchalen Gesellschaft, mit Ziel des Beginns einer menschlichen, ist uns Jusos bewusst, dass wir noch einen schweren Weg zu gehen haben. Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns und unserem Verband umgehen. Für einige spielt die Kategorie Geschlecht immer noch eine große kognitive und lebenspraktische Rolle. Schließlich tragen auch wir durch unser Handeln dazu bei, dass die Unterscheidung von Menschen anhand zweier Geschlechter nach wie vor wirkungsmächtig bleibt. Deswegen müssen wir uns darum bemühen, unser eigenes Denken und Handeln zu reflektieren und zu durchbrechen.

Um das zu erreichen müssen wir in unserem Verband in einen breit aufgestellten Diskurs treten und diesen dann in die Gesellschaft tragen. Unser Ziel muss es sein, die Gesellschaft für diese zentrale Ungerechtigkeit zu sensibilisieren, denn nur dann kann das System hinterfragt und überwunden werden.

II. Unsere Forderungen

Unser Anspruch an eine jungsozialistische Queerpolitik in unserem Verband beinhaltet daher:

- bei politischen Veranstaltungen (bspw. Seminaren) eine Debatte darüber zu führen, wie wir innerhalb der SPD und der Gesellschaft für Queerpolitik sensibilisieren können
- den Umgang mit dem Thema Gender und mit Menschen, die sich nicht in das binäre System einordnen können oder wollen, in unserem eigenen Verband und unseren Strukturen kritisch zu reflektieren
- im Rahmen unserer eigenen Veranstaltungen Möglichkeiten einzuräumen, dass Teilnehmende sich anmelden können, ohne sich zwingend als „weiblich / männlich“ definieren zu müssen. Wir wollen umfassende Schutzräume für alle Geschlechter herstellen
- eine gendergerechte Sprache bei der wir die substantivierte Progressivform (z.B. Studierende) wenn möglich vorziehen. In allen anderen Fällen wollen wir das Gendern mit Sternchen in unseren Publikationen bevorzugen und uns somit vom Gendern mit Binnen-I wegbewegen

- zusätzlich wollen wir uns mit weiteren kreativen Formen des Genderns kontinuierlich auseinandersetzen (bspw. Professx statt Professor)

Wir wollen weiterhin an feministischen Instrumenten wie bspw. der Frauenquote festhalten, jedoch über weitere progressive Ansätze nachdenken, wie wir die menschliche Gesellschaft erreichen können.

Zurückgezogen

Fem6 Wie wir gendern - So sehen wir unseren Feminismus im 21. Jahrhundert!

Die Jusos als feministischer Richtungsverband lehnen jede Form der struktureller und gesellschaftlicher Diskriminierung, sexistisches, diskriminierendes Verhalten, gegen Frauen* und LGBTIQ* sowie häusliche, sexuelle und sexualisierte Gewalt ab und werden dieser aktiv entgegentreten.

Bewährte Instrumente dafür in unserem Verband sind beispielsweise die Frauen*quote, Frauen*foren, Geschlechterplena, Awarenesssteams, Feminismusseminare sowie weitere Formen gezielter Frauen*förderung. Wir wollen eine gezielte gesellschaftliche und politische Förderung von Frauen* in allen Bereichen unserer Gesellschaft und begreifen uns in diesem Bestreben als Vorkämpfer*innen.

#Mensch als Individuum

Wir stellen fest, dass es eine Benachteiligung in unserer männlich dominierten Gesellschaft gegenüber nicht „typisch männlichen“ Individuen gibt. Dies trifft zum einen Cis-Frauen . Zum anderen sind aber auch alle weiteren Geschlechter, sowie Menschen die nicht heterosexuell sind – oft insgesamt als LGBTIQ* bezeichnet - von gesellschaftlicher Diskriminierung betroffen. Unser Anspruch ist es, sowohl persönliche Diskriminierungen von Individuen als auch strukturelle Diskriminierungen zwischen gesellschaftlichen Gruppen aufzudecken und zu bekämpfen.

Auch in unserem Verband wollen wir diesem Anspruch gerecht werden. Gerade für LGBTIQ* beginnen erste Probleme mit einer oft grundlosen geforderten Einsortierung als Mann oder Frau. Dem wollen wir entgegenwirken, indem das Geschlecht nur bei tatsächlicher Notwendigkeit dieser Information abgefragt wird. Falls es organisatorisch nötig sein sollte, wollen wir eine dritte Kategorie einführen, welche dann von Geschlechtern jenseits von männlich und weiblich ausgewählt werden kann. Auch über unsere Veranstaltungen hinaus setzen wir uns innerhalb unseres Verbandes für eine weitere Sensibilisierung und ein umfassendes Mitdenken des Themas Geschlecht bei unseren Beschlüssen und

Aktionen ein. Nur so können wir auch innerhalb unseres Verbandes und gesellschaftlich ein geschlechtergerechteres Miteinander für alle erreichen.

#Patriarchat überwinden

Für uns gibt es bei der Überwindung des Patriarchats keinen Widerspruch zwischen gezielter Frauen*förderung und der Anerkennung von mehr als zwei Geschlechtern. Vom Patriarchat werden alle Gruppen, die sich nicht den Cis-Männern zuordnen, unterdrückt und diskriminiert. Wir wollen das Patriarchat überwinden, um dieses strukturelle geschlechtsspezifische Machtgefälle innerhalb unserer Gesellschaft aufzubrechen. Hierbei kämpfen wir mit und für alle Geschlechter. Eine besondere Rolle nehmen hierbei allerdings die Cis-Frauen ein. Auch wenn wir die Überwindung der Geschlechter anstreben, leben wir immer noch in einem patriarchalen System. In diesem System steht der Mann über der Frau*. Die Frauen*förderung nimmt daher eine Schlüsselposition im Kampf gegen das Patriarchat ein. Wer eine menschliche Gesellschaft will, muss die männliche überwinden. Diesem Grundsatz folgen wir auf unserem Weg zum demokratischen Sozialismus!

#Sprache als politisches Instrument

Als politischer Verband ist uns bewusst, dass der Gebrauch von Sprache ein wichtiges Instrument ist. Wie wir sprechen und schreiben, bestimmt in vielen Teilen darüber, welche gesellschaftliche Wirklichkeit wir reproduzieren. Das Auflehnen gegen eine patriarchale Sprache ist somit ein wichtiger Schritt.

Wir Jusos Region Hannover werden daher künftig mit dem Sternchen (*) gendern, da wir es als absolut wichtig empfinden, deutlich zu machen, dass wir, wenn wir über Menschen sprechen, wirklich alle Menschen meinen. Das Sternchen macht für uns deutlich, dass es mehr als nur das männliche und weibliche Geschlecht gibt. Wir schaffen einen Raum für alle Menschen, die sich anders definieren oder sich auch gar nicht definieren wollen. Beim Sprechen des Sternchens wird – wie auch bei der Gender Gap oder dem großen Binnen-I - eine Lücke gelassen, somit existiert keine große Hürde dies auch mündlich entsprechend umzusetzen.

Auf, auf zum Kampf, liebe Genoss*innen!

Zurückgezogen

Fem7 Geschlechtergerechte Sprache in öffentlichen Schreiben des Landes Niedersachsen.

Wir fordern die niedersächsische Landesregierung dazu auf, in allen Behörden, die dem Land Niedersachsen unterstehen, geschlechtergerechte Sprache zu verwenden. Die Verwirklichung sollte durch den Gender-Star – auch Sternchen genannt – erfolgen.

Wir sprechen uns dafür aus, dass behördliche schreiben in Niedersachsen in geschlechtergerechter Sprache verfasst werden.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag sowie SPD-Landtagsfraktion weitergeleitet

I1 Al-Quds-Tag

Die Landeskonzferenz möge beschließen, dass sich der niedersächsische Juso-Landesverband gegen den alljährlichen anti-israelischen Al-Quds Tag ausspricht und sich den progressiven Gegendemonstrant*innen gegenüber solidarisch zeigt. Der Landesverband sollte sich dabei auf Landes- und Bundesebene dafür stark machen, dass sich die gesamte Partei gegen den Marsch der selbsternannten „Israelkritiker*innen“ stellt.

Angenommen

I2 Solidarität mit Israel – Gegen jeden Antisemitismus und Antizionismus!

Antisemitismus beginnt nicht erst dann, wenn jüdische Friedhöfe geschändet oder Menschen körperlich angegriffen werden, sondern bereits bei verbalen Entgleisungen im Sportverein, am Stammtisch oder unter Arbeitskollegen. Auch das Internet bildet diese gesellschaftlichen Verhältnisse in der virtuellen Welt ab. Diesen Verhältnissen müssen wir argumentativ und praktisch entgegentreten und sie gemeinsam bekämpfen.

„Ich habe ja nichts gegen Jüd*innen, aber...“ – Kein Friede mit den Feinden Israels

Wenn von Antisemitismus die Rede ist, denken viele an den Nationalsozialismus und den Versuch das Judentum zu vernichten. Diese mörderische Vernichtungsideologie sei strikt zu trennen von alltäglicher Jüd*innenfeindschaft, die oftmals als harmloses Ressentiment gegen Jüd*innen verharmlost wird. Antisemitismus ist aber primär ein Denksystem, eine Ideologie und darf nicht in erster Linie als Praxis begriffen werden, denn hinter jeder antisemitischen Handlung steht die antisemitische Ideologie.

Und diese antisemitische Ideologie ist je nach historischem Erscheinen und den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen unterschiedlich.

Der Antisemitismus, wie er im Nationalsozialismus weit verbreitet war, ist heutzutage eher marginal geworden. Grund dafür ist die von Werner Bergmann und Rainer Erb beschriebene Kommunikationslatenz, die davon ausgeht, dass ein durch gesellschaftliche und politische Eliten erzeugter Druck nach 1945 in der Bundesrepublik dazu geführt hat, dass antisemitische Einstellungen öffentlich nicht geäußert wurden. Dennoch sind diese Einstellungen weiterhin latent vorhanden und es haben sich neue Formen der Jüd*innenfeindschaft gefunden, die allerdings bestreiten

jüd*innenfeindlich zu sein. Solche Einstellungen beginnen oft mit Äußerungen wie „Ich habe ja nichts gegen Jüd*innen, aber...“.

Antisemitismus ist also kein Relikt einer vergangenen Zeit, sondern kommt heutzutage sehr modern und zeitgemäß daher. Mit Hilfe des kommunikativen Umwegs, also der Beteuerung nicht antisemitisch zu sein, wird die Kommunikationslatenz geschickt umgangen und die immer gleichen antisemitischen Ressentiments finden sich in neuer Form als Antizionismus oder in einer revisionistischen Haltung zum Holocaust. Im modernen deutschen Antisemitismus werden diese Spielarten des Antisemitismus miteinander vereint: Zum einen wird davon ausgegangen, dass die deutschen Verbrechen in gewisser Hinsicht aufgearbeitet worden sind. Es wird kein Schlussstrich gefordert, sondern angenommen, dass Deutschland bei der Aufarbeitung einen guten Job geleistet hätte und diese abgeschlossen sei. Zum anderen wird aus diesem neu erlangten stolzen deutschen Selbstverständnis heraus die Verantwortung für die Verhinderung ähnlich schlimmer Verbrechen wie der Holocaust generiert. Eine solche Relativierung des Holocaust dient der Verharmlosung der deutschen Verbrechen und wenn dabei angebliche Verbrechen Israels als Vergleich herhalten, werden aus den damaligen Opfern die heutigen Täter*innen, die im Vergleich zu der „eigenen“ vermeintlich gelungenen Aufarbeitung nichts aus der Vergangenheit gelernt hätten. So werden die Täter*innen zu Opfern und die Opfer zu Täter*innen und man kann endlich wieder stolz auf Deutschland sein.

Die Frage, wann Äußerungen zum Nahost-Konflikt oder zu Israel antisemitisch sind oder nicht, wird in regelmäßig wiederkehrenden Debatten häufig und oft verbissen diskutiert. Dabei taucht auch bei uns Jusos immer wieder die Position auf, dass Kritik an Israel nicht per se antisemitisch sei. Israel müsse man doch kritisieren dürfen, wird im selben Atemzug geäußert. Auffällig ist dabei, dass niemand in diesen Debatten ernsthaft behauptet, Israelkritik sei immer antisemitisch. Für Samuel Salzborn sagt dieser präventive Abwehrreflex „mehr über den Sprecher und seine unbewussten Affekte aus [...] als über den Inhalt“. Salzborn bezieht sich bei dieser Analyse auf Freud, demzufolge eine solche Position auf unbewusste Affekte verweist, die gegen eine nicht existente Realität rebelliert. Wenn der Vorwurf artikuliert wird, bei einer Äußerung handele es sich um Antisemitismus, dann kann dieser Vorwurf durch den Austausch von Argumenten leicht entkräftet werden. Wird aber auf das Mittel zurückgegriffen, die eigenen Positionen vorbeugend gegen Antisemitismus absichern zu wollen, dann verweist dieses Vorgehen auf ein wahnhaftes Weltbild, in dem hinter jeder Ecke die Antisemitismuskeule halluziniert wird. In solchen Fällen handelt es sich dann in der Tat meist um antisemitische Positionen.

Prominente Beispiele für ein solches Vorgehen sind Günter Grass und Jakob Augstein. Grass stellte sich in dem in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Gedicht „was gesagt werden muss“ als mutigen Verkünder einer Wahrheit dar, die niemand sich traue zu sagen, weil der Vorwurf des Antisemitismus

allgegenwärtig sei. Günter Grass war ein Prototyp des hier beschriebenen wahnhaften Israelkritikers, der sich den Mund nicht verbieten lassen wollte und Jakob Augstein schloss mit seiner Lobeshymne auf das Gedicht nahtlos an Grass' Positionen an. Bei Augstein wird noch viel deutlicher, dass hinter seiner „Israelkritik“ ein krudes verschwörungstheoretisches Weltbild steht, das den Staat Israel als Weltbrandstifter imaginiert und nach dem vermeintlich kritische Positionen von der jüdischen Allmacht unterdrückt werden würden.

Um nun den Unterschied zwischen Kritik und Ressentiment erkennen zu können, hilft es sich die Arbeitsdefinition der Europäischen Union anzuschauen, die in der Antisemitismusforschung als Minimalkonsens angesehen wird. Dort gilt eine Aussage in Bezug auf Israel als antisemitisch, wenn dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung abgestritten wird, wenn doppelte Standards angewendet werden, wenn Symbole und Bilder in Bezug auf Israel verwendet werden, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen, wenn die Politik der israelischen Regierung mit der Politik der Nationalsozialist*innen verglichen wird und/oder wenn alle Jüd*innen kollektiv für Handlung der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden. Nathan Sharansky hat diese Definition auf den 3D-Test komprimiert: Delegation, Dämonisierung, Doppelstandards. Sind diese Dinge anzutreffen, dann handelt es sich nicht um Kritik, sondern um Antisemitismus.

Opfer-Täter*innen-Umkehr – ein Merkava ist nicht genug!

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmen etwas mehr als ein Viertel der befragten Deutschen folgender Aussage zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ Laut dieser Studie nimmt die Zustimmung zu traditionellen Formen des Antisemitismus tendenziell ab. Jedoch erfreuen sich moderne Formen – und hier vor allem jene, die sich auf Israel beziehen – großer Beliebtheit.

Solche historischen Umdeutungen beschränken sich nicht nur auf den jüdischen Staat. Es wird beispielsweise auch behauptet, die Alliierten hätten einen „Bombenholocaust“ an den Deutschen begangen. Es handelt sich um Projektionsleistungen, um Hirngespinnste, die dem generellen Bedürfnis nach einer Abwehr der eigenen, gesellschaftlichen Verantwortung entspringen. Beziehen sich die Projektionen allerdings ausgerechnet auf Israel, so erreichen sie ein ganz besonderes Ausmaß an Niederträchtigkeit, da hier ausgerechnet den Opfern eines Verbrechens (bzw. deren Nachkommen) vorgeworfen wird, sich zu verhalten wie die Täter*innen. Konsequenterweise wird eine solche Opfer-Täter*innen-Umkehr in der sozialwissenschaftlichen Forschung und der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung als antisemitisch gesehen.

Israel als ein Projekt von Faschist*innen und Jüd*innen als die neuen Nazis zu porträtieren hat aber nicht nur auf ideologischer Ebene Effekte. Dieses Bild hat durchaus einen zumindest impliziten, nicht selten aber auch expliziten Aufforderungscharakter. Gerade in linken, politischen Strömungen, die sich Ideen des Antiimperialismus verpflichten, stellt der „Kampf gegen Faschismus“ einen großen gemeinsamen Nenner dar. Wird Israel nun zum faschistischen Staat deklariert, wäre es also die Pflicht eines*iner jeden, diesen zu bekämpfen. Ressentiments und Aktivitäten, gegen den jüdischen Staat werden also plötzlich zum Akt des praktizierten Antifaschismus.

Warum Solidarität mit Israel?

Aus den vorherigen Ausführungen ergibt sich für uns Jusos die Verpflichtung, Antisemitismus auf allen Ebenen zu bekämpfen. Wir fühlen sehen uns Israel gegenüber als solidarisch an. Israelsolidarität ist in diesem Fall aber kein Selbstzweck, sondern resultiert aus der unmittelbaren Gefahr durch Antisemitismus. Sein Vorkommen ist bedingt durch eine falsche Kapitalismusanalyse, die zu einem ressentimentgeladenen Antikapitalismus führt. Ihm wesentlich ist die fetischistische Unterscheidung von guten, konkreten und schlechten, abstrakten Phänomenen des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess. Abstrakte Phänomenen, wie etwa Zinswirtschaft, werden auf die Juden projiziert und naturalisiert, während konkrete Phänomenen (wie z.B. etwa Holz hacken, Brötchen backen oder überhaupt „ehrliche“ Arbeit) als tugendhafte Tätigkeiten begriffen werden. Beide Prozesse werden jedoch nicht als kapitalistische Einheit verstanden. Antisemitismus ist also keine Form des Rassismus, sondern eine umfassende Welterklärungsformel.

In diesem Sinne war auch der Nationalsozialismus eine antikapitalistische Revolte unter falschen Vorzeichen. Der kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess sollte negativ aufgehoben werden: Mit der Vernichtung der europäischen Jüd*innen sollte das Abstrakte, also das Negative, das Böse, vernichtet werden und zugleich das Gute, Konkrete erhalten bleiben.

Auschwitz war auch der abscheuliche Beweis, dass sowohl die Assimilation europäischer Jüd*innen, als auch sozialistische Revolutionsversprechungen Antisemitismus nicht aufhalten konnten.

Seit 1948 ist Israel die prekäre Schutzmaßnahme gegen alle von Antisemitismus Betroffenen. Denn die grundlegenden Mechanismen, die in Deutschland unter den gegebenen historischen Umständen zu Auschwitz führten, sind heute noch immer vorhanden: Die fortbestehende nationalstaatlich organisierte Vergesellschaftung und der Zwang zur kapitalistischen Verwertung, deren Krisenhaftigkeit durch einen antisemitischen Mechanismus auf Jüd*innen externalisiert werden kann.

Israel und der Zionismus sind hingegen die Antwort auf diesen antisemitischen Mechanismus. Israel ist die zum Staat gewordene Emanzipationsgewalt der Jüd*innen, die seit den Erfahrungen von Auschwitz

nicht auf bürgerliche Gleichheitsversprechen und die sozialistische Weltrevolution im Hier und Jetzt einer latent antisemitisch verfassten Welt warten können.

Israel und das Judentum sind hierbei nicht gleich zu setzen, obwohl sich Israel als explizit jüdische Nation versteht, da Jüd*innen primär von Antisemitismus betroffen sind.

Während die zentrale Aufgabe eines jeden Staates darin besteht, den Zwangscharakter der kapitalistischen Reproduktion aufrechtzuerhalten, ist es Israels primäre Aufgabe, die Vernichtung von Jüd*innen zu verhindern. Israel ist also kein gewöhnlicher Staat wie jeder andere.

In einer staatlich verfassten kapitalistischen Welt muss sich jedoch auch der Zionismus Staat und Kapitalakkumulation zu Eigen machen. Doch mit der Überwindung von Kapital und Staat geht auch eine Überwindung eines fetischistischen Antikapitalismus einher. In einer Welt ohne Antisemitismus verliert der Zionismus seine Notwendigkeit: Israels primäre Aufgabe – Jüd*innen vor Antisemitismus zu schützen und vor Vernichtung zu bewahren – würde in einer nicht-antisemitisch verfassten Welt obsolet sein und der Staat sich so selbst überflüssig machen.

Wherever we stand, we stand with Israel!

Vorwürfe an die israelsolidarische Linke, philozionistisch oder gar philosemitisch zu sein, sind also absurd. Es geht nicht darum, für ein positives Bild von Judentum oder Israel zu streiten, sondern um Ideologiekritik an Antisemitismus und Antizionismus zu artikulieren. Auch der Vorwurf der Islamfeindlichkeit ist nicht haltbar, denn der Islam selbst spielt in dieser Theorie überhaupt gar keine Rolle. Nur die Bedrohung durch den Islamismus ist aufgrund der geografischen Lage Israels relevant. Islamismus muss also einer radikalen Kritik unterzogen werden.

Israelsolidarische Linke müssen sich nicht zur Politik Israels im Speziellen verhalten, denn ein Urteil über diese Politik hat nichts mit dem Anspruch zu tun, Antisemitismus und Antizionismus zu bekämpfen. Eine Debatte über den Nahost-Konflikt ist etwas anderes als eine Debatte über Antisemitismus, der sich auch in Form von antisemitischer Israelkritik äußert.

Das Eintreten für Israel aus dem Wissen um den noch immer grassierenden Antisemitismus ist somit die politische Aufgabe der Jusos, die wir innerhalb unserer Partei, der Gesellschaft und als Teil einer linken Bewegung wahrnehmen wollen.

Angenommen

13 Solidarität mit Israel – Gegen jeden Antisemitismus und Antizionismus!

Antisemitismus beginnt nicht erst dann, wenn jüdische Friedhöfe geschändet oder Menschen körperlich angegriffen werden, sondern bereits bei verbalen Entgleisungen im Sportverein, am Stammtisch oder unter Arbeitskolleg*innen. Auch das Internet bildet diese gesellschaftlichen Verhältnisse in der virtuellen Welt ab. Diesen Verhältnissen müssen wir argumentativ und praktisch entgegentreten und sie gemeinsam bekämpfen.

„Ich habe ja nichts gegen Jüd*innen, aber...“ – Kein Friede mit den Feind*innen Israels

Wenn von Antisemitismus die Rede ist, denken viele an den Nationalsozialismus und den Versuch das Judentum zu vernichten. Diese mörderische Vernichtungsideologie sei strikt zu trennen von alltäglicher Jüd*innenfeindschaft, die oftmals als harmloses Ressentiment gegen Jüd*innen verharmlost wird. Antisemitismus ist aber primär ein Denksystem, eine Ideologie und darf nicht in erster Linie als Praxis begriffen werden, denn hinter jeder antisemitischen Handlung steht die antisemitische Ideologie.

Und diese antisemitische Ideologie ist je nach historischem Erscheinen und den jeweiligen gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen unterschiedlich.

Der Antisemitismus, wie er im Nationalsozialismus weit verbreitet war, ist heutzutage eher marginal geworden. Grund dafür ist die von Werner Bergmann und Rainer Erb beschriebene Kommunikationslatenz, die davon ausgeht, dass ein durch gesellschaftliche und politische Eliten erzeugter Druck nach 1945 in der Bundesrepublik dazu geführt hat, dass antisemitische Einstellungen öffentlich nicht geäußert wurden. Dennoch sind diese Einstellungen weiterhin latent vorhanden und es haben sich neue Formen der Jüd*innenfeindschaft gefunden, die allerdings bestreiten jüd*innenfeindlich zu sein. Solche Einstellungen beginnen oft mit Äußerungen wie „Ich habe ja nichts gegen Jüd*innen, aber...“.

Antisemitismus ist also kein Relikt einer vergangenen Zeit, sondern kommt heutzutage sehr modern und zeitgemäß daher. Mit Hilfe des kommunikativen Umwegs, also der Beteuerung nicht antisemitisch zu sein, wird die Kommunikationslatenz geschickt umgangen und die immer gleichen antisemitischen Ressentiments finden sich in neuer Form als Antizionismus oder in einer revisionistischen Haltung zum Holocaust. Im modernen deutschen Antisemitismus werden diese Spielarten des Antisemitismus miteinander vereint: Zum einen wird davon ausgegangen, dass die deutschen Verbrechen in gewisser Hinsicht aufgearbeitet worden sind. Es wird kein Schlussstrich gefordert, sondern angenommen, dass Deutschland bei der Aufarbeitung einen guten Job geleistet hätte und diese abgeschlossen sei. Zum anderen wird aus diesem neu erlangten stolzen deutschen Selbstverständnis heraus die Verantwortung für die Verhinderung ähnlich schlimmer Verbrechen wie der Holocaust generiert. Eine

solche Relativierung des Holocaust dient der Verharmlosung der deutschen Verbrechen und wenn dabei angebliche Verbrechen Israels als Vergleich herhalten, werden aus den damaligen Opfern die heutigen Täter*innen, die im Vergleich zu der „eigenen“ vermeintlich gelungenen Aufarbeitung nichts aus der Vergangenheit gelernt hätten. So werden die Täter*innen zu Opfern und die Opfer zu Täter*innen und man kann endlich wieder stolz auf Deutschland sein.

Die Frage, wann Äußerungen zum Nahost-Konflikt oder zu Israel antisemitisch sind oder nicht, wird in regelmäßig wiederkehrenden Debatten häufig und oft verbissen diskutiert. Dabei taucht auch bei uns Jusos immer wieder die Position auf, dass Kritik an Israel nicht per se antisemitisch sei. Israel müsse man doch kritisieren dürfen, wird im selben Atemzug geäußert. Auffällig ist dabei, dass niemand in diesen Debatten ernsthaft behauptet, Israelkritik sei immer antisemitisch. Für Samuel Salzborn sagt dieser präventive Abwehrreflex „mehr über den Sprecher und seine unbewussten Affekte aus [...] als über den Inhalt“. Salzborn bezieht sich bei dieser Analyse auf Freud, demzufolge eine solche Position auf unbewusste Affekte verweist, die gegen eine nicht existente Realität rebelliert. Wenn der Vorwurf artikuliert wird, bei einer Äußerung handele es sich um Antisemitismus, dann kann dieser Vorwurf durch den Austausch von Argumenten leicht entkräftet werden. Wird aber auf das Mittel zurückgegriffen, die eigenen Positionen vorbeugend gegen Antisemitismus absichern zu wollen, dann verweist dieses Vorgehen auf ein wahnhaftes Weltbild, in dem hinter jeder Ecke die Antisemitismuskeule halluziniert wird. In solchen Fällen handelt es sich dann in der Tat meist um antisemitische Positionen.

Prominente Beispiele für ein solches Vorgehen sind Günter Grass und Jakob Augstein. Grass stellte sich in dem in der Süddeutschen Zeitung veröffentlichten Gedicht „was gesagt werden muss“ als mutigen Verkünder einer Wahrheit dar, die niemand sich traue zu sagen, weil der Vorwurf des Antisemitismus allgegenwärtig sei. Günter Grass war ein Prototyp des hier beschriebenen wahnhaften Israelkritikers, der sich den Mund nicht verbieten lassen wollte und Jakob Augstein schloss mit seiner Lobeshymne auf das Gedicht nahtlos an Grass' Positionen an. Bei Augstein wird noch viel deutlicher, dass hinter seiner „Israelkritik“ ein krudes verschwörungstheoretisches Weltbild steht, das den Staat Israel als Weltbrandstifter imaginiert und nach dem vermeintlich kritische Positionen von der jüdischen Allmacht unterdrückt werden würden.

Um nun den Unterschied zwischen Kritik und Ressentiment erkennen zu können, hilft es sich die Arbeitsdefinition der Europäischen Union anzuschauen, die in der Antisemitismusforschung als Minimalkonsens angesehen wird. Dort gilt eine Aussage in Bezug auf Israel als antisemitisch, wenn dem jüdischen Volk das Recht auf Selbstbestimmung abgestritten wird, wenn doppelte Standards angewendet werden, wenn Symbole und Bilder in Bezug auf Israel verwendet werden, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen, wenn die Politik der israelischen Regierung mit

der Politik der Nationalsozialist*innen verglichen wird und/oder wenn alle Jüd*innen kollektiv für Handlung der israelischen Regierung verantwortlich gemacht werden. Nathan Sharansky hat diese Definition auf den 3D-Test komprimiert: Delegation, Dämonisierung, Doppelstandards. Sind diese Dinge anzutreffen, dann handelt es sich nicht um Kritik, sondern um Antisemitismus.

Opfer-Täter*innen-Umkehr – ein Merkava ist nicht genug!

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stimmen etwas mehr als ein Viertel der befragten Deutschen folgender Aussage zu: „Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip nichts anderes, als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.“ Laut dieser Studie nimmt die Zustimmung zu traditionellen Formen des Antisemitismus tendenziell ab. Jedoch erfreuen sich moderne Formen – und hier vor allem jene, die sich auf Israel beziehen – großer Beliebtheit.

Solche historischen Umdeutungen beschränken sich nicht nur auf den jüdischen Staat. Es wird beispielsweise auch behauptet, die Alliierten hätten einen „Bombenholocaust“ an den Deutschen begangen. Es handelt sich um Projektionsleistungen, um Hirngespinnste, die dem generellen Bedürfnis nach einer Abwehr der eigenen, gesellschaftlichen Verantwortung entspringen. Beziehen sich die Projektionen allerdings ausgerechnet auf Israel, so erreichen sie ein ganz besonderes Ausmaß an Niederträchtigkeit, da hier ausgerechnet den Opfern eines Verbrechens (bzw. deren Nachkommen) vorgeworfen wird, sich zu verhalten wie die Täter*innen. Konsequenterweise wird eine solche Opfer-Täter*innen-Umkehr in der sozialwissenschaftlichen Forschung und der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung als antisemitisch gesehen.

Israel als ein Projekt von Faschist*innen und Jüd*innen als die neuen Nazis zu porträtieren hat aber nicht nur auf ideologischer Ebene Effekte. Dieses Bild hat durchaus einen zumindest impliziten, nicht selten aber auch expliziten Aufforderungscharakter. Gerade in linken, politischen Strömungen, die sich Ideen des Antiimperialismus verpflichten, stellt der „Kampf gegen Faschismus“ einen großen gemeinsamen Nenner dar. Wird Israel nun zum faschistischen Staat deklariert, wäre es also die Pflicht einer jeden, diesen zu bekämpfen. Ressentiments und Aktivitäten, gegen den jüdischen Staat werden also plötzlich zum Akt des praktizierten Antifaschismus.

Warum Solidarität mit Israel?

Aus den vorherigen Ausführungen ergibt sich für uns Jusos die Verpflichtung, Antisemitismus auf allen Ebenen zu bekämpfen. Wir fühlen sehen uns Israel gegenüber als solidarisch an. Israelsolidarität ist in diesem Fall aber kein Selbstzweck, sondern resultiert aus der unmittelbaren Gefahr durch Antisemitismus. Sein Vorkommen ist bedingt durch eine falsche Kapitalismusanalyse, die zu einem ressentimentgeladenen Antikapitalismus führt. Ihm wesentlich ist die fetischistische Unterscheidung

von guten, konkreten und schlechten, abstrakten Phänomenen des kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess. Abstrakte Phänomenen, wie etwa Zinswirtschaft, werden auf die Jüd*innen projiziert und naturalisiert, während konkrete Phänomenen (wie z.B. etwa Holz hacken, Brötchen backen oder überhaupt „ehrliche“ Arbeit) als tugendhafte Tätigkeiten begriffen werden. Beide Prozesse werden jedoch nicht als kapitalistische Einheit verstanden. Antisemitismus ist also keine Form des Rassismus, sondern eine umfassende Welterklärungsformel.

In diesem Sinne war auch der Nationalsozialismus eine antikapitalistische Revolte unter falschen Vorzeichen. Der kapitalistischen Produktions- und Verwertungsprozess sollte negativ aufgehoben werden: Mit der Vernichtung der europäischen Jüd*innen sollte das Abstrakte, also das Negative, das Böse, vernichtet werden und zugleich das Gute, Konkrete erhalten bleiben.

Auschwitz war auch der abscheuliche Beweis, dass sowohl die Assimilation europäischer Jüd*innen, als auch sozialistische Revolutionsversprechungen Antisemitismus nicht aufhalten konnten.

Seit 1948 ist Israel die prekäre Schutzmaßnahme gegen alle von Antisemitismus Betroffenen. Denn die grundlegenden Mechanismen, die in Deutschland unter den gegebenen historischen Umständen zu Auschwitz führten, sind heute noch immer vorhanden: Die fortbestehende nationalstaatlich organisierte Vergesellschaftung und der Zwang zur kapitalistischen Verwertung, deren Krisenhaftigkeit durch einen antisemitischen Mechanismus auf Jüd*innen externalisiert werden kann.

Israel und der Zionismus sind hingegen die Antwort auf diesen antisemitischen Mechanismus. Israel ist die zum Staat gewordene Emanzipationsgewalt der Jüd*innen, die seit den Erfahrungen von Auschwitz nicht auf bürgerliche Gleichheitsversprechen und die sozialistische Weltrevolution im Hier und Jetzt einer latent antisemitisch verfassten Welt warten können.

Israel und das Judentum sind hierbei nicht gleich zu setzen, obwohl sich Israel als explizit jüdische Nation versteht, da Jüd*innen primär von Antisemitismus betroffen sind.

Während die zentrale Aufgabe eines jeden Staates darin besteht, den Zwangscharakter der kapitalistischen Reproduktion aufrechtzuerhalten, ist es Israels primäre Aufgabe, die Vernichtung von Jüd*innen zu verhindern. Israel ist also kein gewöhnlicher Staat wie jeder andere.

Es muss die Aufgabe von jedem Staat sein, dafür zu sorgen, dass weder das jüdische Volk noch irgendein anderes Volk vernichtet wird. Israel ist nicht alleine dafür verantwortlich.

In einer staatlich verfassten kapitalistischen Welt muss sich jedoch auch der Zionismus Staat und Kapitalakkumulation zu Eigen machen. Doch mit der Überwindung von Kapital und Staat geht auch eine Überwindung eines fetischistischen Antikapitalismus einher. In einer Welt ohne Antisemitismus verliert der Zionismus seine Notwendigkeit: Israels primäre Aufgabe – Jüd*innen vor Antisemitismus

zu schützen und vor Vernichtung zu bewahren – würde in einer nicht-antisemitisch verfassten Welt obsolet sein und der Staat sich so selbst überflüssig machen.

Wherever we stand, we stand with Israel!

Vorwürfe an die israelsolidarische Linke, philozionistisch oder gar philosemitisch zu sein, sind also absurd. Es geht nicht darum, für ein positives Bild von Judentum oder Israel zu streiten, sondern um Ideologiekritik an Antisemitismus und Antizionismus zu artikulieren. Auch der Vorwurf der Islamfeindlichkeit ist nicht haltbar, denn der Islam selbst spielt in dieser Theorie überhaupt gar keine Rolle. Nur die Bedrohung durch den Islamismus ist aufgrund der geografischen Lage Israels relevant. Islamismus muss also einer radikalen Kritik unterzogen werden.

Israelsolidarische Linke müssen sich nicht zur Politik Israels im Speziellen verhalten, denn ein Urteil über diese Politik hat nichts mit dem Anspruch zu tun, Antisemitismus und Antizionismus zu bekämpfen. Eine Debatte über den Nahost-Konflikt ist etwas anderes als eine Debatte über Antisemitismus, der sich auch in Form von antisemitischer Israelkritik äußert.

Das Eintreten für Israel aus dem Wissen um den noch immer grassierenden Antisemitismus ist somit die politische Aufgabe der Jusos, die wir innerhalb unserer Partei, der Gesellschaft und als Teil einer linken Bewegung wahrnehmen wollen.

Um Antisemitismus zukünftig präventiv zu begegnen, setzen wir Jusos uns für eine stärkere Vermittlung von Wissen über Israel, die deutsch-israelische Freundschaft sowie den Wert von Frieden in Bildungsarbeit und öffentlichen Debatten ein.

Zurückgezogen

IR1 Asylrechtsverschärfungen - Nicht mit uns!

Die politische Bewältigung der großen Anzahl an Geflüchteten aus verschiedenen Teilen der Welt ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, auch durch kurzfristige, schnelle und unbürokratische Hilfe dafür Sorge zu tragen, dass Gemeinden, Bundesländer und andere staatlichen Institutionen die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten gewährleisten können, wenn sie dazu finanziell oder strukturell nicht (mehr) in der Lage sind.

Das beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und das „Asylpaket II“ schränken das Asylrecht jedoch massiv ein. Wir lehnen insbesondere die neuen Regelungen zu sogenannten „sicheren“ Herkunftsstaaten, zu Sachleistungen und militärischer Abwehr von Geflüchteten („Schleuserkriminalität“), zu Residenzpflicht, Ausweitung der Abschiebehaft, Abschiebungen in Schnellverfahren und die Aussetzung des Familiennachzugs ab. Wir unterstützen diese menschenrechts- und grundrechtswidrige Politik nicht. Die aktuellen „Asylkompromisse“ sind rassistisch und stigmatisierend. Mehr Mittel für Länder und Kommunen können das nicht aufwiegen. Das Gesetz widerspricht sozialdemokratischen Grundsätzen.

Ausweitung der sogenannten "sicheren" Herkunftsstaaten

Die Ausweitung von "sicheren" Herkunftsstaaten auf weitere Länder des Westbalkans lehnen wir ab. Die Bundesregierung ignoriert hier, dass diese Länder durch vielfache Diskriminierungen und Gewalt z.B. gegenüber Roma nicht als sicher gelten können. Die niedrige Anerkennungsquote in Deutschland von Geflüchteten aus diesen Ländern kann nicht als Rechtfertigungsgrund dienen, diese Länder grundsätzlich als sicher einzustufen. Seit 1999 befinden sich deutsche Soldat*innen als Teil der Kosovo-Truppe (KFOR) vor Ort. Es befinden sich aktuell rund 740 Soldat*innen im Kosovo. Wir stellen uns die Frage: Wie kann ein Land als "sicheres" Herkunftsland eingestuft werden, das nach wie vor durch einen Auslandseinsatz der Bundeswehr unterstützt werden muss.

Ebenso vehement widersprechen wir der Klassifizierung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten. Die Grundrechtsituation in allen drei Staaten lässt diese Einordnung absurd erscheinen. So ist in diesen Staaten beispielsweise Homosexualität noch immer unter Strafe gestellt. Auch eine Ausweitung der Liste der "sicheren" Herkunftsstaaten um von Krieg und Bürgerkrieg betroffene Länder wie Afghanistan und Irak ist kategorisch abzulehnen.

Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen

Die Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde von der Großen Koalition in diesem Jahr auf drei Monate verkürzt. Dass diese Regelung wieder zurückgenommen werden soll, ist falsch. Aufgrund der Zustände in den Einrichtungen ist ein längerer Aufenthalt inakzeptabel. Zudem

stehen die dort geltende Residenzpflicht und das Arbeitsverbot einer schnellen Integration der Geflüchteten entgegen.

Sach- statt Geldleistungen

Geldleistungen für Asylbewerber*innen dienen der Deckung des täglichen Bedarfs. Sie sind kein Taschengeld und sie sind ganz sicher kein Anreiz für eine Flucht nach Deutschland, gerade in Anbetracht der hohen Kosten und Risiken einer Flucht. Menschen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten und sich den lebensbedrohlichen Strapazen einer Flucht aussetzen, tun dies sicherlich nicht, weil sie ein Taschengeld in Deutschland erwartet. Das zu suggerieren, ist gefährlich und wird fremdenfeindliche Tendenzen weiter anheizen. Die Geldleistungen soweit wie möglich in Sachleistungen umzuwandeln, wie es der Gesetzesentwurf vorschlägt, ist unpraktisch, mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden und möglicherweise nicht verfassungskonform. Insbesondere die Entmündigung von Geflüchteten durch ein Gutscheinsystem lehnen wir ab, da es nicht unseren Vorstellungen eines freien und selbstbestimmten Lebens entspricht.

„Asylpaket II“ – oder wie die GroKo das Asylrecht verschärft

Das sogenannte „Asylpaket II“ beinhaltet zahlreiche inakzeptable Verschärfungen des Asylrechts. An dieser Stelle geschieht eine Aushebelung des Asylrechts statt einer Beschleunigung der Asylverfahren. Schutzsuchende werden von fairen Asylverfahren ausgeschlossen, um sie möglichst schnell abschieben zu können. Wir stellen uns daher klar gegen die geplanten beschleunigten Asylverfahren – in nur einer Woche ist es keinesfalls möglich, Fluchtgründe individuell, fair und sorgfältig zu prüfen.

Abschiebungen im Schnellverfahren

Schnellverfahren betreffen mitnichten nur einen kleinen Teil der Asylsuchenden: Aufgrund der Bestimmung, dass Geflüchtete ohne Pass Schnellverfahren unterzogen werden können, ist ein großer Teil der Schutzsuchenden von den unfairen Eilverfahren bedroht. Dies ist eine zynische Regelung: Ohne Pass zu sein, ist typisch für Menschen auf der Flucht, solange diese kriminalisiert wird!

Unwürdige Aufnahmezentren statt Integration

Alle Geflüchtetengruppen, die Schnellverfahren unterworfen werden sollen, werden in Zukunft verpflichtet sein, in besonderen Aufnahmezentren zu leben, in denen sie von Unterstützer*innen und Helfenden abgeschottet werden. Nicht einmal die Kinder dürfen in Schulen Kontakt zu Einheimischen aufnehmen – sie werden im Sammellager beschult. Schikanierenden Maßnahmen wie Freizügigkeitsbeschränkungen für Geflüchtete in diesen Aufnahmeeinrichtungen widersprechen wir deutlich: Eine Beschränkung der Freizügigkeit auf den Landkreis oder den Bezirk der Ausländerbehörde schadet der Integration.

Familiennachzug ausgesetzt

Wir verurteilen vor allem die im Gesetzentwurf vorgesehene Verschärfung des Familiennachzugs. Der verweigerte Familiennachzug wird tödliche Folgen haben und noch mehr Menschen in die lebensgefährliche Flucht übers Meer treiben. Auch mögliche Ausnahmen in Einzelfällen bei minderjährigen Flüchtlingen sind nicht ausreichend und ein Armutszeugnis für die Große Koalition.

Keine dieser Regelungen ist in irgendeiner Art und Weise geeignet, Kommunen und Bundesländer zu entlasten, Geflüchtete besser zu versorgen, unterzubringen oder zu integrieren und Fluchtursachen zu bekämpfen. Diese Regelungen werden die Situation nicht verbessern, sondern noch verschlechtern.

Wir werden uns deshalb weiterhin gemeinsam für sichere Fluchtrouten und eine menschenwürdige Geflüchtetenpolitik einsetzen.

Von den SPD-Bundestagsabgeordneten erwarten wir die Ablehnung aller Asylrechtsverschärfungen.

Angenommen

IR2 Asylrechtsverschärfungen - Nicht mit uns!

Die politische Bewältigung der großen Anzahl an Geflüchteten aus verschiedenen Teilen der Welt ist eine der größten Herausforderungen für unsere Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Bundesregierung, auch durch kurzfristige, schnelle und unbürokratische Hilfe dafür Sorge zu tragen, dass Gemeinden, Bundesländer und andere staatlichen Institutionen die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten gewährleisten können, wenn sie dazu finanziell oder strukturell nicht (mehr) in der Lage sind.

Das beschlossene Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und das „Asylpaket II“ schränken das Asylrecht jedoch massiv ein. Wir lehnen insbesondere die neuen Regelungen zu sogenannten „sicheren“ Herkunftsstaaten, zu Sachleistungen und militärischer Abwehr von Geflüchteten („Schleuserkriminalität“), zu Residenzpflicht, Ausweitung der Abschiebehaft, Abschiebungen in Schnellverfahren und die Aussetzung des Familiennachzugs ab. Wir unterstützen diese menschenrechts- und grundrechtswidrige Politik nicht. Die aktuellen „Asylkompromisse“ sind rassistisch und stigmatisierend. Mehr Mittel für Länder und Kommunen können das nicht aufwiegen. Das Gesetz widerspricht sozialdemokratischen Grundsätzen.

Ausweitung der sogenannten "sicheren" Herkunftsstaaten

Die Ausweitung von "sicheren" Herkunftsstaaten auf weitere Länder des Westbalkans lehnen wir ab. Die Bundesregierung ignoriert hier, dass diese Länder durch vielfache Diskriminierungen und Gewalt z.B. gegenüber Roma nicht als sicher gelten können. Die niedrige Anerkennungsquote in Deutschland von Geflüchteten aus diesen Ländern kann nicht als Rechtfertigungsgrund dienen, diese Länder grundsätzlich als sicher einzustufen. Seit 1999 befinden sich deutsche Soldat*innen als Teil der Kosovo-Truppe (KFOR) vor Ort. Es befinden sich aktuell rund 740 Soldat*innen im Kosovo. Wir stellen uns die Frage: Wie kann ein Land als "sicheres" Herkunftsland eingestuft werden, das nach wie vor durch einen Auslandseinsatz der Bundeswehr unterstützt werden muss.

Ebenso vehement widersprechen wir der Klassifizierung von Algerien, Marokko und Tunesien als sichere Herkunftsstaaten. Die Grundrechtsituation in allen drei Staaten lässt diese Einordnung absurd erscheinen. So ist in diesen Staaten beispielsweise Homosexualität noch immer unter Strafe gestellt. Auch eine Ausweitung der Liste der "sicheren" Herkunftsstaaten um von Krieg und Bürgerkrieg betroffene Länder wie Afghanistan und Irak ist kategorisch abzulehnen.

Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen

Die Verlängerung des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen wurde von der Großen Koalition in diesem Jahr auf drei Monate verkürzt. Dass diese Regelung wieder zurückgenommen werden soll, ist falsch. Aufgrund der Zustände in den Einrichtungen ist ein längerer Aufenthalt inakzeptabel. Zudem stehen die dort geltende Residenzpflicht und das Arbeitsverbot einer schnellen Integration der Geflüchteten entgegen.

Sach- statt Geldleistungen

Geldleistungen für Asylbewerber*innen dienen der Deckung des täglichen Bedarfs. Sie sind kein Taschengeld und sie sind ganz sicher kein Anreiz für eine Flucht nach Deutschland, gerade in Anbetracht der hohen Kosten und Risiken einer Flucht. Menschen, die aus ihrem Herkunftsland flüchten und sich den lebensbedrohlichen Strapazen einer Flucht aussetzen, tun dies sicherlich nicht, weil sie ein Taschengeld in Deutschland erwartet. Das zu suggerieren, ist gefährlich und wird fremdenfeindliche Tendenzen weiter anheizen. Die Geldleistungen soweit wie möglich in Sachleistungen umzuwandeln, wie es der Gesetzesentwurf vorschlägt, ist unpraktisch, mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden und möglicherweise nicht verfassungskonform. Insbesondere die Entmündigung von Geflüchteten durch ein Gutscheinsystem lehnen wir ab, da es nicht unseren Vorstellungen eines freien und selbstbestimmten Lebens entspricht.

„Asylpaket II“ – oder wie die GroKo das Asylrecht verschärft

Das sogenannte „Asylpaket II“ beinhaltet zahlreiche inakzeptable Verschärfungen des Asylrechts. An dieser Stelle geschieht eine Aushebelung des Asylrechts statt einer Beschleunigung der Asylverfahren.

Schutzsuchende werden von fairen Asylverfahren ausgeschlossen, um sie möglichst schnell abschieben zu können. Wir stellen uns daher klar gegen die geplanten beschleunigten Asylverfahren – in nur einer Woche ist es keinesfalls möglich, Fluchtgründe individuell, fair und sorgfältig zu prüfen.

Abschiebungen im Schnellverfahren

Schnellverfahren betreffen mitnichten nur einen kleinen Teil der Asylsuchenden: Aufgrund der Bestimmung, dass Geflüchtete ohne Pass Schnellverfahren unterzogen werden können, ist ein großer Teil der Schutzsuchenden von den unfairen Eilverfahren bedroht. Dies ist eine zynische Regelung: Ohne Pass zu sein, ist typisch für Menschen auf der Flucht, solange diese kriminalisiert wird!

Unwürdige Aufnahmezentren statt Integration

Alle Geflüchtetengruppen, die Schnellverfahren unterworfen werden sollen, werden in Zukunft verpflichtet sein, in besonderen Aufnahmezentren zu leben, in denen sie von Unterstützer*innen und Helfenden abgeschottet werden. Nicht einmal die Kinder dürfen in Schulen Kontakt zu Einheimischen aufnehmen – sie werden im Sammellager beschult. Schikanierenden Maßnahmen wie Freizügigkeitsbeschränkungen für Geflüchtete in diesen Aufnahmeeinrichtungen widersprechen wir deutlich: Eine Beschränkung der Freizügigkeit auf den Landkreis oder den Bezirk der Ausländerbehörde schadet der Integration.

Familiennachzug ausgesetzt

Wir verurteilen vor allem die im Gesetzentwurf vorgesehene Verschärfung des Familiennachzugs. Der verweigte Familiennachzug wird tödliche Folgen haben und noch mehr Menschen in die lebensgefährliche Flucht übers Meer treiben. Auch mögliche Ausnahmen in Einzelfällen bei minderjährigen Flüchtlingen sind nicht ausreichend und ein Armutszeugnis für die Große Koalition.

Keine dieser Regelungen ist in irgendeiner Art und Weise geeignet, Kommunen und Bundesländer zu entlasten, Geflüchtete besser zu versorgen, unterzubringen oder zu inkludieren und Fluchtursachen zu bekämpfen. Diese Regelungen werden die Situation nicht verbessern, sondern noch verschlechtern.

Wir werden uns deshalb weiterhin gemeinsam für sichere Fluchtrouten und eine menschenwürdige Geflüchtetenpolitik einsetzen.

Von den SPD-Bundestagsabgeordneten erwarten wir die Ablehnung aller Asylrechtsverschärfungen.

Zurückgezogen

IR3 Demonstrationsrecht ermöglichen – unverhältnismäßigen Gewalteininsatz verhindern

Das Ausleben der demokratischen Werte agiert im Rahmen von Gesetzen, welche Recht gegenüber Staat und Gesellschaft gewähren. Zur Ausübung der Meinungsfreiheit gehört damit auch das Recht auf Versammlung und öffentliche Interessenartikulation. Das Demonstrationsrecht stellt dabei eine der wichtigsten Säulen unserer Demokratie dar. Es ermöglicht der Bevölkerung, ihren Willen auch außerhalb der turnusmäßigen Wahlen kundzutun. Eine freiheitliche Gesellschaft muss dieses Recht wahrnehmen und bewahren.

Seit dem der Bund die Gesetzgebung zum Versammlungsrecht auf die Bundesländer übertragen hat, liegt die Wahrung des Demonstrationsrechts vollständig in der Kompetenz der Länder. Die Länderparlamente haben damit die Aufgabe bekommen, eine Abwägung zwischen Sicherheit und Freiheit vorzunehmen, welche unserer freiheitlich demokratischen Gesellschaft angemessen ist. Eine strenge Gesetzgebung, mit umfassenden Einschränkungen für die Demonstrationsfreiheit, und eine polizeiliche Ausrichtung, mit repressiven Charakter, entsprechen einer Beschneidung von Freiheit, welche nicht im Sinne unserer demokratischen Werte ist.

Von staatlicher Seite ist im Rahmen von Versammlungen die Polizei zuständig für die öffentliche Sicherheit und die Durchsetzung von Recht. Dabei stehen ihr Mittel zur Verfügung, welche ihr jene Aufgabenwahrnehmung ermöglichen sollen. Diese Mittel können sowohl die Meinungsfreiheit als auch die körperliche Unversehrtheit von Personen einschränken und bedürfen daher einen Verantwortungsvollen Umgang. Bei einzelnen, heute angewandten und eingesetzten, Maßnahmen und Einsatzmitteln wird aber ein Unverhältnismäßigkeit deutlich, die nicht mit unseren freiheitlichen Werten vereinbar sind. Aus diesem Grund muss das polizeiliche Vorgehen auf Versammlungen verändert werden und an unsere freiheitlichen Werte angepasst werden.

In der Konsequenz bedeutet dies für das Agieren der Polizei auf Versammlungen:

1. Ein Verbot von Reizgas.
2. Die Auflösung der Berittenen Polizei und der BFE-Einheiten.
3. Keinen Einsatz von Polizeihunden auf Versammlungen.
4. Die Einsatzkräfte müssen räumliche Distanz zur Versammlung wahren, solange von dieser keine unmittelbare Gefahr ausgeht. Das Spalierlaufen ist untersagt.
5. Videoaufnahmen der Polizei müssen unabhängig gespeichert und für Klagen seitens der Demonstrierenden zugänglich gemacht werden.

6. Identifizierbarkeit der Polizist*innen muss ermöglicht werden.

Das Niedersächsische Versammlungsgesetz bietet einen rechtlichen Rahmen, für die Durchführung von Versammlungen in unserem Bundesland. Dieses Gesetz hat dabei primär Aspekte der öffentlichen Sicherheit im Blick. Dieser Fokus auf Sicherheitsaspekte steht in Teilen den demokratischen Freiheitsrechten entgegen. Diese unangemessenen Eingriffe in die Grundwerte müssen aufgehoben werden und das Versammlungsrecht umfassend überarbeitet werden.

In der Konsequenz bedeutet dies folgende Änderungen am Niedersächsischen Versammlungsgesetz:

1. Streichung § 3 Abs. 3 NVersG
2. Ersetzen § 5 Abs. 1 durch: „Wer eine Versammlung unter freiem Himmel durchführen will, hat dies der zuständigen Behörde spätestens 48 Stunden der Durchführung der Versammlung anzuzeigen.“
3. Streichung § 5 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 NVersG
4. Streichung § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 NVersG
5. Ersetzen § 9 Abs. 2 NVersG durch: „Es ist auch verboten an einer Versammlung in einer Aufmachung teilzunehmen, die zur Verhinderung der Feststellung der Identität geeignet und bestimmt ist, oder den Weg zu einer Versammlung in einer solchen Aufmachung zurückzulegen, wenn dadurch die öffentliche Sicherheit oder Ordnung unmittelbar gefährdet wird.“
6. Streichung § 9 Abs. 3 NVersG
7. Ersetzen § 11 Satz 2 NVersG durch: „Nach Satz 1 anwesende Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte haben sich der Leiterin oder dem Leiter zu erkennen zu geben und sich durch ihre Kleidung gegenüber der Versammlung eindeutig zu erkennen zu ergeben.“
8. Streichung § 12 Abs. 2 Satz 2 und 3 NVersG
9. Streichung § 15 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NVersG
10. Streichung § 17 Abs. 2 Satz 2 und 3 NVersG
11. Streichung §§ 18 und 19 NVersG
12. Streichung § 20 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 NVersG
13. Streichung § 20 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 NVersG

Angenommen und an SPD-Landesparteitag weitergeleitet

IR4 Schünemanns Erbe beseitigen: Für ein zeitgemäßes, demokratisches Versammlungsrecht!

Wir fordern die SPD Landtagsfraktion sowie die SPD Niedersachsen dazu auf, eine Gesetzesänderung für §5 des niedersächsischen Versammlungsgesetzes dahingehend zu formulieren, dass bestimmte Wochentage, also Samstag und Sonntag, sowie gesetzliche Feiertage die Berechnung der 48-stündige Anzeigefrist nicht in unnötig die Länge ziehen.

Zurückgezogen

IR5 Umfassende Gleichstellung nicht-heteronormativer Lebensweisen

Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, endlich ernsthafte Schritte zur umfassenden Gleichstellung nicht-heteronormativer Lebensweisen in allen Lebensbereichen zu unternehmen. Die derzeitige diskriminierende Rechtslage darf nicht weiter von der schwarz-roten Regierungskoalition aufrechterhalten werden.

Dass beispielsweise lediglich die Sukzessivadoption, nicht aber die Volladoption für gleichgeschlechtliche Partnerschaften gesetzlich geregelt wurde, ist ein nicht hinzunehmender Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Im Falle eines entsprechenden Antrags aus der Opposition ist den einzelnen Abgeordneten nicht zuzumuten, bei einer Abstimmung aus Koalitionsrason für die Beibehaltung der derzeitigen diskriminierenden Rechtslage zu stimmen – daher muss die Fraktionsdisziplin in diesem Fall aufgehoben werden.

Angenommen

IR6 Vorratsdatenspeicherung, Aufweichung von Verschlüsselungen, Einbau von Hintertüren

Die SPD lehnt die anlasslose Speicherung von Kommunikationsdaten, auch der Kommunikationsdaten der neuen Medien, durch den Staat grundsätzlich ab. Wenn Ermittlungsbehörden diese Daten

benötigen, dann kann dies durch eine richterliche Anweisung gestattet werden. Zusätzlich ist die Aufweichung von Verschlüsselungen innerhalb von Kommunikationswegen abzulehnen. Ein Einbau von Hintertüren (Backdoors) ist ebenfalls nicht zu zustimmen.

Anderslautende Bundesparteitagebeschlüsse werden mit diesem Antrag aufgehoben.

Angenommen

IR7 Schutzlosigkeit beenden

Frauen müssen grundsätzlich vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Das gilt in besonderem Maße für Frauen und Familien, die bei uns in Form von Asyl Schutz suchen. Um diese wirksam vor Übergriffen zu schützen muss es in jeder Unterkunft von Geflüchteten für Frauen und Kinder einen räumlich getrennten, für Männer nicht ohne weiteres zugänglichen Bereich geben, welcher Privatsphäre und Sicherheit bietet. Das gilt auch für kurzfristig eingerichtete und nur vorübergehende Sammelunterkünfte. Schutz vor Gewalt ist nicht verhandelbar sondern Mindestbedingung jeder menschenwürdigen Unterbringung.

Angenommen

IR8 Schutzlosigkeit beenden

Frauen* müssen grundsätzlich vor Gewalt und Übergriffen geschützt werden. Das gilt in besonderem Maße für Frauen* und Familien, die bei uns in Form von Asyl Schutz suchen. Um diese wirksam vor Übergriffen zu schützen muss es in jeder Unterkunft von Geflüchteten für Frauen* und Kinder einen räumlich getrennten, für Männer nicht ohne weiteres zugänglichen Bereich geben, welcher Privatsphäre und Sicherheit bietet. Das gilt auch für kurzfristig eingerichtete und nur vorübergehende Sammelunterkünfte. Schutz vor Gewalt ist nicht verhandelbar sondern Mindestbedingung jeder menschenwürdigen Unterbringung.

Zurückgezogen

IR9 Radiologische Untersuchungsverfahren stoppen

Die Jusos Osnabrück fordern die Landesregierung dazu auf:

- Radiologische Untersuchungsverfahren jedweder Art, die der Altersbestimmung von Asylsuchenden dienen, abzuschaffen.

Diese sind auch nicht durch ein ebenso menschenunwürdiges Verfahren zu ersetzen.

Angenommen

IR10 Unerwünschten Hilfssheriffs Grenzen aufzeigen – „Bürgerwehren“ strafrechtlich sanktionieren

Die Bundestagsfraktion und der Bundesjustizminister werden dazu aufgefordert, die Bildung von sog. „Bürgerwehren“ umfassend strafrechtlich zu sanktionieren. Die bisher in vergleichbaren Fällen einschlägigen Straftatbestände (§§ 127, 132 StGB) sind unserer Auffassung nach nicht ausreichend für eine wirksame Unterbindung von sog. „Bürgerwehren“. Eine neu zu schaffende Strafnorm soll insbesondere die uniformierte Durchführung von Patrouillengängen durch Privatpersonen untersagen.

Angenommen

IR11 Helm ab, Hirn rein – Gegen die Diskriminierung von trans*- und intersexuellen Menschen bei Polizei und Feuerwehr

Wir fordern ein sofortiges Ende der systematischen Diskriminierung von trans*- und intersexuellen Menschen bei der Polizei und Feuerwehr. Statt inter*- und transgeschlechtliche Menschen pauschal auszugrenzen, sollte eine individuelle Dienstauglichkeitsprüfung stattfinden.

Angenommen und an SPD-Landesparteitag weitergeleitet

IR12 Antrag zur Prüfung auf Änderung des niedersächsischen Kommunalwahlrechtes in Bezug auf das passive Wahlrecht

Wir fordern die Landesregierung dazu auf, das niedersächsische Kommunalwahlrecht zu ändern um das Mindestalter für das passive Wahlrecht auf 16 Jahre herabzusetzen.

Angenommen

IR13 Abschaffung des Blasphemie-Paragrafen

Die Juso-Bezirkskonferenz möge beschließen, dass der § 166 StGB, der die Beschimpfung religiöser Bekenntnisse bestraft, aus dem Strafgesetzbuch zu streichen ist.

Angenommen

IR14 Online-Einreiseverfahren für Asylantragssteller*innen

Wir fordern die SPD in der Bundesregierung dazu auf, sich für einen Onlineantrag einzusetzen, welcher es potenziellen Asylantragssteller*innen ermöglicht, legal zur Antragsstellung nach Deutschland einzureisen. Dieser muss global und in allen relevanten Sprachen (mindestens deutsch, englisch, arabisch, spanisch, französisch, russisch, kurdisch und chinesisch) verfügbar sein. Zudem müssen für die Bearbeitung und Website-Pflege die benötigten personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Schnellstmöglich sollte dieses Verfahren auf gesamteuropäischer Ebene von der EU-Kommission angeboten werden.

Angenommen

IR15 Cannabis

Die Jusos im Kreis Leer fordern die vollständige Legalisierung von Cannabis.

Nicht behandelt

L1 Landwirtschaft und Verbraucher*innenschutz gerechter gestalten

Die Landwirtschaft und die dadurch entstandene Kulturlandschaft prägt unsere Region unübersehbar. Wie auch bei allem Anderen, ist auch die Landwirtschaft in Niedersachsen nicht von Veränderungen verschont geblieben. So wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten aus einfachen Bauern*Bäuerinnen Energieversorger*innen mit Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken und Solarkollektoren, „Tierfabrikant*innen“ mit riesigen Mastställen

Natürlich gehen diese Entwicklungen auch nicht spurlos an den Bürgerinnen und Bürgern unserer Städte und Gemeinden vorbei. Vielfach regt sich Widerstand gegen den Neubau von Mastställen und Biogasanlagen.

Wir wollen auch in der Landwirtschaft ein stärkeres Miteinander, und eine bessere Rücksichtnahme untereinander. Hier sind zum einen die Verursacher und die Betroffenen gefragt, zum anderen aber auch die Handelnden in Politik und Gesellschaft. So war es dringend notwendig die gesetzlichen Grundlagen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) und des Baugesetzbuches (BauGB) zu überarbeiten, und den Kommunen vor Ort mehr Mitspracherecht einzuräumen. Weitere wichtige Themen werden aber auch die Einhaltung des Tierschutzes in Mastanlagen und das Verbot von genmanipulierten Lebensmitteln sein. Wir wollen mithelfen, eine gerechtere Landwirtschaftspolitik zu gestalten.

Was müssen Landwirt*innen und Erzeuger*innen tun, um deren Akzeptanz vor Ort zu verbessern? Diese Frage haben wir uns gestellt und folgende Forderungen hierzu aufgestellt:

- Es müssen Foren geschaffen werden, um Landwirt*innen und Erzeuger*innen Gespräche mit der Bevölkerung und Verbraucher*innen in einer unaufgeregten und entspannten Atmosphäre zu ermöglichen.
- Vor allem Landwirt*innen müssen zu mehr Transparenz bei der Haltung von Tieren animiert, gegebenenfalls auch gezwungen werden.
- Unter einer Kampagne „Transparenz im Stall“ können z.B. in Zusammenarbeit mit den der Landwirtschaft nahestehenden Vereinen und Verbänden Aktionen zur weiteren Verbesserung der Transparenz initiiert werden.
- Ebenso müssen bessere und höhere Qualitätsstandards bei der Erzeugung von Lebensmitteln geschaffen, falls nötig weiterentwickelt und vor allem deren Einhaltung kontrolliert werden.

Die Vielfalt des Warenangebots in Deutschland, sei es im Laden oder auch im Internet ist mittlerweile unermesslich geworden. Hier den Überblick zu behalten fällt oft schwer. Noch schwerer

fällt es gute und schlechte Produkte auf Anhieb voneinander zu unterscheiden, sei es Gesundheitsgefährdung oder einfach nur schlechte Qualität.

Wie soll Verbraucher*innenschutz in Zukunft gestaltet werden, und wo besteht dringender Verbesserungsbedarf? Diese Frage haben wir uns gestellt und folgende Forderungen hierzu aufgestellt:

- Wir wollen vor allem in der Gastronomie als Lebensmittel verarbeitende Betriebe, aber auch in Lebensmittel herstellenden Betrieben vermehrte, öfter auch unangekündigte Kontrollen mit klaren Zuständigkeiten.
- Vor dem Hintergrund eines besseren Verbraucher*innenschutzes aber auch angesichts der immer stärker werdenden Lebensmittelallergien und -intoleranzen fordern wir mehr Transparenz bei der Kennzeichnung von Inhaltsstoffen.
- Dabei muss auch die genaue Herkunft von Komponenten und Rohstoffen wie z.B. Eiern als Käfig- oder Freilandhaltung gekennzeichnet werden. Die Kennzeichnung hat vor dem Hintergrund der Inklusion selbstverständlich barrierefrei zu sein.

Angenommen

L2 Kennzeichnung tierischer Bestandteile in Lebensmitteln

Die Zutatenlisten mancher Produkte sind für viele Verbraucher*innen nur schwer zu deuten. Lebensmittel enthalten dabei teilweise lange Listen an Zusatzstoffen oder unverständliche E-Nummer oder auch undefinierte Aromen. Gesetzeslücken helfen den Herstellern dabei zusätzlich, bestimmte Bestandteile nicht ausweisen zu müssen. Hierzu zählen insbesondere Hilfsstoffe, die bei der Produktion des Lebensmittels eingesetzt werden, aber im Endprodukt nicht enthalten sind, wie z.B. Gelatine in Säften oder Hausenblasen bei Weinen, die zur Klärung der Produkte dienen. Es sind aber auch andere Stoffe nicht kennzeichnungspflichtig, obwohl diese im Endprodukt enthalten sind, wie z.B. Schweineborsten in Mehl oder tierische Aromen, die lediglich als Aroma deklariert sind.

Für einen immer größer werdenden Anteil der Verbraucher*innen stellt diese Praxis ein Problem dar.

Da sich zunehmend mehr Menschen dazu entscheiden, den Anteil tierischer Produkte an ihrer Nahrung zu reduzieren oder sie ganz vom Teller zu streichen, werden eine Vielzahl von Verbraucher*innen vor zusätzliche Herausforderungen beim Einkaufen gestellt, da diese sich anderweitig über die Produkte in ihrem Einkaufskorb informieren müssen. Die mangelnde

Kennzeichnung tierischer Bestandteile und Hilfsstoffe in Lebensmitteln stellt aber nicht nur Veganer*innen, Vegetarier*innen und Flexitarier*innen vor Probleme, sondern auch die Menschen, die aus religiösen Gründen gewisse tierische Produkte nicht konsumieren.

Für eine bewusste Ernährung ist Transparenz unabdingbar, daher fordern wir:

- Zutaten und Verarbeitungshilfsstoffe tierischen Ursprungs müssen deutlich gekennzeichnet werden und für Verbraucher*innen klar erkennbar sein. Dies umfasst auch Farbstoffe, Aromen, technische Hilfsstoffe und andere Zusatzstoffe, die tierische Bestandteile enthalten.
- Die häufig verwendeten Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ benötigen eine rechtliche Definition, um Missbrauch zu verhindern. Diese Definition muss deutlich den Sinn der Begriffe wiedergeben:
 - Vegetarisch: Ohne Zutaten, die von einem toten Tier stammen
 - Vegan: Ohne jegliche tierische Produkte

Angenommen

L3 Verbot von Eiern aus Käfighaltung in Fertiggerichten

Das Bundesverfassungsgericht hatte bereits 1999 die Käfighaltung von Hennen in Deutschland verboten. Nach jahrelangem Tauziehen wurde aus dem Totalverbot eine bedingte Zulassung: 2006 wurde die „Kleingruppenhaltung“ in Käfigen erlaubt. Jede Henne hatte nun 800 Quadratzentimeter Platz im Käfig, in der Einzelhaltung waren es 600 Quadratzentimeter gewesen. Gegen diese Verordnung reichte das Land Rheinland-Pfalz eine Normenkontrollklage in Karlsruhe ein und hatte 2010 Erfolg: Auch die Kleingruppenhaltung wurde vom Bundesverfassungsgericht untersagt.

Auch dieser Richterspruch bedeutete aber noch nicht das Aus für die Käfighaltung: Die Erzeuger*innen machten ihre Investitionen in die Gruppenkäfighaltung geltend, die durch ein Totalverbot wertlos würden, was einer Enteignung gleichkomme. Die damalige Bundeslandwirtschaftsministerin schlug daraufhin vor, den Erzeugern eine Übergangsfrist bis zum Jahr 2035 einzuräumen. Das dauerte den Bundesländern zu lange. Der Ausstieg aus der Käfighaltung soll nun bis 2023 abgeschlossen sein.

Der Anteil der Käfighaltung aus deutscher Erzeugung ist seitdem auf unter zwölf Prozent gesunken und auch in den Niederlanden (15 Prozent) und in Österreich (3,1 Prozent) ist die Käfighaltung auf dem

Rückzug. Hingegen stammen die in Spanien und Portugal erzeugten Eier noch zu 90 Prozent aus der Käfighaltung. In Italien und Frankreich liegt der Anteil bei knapp 70 Prozent.

Die Zahlen offenbaren auch, dass ein Großteil der in Deutschland verwendeten Käfigeier gar nicht aus deutschen Ställen stammt. Importe machen rund ein Drittel des deutschen Eiermarktes aus. Sie werden – ohne Kennzeichnung und Information der Verbraucher*innen – fast nur in der Lebensmittelindustrie und Großgastronomie verarbeitet. Maßgeblich für die Unternehmen sind vor allem die geringeren Kosten. Trotzdem muss es ein wirkliches Bekenntnis gegen Käfighaltung von Legehennen und für mehr Tierwohl geben.

- Wir fordern daher ein Verbot der Verarbeitung und des Imports von Käfigeiern und Produkten mit weiterverarbeiteten Käfigeiern.

Angenommen

O1 Gelebter Feminismus- auch auf Parteitag

Feminismus und der Kampf für Gleichstellung gehören zu den Grundwerten, denen wir uns verpflichtet fühlen und die unser Handeln leiten. Wie treten für die Verwirklichung feministischer Grundsätze nicht nur in der Gesellschaft ein, sondern versuchen diese gleichzeitig auch in die Partei zu tragen und dort umzusetzen. Unser Ziel ist die tatsächlich gleichberechtigte Mitwirkung aller Geschlechter in unserer Partei.

Gerade bei Parteitag handelt es aber sich nach wie vor um männlich dominierte Veranstaltungen. Frauen mögen zwar in Delegationen zu 40 % berücksichtigt sein, treten aber kaum aktiv in Erscheinung. Außerdem herrscht gerade hier, wie auch sonst auf Veranstaltungen der Partei, wenn viele Genoss*innen zusammenkommen, noch besorgniserregend wenig Sensibilität für Sexismus.

Unser Parteileben muss weiblicher werden. Dazu gehört auch, feministische Werte zu leben und aktiv gegen Sexismus vorzugehen.

Deshalb fordern wir für sämtliche Parteitage:

1. Ein quotiertes Awareness-Team, das während eines Parteitages stets ansprechbar bzw. erreichbar ist.
2. Eine Quotierung der Grußworte, diese sind zu 40 % von Frauen zu halten.
3. Härtere Sanktionen für Unterbezirke bzw. Bezirke, die die Quote von angereisten Delegierten nicht einhalten. Außerdem sollen Ersatzdelegierte nur dann nachrücken können, wenn dies mit einer Quotierung der Delegation von 40 % vereinbar ist.
4. Die Schließung der Redeliste, wenn 3 Männer hintereinander geredet haben und auf der Redeliste keine Frau mehr steht.
5. Eine feste Quotierung des Präsidiums.

Angenommen

O2 Liebe SPD, bitte unterstütze deine Ehrenamtlichen

Wir, der Juso Niedersachsen, fordern die SPD auf, alle ihre Parteitage und ähnlichen Veranstaltungen, an den Ehrenamtliche teilnehmen, auf eine hinsichtlich der Kosten sozialverträgliche Ausgestaltung auszulegen. Hierzu gehören die Wahl von Veranstaltungsorten, an denen die Versorgung zu nicht überbeuerten Preisen möglich ist, bei ganztägigen Veranstaltung eine Essenverpflegung für alle

Delegierten, nicht nur für die hauptamtlichen oder die in Funktion, und eine verpflichtende Versorgung mit Wasser. Darüber hinaus sollen für Delegierte aller Ebenen, deren Einkommen eine Teilnahme an einer solchen Veranstaltung erschwert, die Fahrtkosten zu übernehmen werden.

Angenommen

O3 Ortsvereine stärken – für dauerhafte Basisbeteiligung!

Die Jusos Niedersachsen fordern den Aufbau eines Online-Antragssystems, das es den SPD-Ortsvereinen ermöglicht, politische Entscheidungen der SPD auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.

Dazu soll eine öffentlich einsehbare Internetseite entworfen werden, auf der die Ortsvereine nach eigenem Ermessen beschlossene Anträge veröffentlichen können. Diese Anträge können anschließend von anderen Ortsvereinen ebenfalls beschlossen werden, sodass ein demokratisches Meinungsbild der SPD-Basis in ganz Deutschland entsteht.

Auf diese Art und Weise nehmen die Ortsvereine aktiv, dauerhaft und basisdemokratisch an der politischen Willensbildung der Partei teil und haben die reelle Möglichkeit, die politischen Entscheidungen der Partei auf höheren Ebenen öffentlichkeitswirksam zu beeinflussen.

Angenommen

S1 Antrag zur Beteiligung an einem Antifaschistischen Nachrichtenportal der Jusos Niedersachsen.

Internationalismus und damit die Bekämpfung rechter und nationalistischer Ideen gehört zur Arbeit der Jusos, genau wie die beiden anderen Stützen, der Feminismus und der Sozialismus. Leider mussten wir dem Engagement gegen menschenverachtende Ideologien in letzter Zeit wieder verstärkt nachgehen. Nach dem Führungswechsel innerhalb der AfD, der vermehrten Flucht von Schutzsuchenden nach Deutschland und dem damit einhergehenden Erscheinen so genannter „Besorgter Bürger*innen“, weht ein rauher rassistischer Ton durch Deutschland. Das früher unsagbare scheint nun Alltag zu sein.

Die selbsternannten „Patriot*innen“ verteidigen ihre Deutschlandfahnen wie ihren Augapfel und das nicht nur während der Europameisterschaft. Das Wort Rassismus wird von diesen Menschen auch nicht mehr in den Mund genommen, es klingt nunmal viel schöner, wenn man seine menschenfeindliche Ideologie „Ethnopluralismus“ nennt. Dahinter versteckt sich jedoch genau die Gleiche Bedeutung wie hinter dem althergebrachten Begriff. Gemeint ist mit der Ideologie, die Akzeptanz der Tatsache, dass es unterschiedliche Völker mit unterschiedlichen Kulturen gibt, einhergehend mit der strikten Ablehnung der Vermischung dieser Kulturen.

Ein*e populäre*r Vertreter*in dieser Ideologie ist unter anderem die sog. „Identitäre Bewegung“. Als Ableger des französischen Gruppe „Bloc Identitäre“ treibt diese Jugendgruppe nun auch in Deutschland ihr Unwesen. So ist ihr Stützpunkt und die weiteste Verbreitung in Norddeutschland im Raum in und um Lüneburg - Tostedt - Uelzen zu finden. Mit einem modernen Webauftritt, sowie einem frischen Design versuchen sie junge Menschen zu locken. Vermeintlich „coole“ Aktionen, wie die Besetzung von Parteizentralen und ihre eigene „Parteiunabhängigkeit“ machen sie anscheinend attraktiv für junge Menschen. Jedoch sind schon mehrere Überschneidungen, unter anderem auch mit örtlichen Vertreter*innen der AfD bekannt geworden. Neben den jungen Menschen, welche auf die „Identitären“ aufmerksam geworden sind, ist es der Staatsschutz ebenfalls. So erscheinen sie beispielsweise in den beiden Verfassungsschutzberichten der Vorjahre.

Arbeit gegen Rechts ist insbesondere somit in der heutigen Zeit ein zentraler Aspekt der jungsozialistischen Arbeit. Die Jusos in Mecklenburg-Vorpommern haben schon ein bisschen länger mit dem Problem von massivem Alltagsrassismus zu kämpfen. Aufgrund des Einzugs von NPD in Landes- und Kommunalparlamente, gründeten sie im Jahre 2006 den Watchblog

„Endstation Rechts“, welcher im Jahre 2011 auf Sachsen und Sachsen-Anhalt, später dann auch auf Bayern ausgeweitet worden ist. Das Internetportal berichtet ständig auf journalistische Art und Weise

über rechte Bewegungen und Kameradschaften in ganz Deutschland, jedoch mit Fokus auf den sich beteiligenden Bundesländern.

Insbesondere ob der strategisch misslichen Lage, dass die Identitären hier bei uns ihr Hauptlager aufgeschlagen haben, ist es umso wichtiger ein vernünftiges Journalistisches Netzwerk zu haben, welches jegliche Antifaschist*innen auf dem laufenden über rechte Tendenzen zu halten. Aus diesem Grund fordern wir eine Beteiligung der Jusos Niedersachsen am Projekt der Jusos Mecklenburg-Vorpommern, sowohl auf ideellem, als auch auf monetärem Wege. Hierfür setzen wir uns nachhaltig in Bezug auf Fördergelder aus Landesmitteln ein.

Überwiesen an den Juso Landesvorstand

S2 Mehr Demokratie wagen

Die immer weiter zurückgehende Wahlbeteiligung, mit der Konsequenz eines schleichenden Legitimationsverlustes von etablierter Politik ist für uns besorgniserregend. Der Rückgang der Wahlbeteiligung und das immer fortschreitende Desinteresse an Politik haben viele Ursachen. Ein Aspekt kann hier ein vermindertes Demokratieverständnis sein. Denn was vor allem bei jungen Menschen schon immer war wird man ja nicht unbedingt auch verstehen müssen, so eine mögliche Einschätzung. Doch die Demokratie schätzen und im Zweifel auch verteidigen kann nur, wer die Demokratie die er schätzen und verteidigen soll auch versteht.

Demokratie verstehen heißt dabei nicht, die Anzahl der Bundestagsabgeordneten oder die Arbeitsweise des Vermittlungsausschusses zu kennen, sondern ihre Prozesse zu durchdringen. Dazu gehören keinesfalls nur ein Ergebnis und die ihm vorhergehende Abstimmung, sondern vor allem der Meinungsstreit. Der Meinungspluralismus, der Wettstreit der Ideen und Argumente macht eine funktionierende Demokratie aus. Nur wer Konflikt und Kompromiss kennen und schätzen lernt, kann wirklich die Demokratie verstehen und demokratisch denken.

Wir fordern daher, dass sich diese Grundbausteine von Demokratie mehr im Alltag der Menschen wiederfinden müssen, nur so können sie als das angenommen werden, was sie sind: selbstverständlich.

Dies gilt insbesondere auch für Schülerinnen und Schüler. Wer von früh an Demokratie als zugleich selbstverständlich und positiv erlebt, wird auch später Stütze einer demokratischen Gesellschaft sein.

Für uns ergeben sich daraus folgende zu treffende Maßnahmen:

- Schulen dürfen sich nicht von Meinungen und Parteien fürchten! Politikerinnen und Politiker müssen zum Gespräch, zur Diskussion in die Schulen geholt werden. Das Bildungsministerium darf den Schulleitungen hier keine Angst mehr machen, es sollte eher zu Einladungen anregen.
- Wenn die Jugendorganisationen demokratischer Parteien die Schülerinnen und Schüler über ihre Ideen, zu anstehenden Wahlen oder über Veranstaltungen informieren wollen, sollen sie dies vor der Schule auch ungehindert dürfen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Lehrkräfte dies zu unterbinden suchen. Hier muss eine andere Sensibilität geschaffen werden.
- Wenn Parteien und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Bürgerinnen und Bürgern an Infoständen ins Gespräch kommen wollen, sollte dies durch die Kommune unterstützt und nicht behindert werden. So sind zum Beispiel Treffpunkte auf einem Wochenmarkt wünschenswert.
- Wenn Parteien auch außerhalb von Wahlkämpfen zum Beispiel mit Plakaten für Veranstaltungen werben wollen, soll die Kommune dies unkompliziert und kostenfrei ermöglichen.
- Die Untergliederungen der Partei sollen Infopunkte wie Schaukästen o.ä. unterhalten, an denen die örtlichen Akteure über ihre Arbeit informieren können.
- Es ist stets dafür Sorge zu tragen, dass Jugendbeteiligungen an kommunalen Prozessen auch wirklich an allen betreffenden Entscheidungen beteiligt werden und eine gute Rückkopplung in die Gruppen der Wahlberechtigten hat.

S3 Demokratie darf nicht nur theoretisch existieren – Rechtspopulismus mit logischen Argumenten entgegentreten

Die Jusos Niedersachsen fordern, dass die SPD keinesfalls eine öffentliche Debatte mit der AfD scheuen sollte. Viel eher muss eine solche Chance genutzt werden, den rechtsradikalen bzw. rechtspopulistischen Argumenten und Standpunkten dieser Partei den Nährboden zu entziehen und ihnen somit entschieden entgegentreten.

Angenommen

S4 Faschismus oder Nationalsozialismus? – Let's say it right!

Faschismus und Nationalsozialismus – zwei Begriffe, die gleiche Sache?

Bei der Auseinandersetzung mit der menschenverachtenden deutschen Herrschaft zwischen 1933 und 1945 und dem Holocaust als deren Folge tauchen immer wieder die beiden Begriffe „Faschismus“ und „Nationalsozialismus“ auf. Ein Unterschied dieser beiden Begriffe ist im Kontext der Verwendung meist nicht zu erkennen, eigentlich aber durchaus vorhanden. Wir wollen versuchen diesen Unterschied, und die Frage welcher Begriff sich für eine angemessene Bezeichnung der Zustände im „Dritten Reich“ eignet, zu klären. Dabei ist nicht das Ziel die beiden Begriffe detailliert zu definieren, dies ist – vor allem beim Faschismusbegriff – eine zu komplexe Angelegenheit, als, dass sie in einem solchen Antrag zu bewältigen wäre.

What do we talk about?

Wofür aber steht in erster Linie der Begriff „Faschismus“? Die Antwort hierauf lässt sich wohl bei seiner historischen Entstehung finden. Die faschistische Herrschaft unter Benito Mussolini in Italien soll hier maßgeblicher Anhaltspunkt sein, von dieser Herrschaftsform und ihrer Ideologie ausgehend kann mensch sich dem Begriff des „Faschismus“ historisch nähern.

Der Begriff „Nationalsozialismus“ ist einmal historisch als Bezeichnung für die politische Bewegung zwischen 1. Weltkrieg und Ende des 2. Weltkriegs und ihre Herrschaft in Deutschland zu verstehen. Andererseits ist er aber auch auf die – immer noch immanente – Ideologie des Nationalsozialismus anwendbar. Dies wird insbesondere dann wichtig, wenn heutige Nazis behaupten, sie seien ja gar keine Nazis, da sie noch keine 60 Jahre alt seien. Diese vermeintliche Distanzierung vom Nationalsozialismus wird aber schon bei einem flüchtigen Blick auf ihre flachen Inhalte relativiert.

Nationalsozialismus bezeichnet also eine spezifisch deutsche Begebenheit, während Faschismus eine Herrschaftsform bezeichnet, welche ihre Geburt in Italien hatte, letztlich aber in vielen Ländern auftrat bzw. auftritt. Aber war der Nationalsozialismus nicht ein Faschismus? Darf mensch daher nicht im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus einfach den Begriff des Faschismus verwenden. Meinen beide nicht die gleiche Sache?

There's a big difference

Beantworten lässt sich diese Frage, durch einen Vergleich des italienischen Faschismus mit dem Deutschen Nationalsozialismus.

Ein erster Unterschied lässt sich an ihrer Einstellung zum traditionellen Staat feststellen. Während in Italien Mussolini letztlich an vielen Traditionen (wie der Monarchie) festhalten und lediglich einen nach seinen Vorstellungen stärkeren Staat schaffen wollte, schafften Hitler und die Nationalsozialist*innen

die meisten alten Institutionen ab, um deren Aufgabenbereiche in ihren Gleichschaltungsapparat zu integrieren. Die NSDAP erwarb deutlich größeren Einfluss auf alle Teile der deutschen Gesellschaft, als es die Faschist*innen unter Mussolini geschafft haben. Dies lässt sich auch im postnationalsozialistischen Deutschland noch erkennen, wenn man etwa die italienische und deutsche Arbeiterbewegung nach 1945 vergleicht.

Weiter hatte der italienische Faschismus zwar durchaus einen expansiven Charakter, jedoch nicht in dem Maße, wie es beim deutschen Nationalsozialismus der Fall war. Elemente, wie die deutsche Blut- und Boden-Ideologie, deren Folge der unmenschliche Vernichtungskrieg im Osten war, gab es hier nicht.

Von größerer Bedeutung aber ist der Unterschied der beiden Ideologien im Hinblick auf Rassentheorie und Antisemitismus. Der deutsche Nationalsozialismus passte sich insofern den deutschen Gegebenheiten oder den Bedürfnissen der Deutschen an, als dass er schon als Mittel der Machterlangung antisemitische und rassistisch-biologistische Propaganda nutzte. Antisemitismus und Rassismus also waren hier zentrale Bestandteile der Ideologie, die von Anfang an offen hervortraten und nach außen hin proklamiert wurden. In Italien war dies anders: Eine Rassenideologie gab es in dem Maße nicht, erst 1938 begannen biologistische Anschauungen eine Rolle zu spielen. Auch hatte der Antisemitismus hier nicht eine solch vernichtende Konsequenz wie in Deutschland. Zwar spielte er auch hier in der faschistischen Ideologie eine Rolle, jedoch trat er eher in Form von Diskriminierung, Vertreibung und Entrechtung in Erscheinung, als in der einzigartigen Form des maschinellen Völkermordes, wie es in Deutschland der Fall war.

Hier soll es nicht um eine Relativierung des italienischen Faschismus gehen, dieser soll hier nicht seines Schreckens beraubt werden und sicherlich sind Diskriminierung, Vertreibung und Entrechtung der Juden in Italien schrecklich genug gewesen. Jedoch sollte als zentraler Punkt deutlich werden, dass der Holocaust, also die maschinelle Vernichtung von Millionen von Menschen, eine spezifisch deutsche Tatsache ist, die im italienischen Faschismus so nicht auftrat.

Finally: Let's say it right

Aus dieser Tatsache folgt unweigerlich die Notwendigkeit einer Trennung der Begriffe Faschismus und Nationalsozialismus. Zur Beschreibung der Zustände im damaligen Deutschland taugt der Begriff Faschismus nur mit einem Zusatz, der den spezifischen Charakter der deutschen Besonderheiten verdeutlicht. Angemessen wäre also eine Bezeichnung wie „Deutscher Faschismus“. Das Wort Faschismus alleine aber verkürzt die historischen Tatsachen, indem es den Holocaust und dessen Singularität unter den Tisch fallen lässt. Es relativiert so – meist wohl unbewusst – den Nationalsozialismus, indem es ihn in eine Reihe mit anderen faschistischen Regimen stellt.

Um also zu einem korrekten, vollständigen Bild der nationalsozialistischen Herrschaft und ihrer Folgen zu kommen, sollte entweder vom „(deutschen) Nationalsozialismus“ oder von einem „spezifisch Deutschen Faschismus“ gesprochen werden.

Angenommen

S5 Politische Jugendarbeit ernst nehmen

Politische Jugendarbeit ernst nehmen – Wiedereinführung der Arbeitsgemeinschaft politischer Jugend (APJ) im (Kreis/Stadt)Rat vorantreiben

Die „Politische Jugendarbeit“ hat eine wichtige Aufgabe in der Gesellschaft, sie soll gemeinsame aktive Maßnahmen zur Verhinderung antidemokratischer Einflüsse, auf die junge Generation und einen erneuten politischen Instrumentalisierung der Jugend unmöglich machen. Die Arbeitsgemeinschaft politischer Jugend ist daher der Zusammenschluss von aktiven politischen Jugendorganisationen in der Kommune, die sich diesen Aufgaben annimmt. Sie leistet damit einen wichtigen Beitrag für alle Mitglieder der Gesellschaft.

Die APJ hat nicht den Charakter und die Aufgaben einer eigenen Organisation, sondern durch sie werden die Belange der parteipolitischen Jugendorganisationen vertreten. Das gemeinsame Ziel ist es, Jugendlichen Politik näherzubringen und ihnen Einblicke zu geben, wie politische Arbeit funktioniert. Die APJ dient als „Schule der Demokratie“ für junge Menschen.

Gerade vor dem Hintergrund von fallender oder bestenfalls stagnierender Wahlbeteiligung, von Politik- und Parteienverdrossenheit und der Mobilisierung von rechten oder antidemokratischen Parteien und Bewegungen ist es besonders wichtig junge Menschen wieder an Politik ranzuführen, sie davon zu überzeugen und politische Partizipation zu fördern. Daher fordern wir:

- die Wiedereinführung der Arbeitsgemeinschaft politischer Jugend (APJ) in den Stadträten und Kreisräten in Niedersachsen
- eine fraktionsübergreifende Thematisierung zum APJ mit den Organisation im Rat der Stadt/Kreisräten

- die Arbeitsgemeinschaft der politischen Jugend, sollen sich an den Modellen in Niedersachsen orientieren (z.B. im Osnabrücker Landkreis)

Angenommen

S6 Lieber politisch korrekt als politisch falsch

Die Übergriffe in der Silvesternacht am Kölner Hauptbahnhof lösten eine öffentliche Diskussion darüber aus, ob die Nationalität von mutmaßlichen Täter*innen (in diesem Fall Tätern) genannt werden darf oder nicht.

Grundsätzlich müssen Journalist*innen abwägen zwischen dem öffentlichen Informationsinteresse einerseits und den schutzbedürftigen Interessen von einzelnen Gruppen andererseits. Zweifelsohne ist dies für Journalist*innen keine leichte Gratwanderung. Bindend ist hier bislang die Ziffer 12, Richtlinie 12. des Pressekodex. Darin heißt es:

- Ziffer 12 – Diskriminierungen Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.
- Richtlinie 12.1 – Berichterstattung über Straftaten In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Minderheiten nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht. Besonders ist zu beachten, dass die Erwähnung Vorurteile gegenüber Minderheiten schüren könnte.

Die Richtlinie schreibt also vor, die Herkunft von Verdächtigen in der Berichterstattung nicht zu erwähnen, es sei denn, es besteht ein „begründbarer Sachbezug“ zur Tat. Nimmt diese Regel die Aufgabe von Journalist*innen ernst? Ist sie vereinbar mit dem Anspruch, unerschrocken, fair und umfassend zu berichten? Dies gilt es zu diskutieren.

Die Frage nach einer mündigen Leser*innenschaft

„Niemand darf wegen seines Geschlechts, einer Behinderung oder seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden.“ Dieser Satz, den das Grundgesetz ähnlich formuliert, sollte eigentlich reichen. Die bisherige Richtlinie geht von einem Publikum aus, das Vorurteile hat und verführbar ist. Dies wird vor allem in der aktuell geführten Debatte um Geflüchtete sichtbar. Ressentimentgeladene Entgleisungen bahnen sich vor allem in den

sozialen Netzwerken ihren Weg. Journalist*innen können nicht davon ausgehen, dass sie für ein mündiges Publikum schreiben, dem sie auf Augenhöhe begegnen. Damit ihre Arbeit die Gesellschaft trotzdem voranbringt, sollten sie lediglich Bürger*innen vor Augen haben, die sie nach bestem Wissen und Gewissen informieren möchten. Hier gilt es zu beachten, dass es nicht nur „eine Wahrheit“, sondern viele Wahrheiten gibt. Häufig sind sie so komplex, dass man ihnen allein mit der Nennung von ethnischer Herkunft und religiöser Zugehörigkeit sicher nicht gerecht wird.

Rassistische Stigmatisierung innerhalb der Berichterstattung

Durch die Nennung der Herkunft werden Menschen innerhalb der Berichterstattung stigmatisiert. Wenn ein Mensch in Frankfurt einen Taxifahrer ausraubt, dann ist es unwichtig, ob der*die Täter*in italienischer, türkischer oder spanischer Herkunft ist.

Ein Täter mit „indischem Aussehen“ oder ein Totschläger, der ein „südländischer Typ“ oder „ein Türke“ ist: Formulierungen wie diese tauchen noch immer in Texten der Polizeipressestellen auf. Diese Stigmatisierung ist rassistisch und muss aufgebrochen werden.

Wenn in seriösen Medien – sofern der Kontext es nicht erfordert – die Herkunft von Täter*innen unerwähnt bleibt, dann auch aufgrund der mühsam errungenen Erkenntnis, dass unachtsame Berichterstattung zur Stigmatisierung von bestimmten Gruppen führen kann. Aus der Vorurteilsforschung ist bekannt, dass jeder Mensch Vorurteile hat und dass er aus bestimmten (positiven oder negativen) Eigenschaften eines Einzelnen Zuschreibungen an eine gesamte Gruppe konstruiert. Auf diese Erkenntnis müssen sich Journalist*innen besinnen!

Stehen Straftaten überhaupt in Zusammenhang mit der Ethnie?

Die Verteidiger*innen dieser Praxis fragen, ob es denn nicht sehr wohl Straftaten gebe, die mit der Ethnie oder der Religion in Zusammenhang stehen – sogenannte Ehrenmorde und Zwangsehen bei Muslimen, zum Beispiel. Das mag sein. Aber solche zweifelhaften Traditionen gibt es auch in China, Indien oder unter Christ*innen im Libanon. Das heißt nicht, dass gruppenspezifische Probleme hierzulande verschwiegen werden sollten. Der Hinweis auf patriarchale Strukturen ist dabei allerdings hilfreicher als simple ethnisch-geografische Zuschreibungen.

Erst mit dem Eingeständnis, ein Einwanderungsland zu sein, begannen in Deutschland Debatten über den Sinn, die ethnische Herkunft oder religiöse Zugehörigkeit von Täter*innen zu nennen. Der Großteil der Migranten ist hier geboren oder aufgewachsen. Sie sind selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft, als solcher sollten sie behandelt werden – und bei „deutschen Straftäter*innen“ wird die Herkunft auch nicht explizit genannt.

Wir plädieren daher für eine Änderung des Pressekodex: Die Richtlinie 12.1 sollte auf keinen Fall gestrichen werden, sondern das dort gewählte Wort „Minderheiten“ durch „Gruppen“ ersetzt werden.

Sie würde dann lauten: „In der Berichterstattung über Straftaten wird die Zugehörigkeit der Verdächtigen oder Täter zu religiösen, ethnischen oder anderen Gruppen nur dann erwähnt, wenn für das Verständnis des berichteten Vorgangs ein begründbarer Sachbezug besteht.“

Nicht behandelt

Soz1 Sozialer Wohnungsbau

Die Jusos im Land Niedersachsen fordern die Landesregierung auf, aktiv in den sozialen Wohnungsbau in Niedersachsen mit dem Ziel, die Mietpreise im unteren Preissegment signifikant zu senken, einzusteigen.

Angenommen

Soz2 Krankheit darf nicht Armut heißen

Wir, der Juso Niedersachsen, fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf sich für die Rechte von Bürger*Innen mit Erkrankungen stark zu machen.

Neue Regeln für den Bezug von Erwerbsminderungsrente

Hierzu sollten die Rahmenbedingungen der Erwerbsminderungsrente derart überarbeitet werden, dass der Verlust der Arbeitsfähigkeit durch eine Erkrankung oder Unfall nicht auch gleichzeitig den Verfall des Lebensstandards bedeutet. Die so zusätzlichen finanziellen Nöte basierend auf signifikant weniger Einkommen, aber gleichbleibenden Belastungen sind für viele Krankheitsbilder zusätzlich schädigend. Krankheit ist nicht planbar! Das weitere Absinken der Rentenbezüge beim Eintritt in die Altersrente ist abzuschaffen.

(Wieder)Einstieg in die gesetzliche Krankenversicherung

Für Menschen, die längere Zeit aus welchen Gründen auch immer weder gesetzlich noch privat versichert waren, soll der (Wieder)Einstieg in die gesetzlichen Krankenkassen vereinfacht werden. Dies soll auch Beamt*Innen einschließen, die während ihrer Berufstätigkeit lediglich durch freie Heilfürsorge oder Beihilfe abgesichert waren. So darf beim Wiedereintritt in eine Krankenversicherung nicht das Alter der*des Versicherten ausschlaggebend für die Höhe des Beitrags sein. Nach einer solchen Phase ohne Versicherung darf der*die Versicherte nicht gezwungen sein, rückwirkend alle für diese Phase angefallenen Beiträge zahlen zu müssen. Ferner dürfen auch die Beiträge der privaten Versicherung im Krankheitsfall oder im Alter nicht derart steigen, dass Menschen aus der Versicherung gedrängt werden, weil sie die Beiträge nicht zahlen können.

Zuzahlungen auf Gesundheitsleistungen und Vorauszahlungen eindämmen

Die Zuzahlung auf Rezepte und Tagessätze für stationäre Aufenthalt der gesetzlichen Krankversicherungen müssen abgeschafft werden. Es kann nicht sein, dass Medikamente oder Behandlungen nicht wahrgenommen werden können, weil es finanziell gerade eng ist. Zudem müssen

private Versicherungen ihren Versicherten eine Möglichkeit bieten, sich in begründeten Fällen von der Vorkasse und dem Eigenanteil befreien zu lassen, und dann Rezept- Arzt*Ärztin- und ähnliche Kosten direkt übernehmen. Beihilfesätze sollen von den Versicherungen direkt mit der zuständigen Beihilfekasse abgerechnet werden. Zudem soll das Einreichen von Vorkasseleistungen bei der Beihilfekasse und Versicherung direkt nach Zahlung durch den*die Versicherte*N möglich sein, nicht erst nach einem bestimmten Zeitraum oder nach dem Sammeln eines Mindestbetrags. Darüber hinaus sollen alle Versicherungen verpflichtet werden, fundierte alternativmedizinische Behandlungen ganz oder zu großen Teilen zu übernehmen.

Schließlich darf die Möglichkeit einer Versicherung zum Studierendentarif nicht an das Alter oder die Semesteranzahl des/der Versicherten gebunden sein. Eine vorliegende Immatrikulation und das Einhalten der bestehenden Arbeitszeitregelungen muss dafür ausreichen.

Angenommen

Soz3 Rundfunkgebührenbefreiung FSJ/BFD

Die Landeskonzern möge beschließen, dass sich die Jusos und die SPD für die Rundfunkgebührenbefreiung für Freiwilligendienstleistende einsetzen.

Angenommen

Soz4 Gleichberechtigte Aufteilung des Elterngeldes

Wir fordern eine gleichberechtigte Aufteilung des Elterngeldes dahingehend, dass eine ausgeglichene Aufteilung der bezahlten Elternzeit zwischen beiden Erziehungsberechtigten vorliegen muss, um Anspruch auf die vollen 14 Monate Elterngeld zu haben, d.h. dass jede*r Erziehungsberechtigte jeweils mindestens sechs Monate der Zeit in Anspruch nehmen soll. Für Alleinerziehende, oder wenn ein Elternteil nicht in der Lage ist (z.B. wegen schwerer Krankheit) die Erziehungsarbeit zu leisten, gilt weiterhin der volle Anspruch für ein Elternteil.

Zurückgezogen

U1 Besteuerung von Plastiktüten

Wir fordern eine Besteuerung von Plastiktüten in der Höhe von 30 Cent pro Tüte. Ziel soll es dabei sein Plastikmüll langfristig zu reduzieren. Ausgenommen aus der Regelung sind Plastiktüten aus recycelten Materialien.

Zurückgezogen

U2 Plastiktüten eindämmen

Plastiktüten eindämmen – „Think globally, act locally“ einen Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz umsetzen

Plastiktüten sind das Symbol der Wegwerfgesellschaft. Im Jahr 2011 betrug in Deutschland der Verbrauch von Plastiktüten 71 Stück pro Person. Hierbei sind jene Tragetaschen, die beim Einkauf gratis dazu gibt oder die direkt an der Kasse gekauft werden müssen. Es sind also die Tragetaschen, die wir uns direkt vom*von der Verkäufer*in besorgen, um unseren Einkauf zu transportieren. Ständig gelangt nicht korrekt entsorgter Müll in die Ozeane, sodass sich dort gigantische Müllteppiche gebildet haben. Allein die Müllberge des Pazifiks haben die Größe Mitteleuropas. Plastiktüten (Plastik im Allgemeinen) haben einen hohen Anteil (drei Viertel) am Müll, der in den Meeren treibt. Besonders Plastiktüten aus Europa haben einen erheblichen Anteil an diesem Müll (laut Umweltbundesamt). Dies liegt an der besonderen Langlebigkeit und Beständigkeit der Kunststoffe.

Produkte aus Kunststoff zersetzen sich sehr langsam, treiben an der Meeresoberfläche oder sinken zum Meeresboden ab. Am Grund der Meere Durch die in den Sonnenstrahlen enthaltenen UV-Strahlen werden Zusätze wie Weichmacher freigesetzt. Müll verkleinert sich immer weiter zu Mikroplastik. Dieser hat eine Größe von wenigen Nano- bis Mikrometern. Lebewesen der untersten Nahrungsebene (Bsp.: Plankton) nehmen dieses Mikroplastik auf. Durch die Nahrungskette häufen sich die Mengen pro Lebewesen an und gelangen letztendlich auch wieder zum Menschen. So wurde Mikroplastik beispielsweise schon in Honig nachgewiesen. Größere Plastikteile können den Verdauungstrakt von Meerestieren schädigen oder verstopfen. Dies hat Verletzungen oder den Tod dieser Meerestiere zur Folge. Wir haben die Chance, Umweltschutz in Niedersachsen zu verwirklichen:

– Stabile Mehrweg-Tragetaschen haben erhebliche Vorteile gegenüber den üblichen Einweg-Tüten.

- Sie benötigen weniger Rohstoffe und Energie, stoßen weniger klimaschädliche Gase aus und vermeiden Abfälle.

Deshalb sollte Niedersachsen einen Beitrag zum weltweiten Klima- und Umweltschutz leisten. Wir wollen durch die geeigneten, erforderlichen und angemessenen Maßnahmen, den Verbrauch von Einweg-Tüten aus Kunststoffen aus fossilem Rohöl und ohne Recyclinganteile von mindestens 80 %, Einweg-Tüten aus biologisch abbaubaren Kunststoffen, Einweg-Tüten aus nachwachsenden Rohstoffen und Einweg-Tüten aus Papier in Niedersachsengänzlich vermeiden. Daher fordern wir:

- Die Plastiktüten sollen an der Kasse untersagt werden.

Angenommen

V1 Maut für Fernbusse

Die Jusos setzen sich für die Einführung einer Maut für Fernbusse ein.

Abgelehnt

V2 Fördermittel für den kommunalen ÖPNV durch den Bund

Die Jusos setzen sich für die Bereitstellung von Fördermitteln für den kommunalen ÖPNV durch den Bund ein. Durch die Gelder soll die Nutzung bestehender ÖPNV-Linien vergünstigt und die Planung der Einrichtung neuer und Erweiterung bestehender Linien gefördert werden.

Angenommen

V3 Fahrkartenautomaten ab in die Züge

Die Landtags- und Bundestagsfraktion soll sich einsetzen für eine Rechtsänderung mit der deutschen Bahn, sodass zukünftig die Fahrkartenautomaten in den Bahnen verlegt werden können.

Angenommen

W1 Industrie 4.0

Industrie 4.0 menschlich entwickeln

Industrie 4.0 betreibt die komplette Digitalisierung von Produktion und Logistik bis hin zum* zur Verbraucher*in. Die digitale Revolution in der Wirtschafts- und Arbeitswelt vollzieht sich schneller als wir es wahrhaben wollen. Hierbei dürfen wir jedoch den Menschen, als wichtigstes Glied in der wirtschaftlichen Wertschöpfungskette nicht außer Acht lassen. Wir müssen Strategien entwickeln, digitalisierte Industriepolitik weiter zu entwickeln aber den Menschen nicht aus dem Auge zu verlieren.

Vor allem auf Risiken wie der Arbeit als zunehmend passives Element im System dem hohen Stresspotenzial der immer weiteren forcierten Flexibilisierung müssen wir angemessene Antworten finden. Ebenso muss für uns klar sein, dass Industrie 4.0 auch weiterhin eine Durchlässigkeit für unsere Qualifikationen gewährleisten muss und keinesfalls zu einem Beschäftigungsabbau führen darf.

Letztendlich darf die Digitalisierung der Arbeitswelt keinesfalls zur Zunahme von Leiharbeit und zur Weiterentwicklung von Dumping-Lohn-Strategien sowie zur Aushebelung der betrieblichen Mitbestimmung in den Unternehmen führen.

Aber mit der Industrie 4.0 ergeben sich auch Chancen die es zu nutzen und weiterzuentwickeln gilt. So bieten sich neue Arbeitsmöglichkeiten mit höheren Handlungsspielräumen und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Erweiterte Partizipation kann möglich gemacht werden und vor allem technische Kompetenzen beständig weiterentwickelt werden. Nicht zuletzt können zukunftsorientierte Hightech-Strategien zu einer größeren Beschäftigungssicherung beitragen.

Vor dem Hintergrund der vorgenannten Chancen und Risiken stellen sich hieraus für uns einige wichtige Forderungen, die Industrie 4.0 menschlich weiterentwickeln soll. So müssen wir gemeinsam darauf hinwirken, dass betriebliche Mitbestimmungsgesetze stetig weiterentwickelt und angepasst werden, um alle Arbeitnehmer*innen in den Entwicklungsprozess einzubeziehen.

Ebenso muss Politik in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden Regeln schaffen die einen möglichen Kontrollverlust durch immer fortschreitende Digitalisierung der Arbeitswelt wirksam verhindern. Das Internet der Dinge und auch die Digitalisierung der Arbeitswelt müssen jederzeit kontrollierbar bleiben.

Um den immer schneller werdenden Entwicklungen in der Digitalisierung von Arbeits- und Berufsleben von Anfang an folgen zu können bedarf es eines Umdenkens in der deutschen Bildungspolitik. Von früher Bildung an müssen Kompetenzen im Bereich der digitalen Welt entwickelt und Grundlagen für das technische Verständnis geschaffen werden.

Nicht zuletzt müssen aber auch die Voraussetzungen für die digitale Wirtschaft in allen Regionen unseres Landes stetig verbessert und die digitale Infrastruktur vor allem im ländlichen Raum weiter voran gebracht werden. Die immer weiter fortschreitende digitale Wertschöpfung darf aufgrund von Problemen beim Breitbandausbau nicht an den ländlichen Regionen vorbeigehen.

Angenommen

Ini1 Initiativantrag „Übernahme der Konferenzessenskosten durch den Landeverband“

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Kosten für das Catering auf der Landeskonzferenz vom SPD-Landesverband getragen werden.

Angenommen

Ini2 Maschinen zahlen unsere Rechnung

Der Landesparteitag möge beschließen, dass eine Maschinensteuer eingeführt wird. Dadurch sollen Maschinen besteuert werden, die Arbeitsvorgänge für Arbeitnehmer*innen übernehmen und somit für ein geringeres Personal sorgen.

Nicht behandelt

Ini3 „Hauptsache, ihr habt Spaß!“ – Für mehr Spaßanträge auf Juso Landeskonzferenzen

Die Schnaps-Pralinen-Linke fordert den Juso-Landesvorstand auf, zu jeder Landeskonzferenz mindestens einen Spaßantrag zu erarbeiten.

Angenommen